

III. Libanon und Syrien 1976–1978

Mit Abschluss der zweiten Vereinbarung zwischen der SED und der Palästinensischen Befreiungsorganisation im Dezember 1975 schien es um die ostdeutschen Beziehungen zu Jassir Arafat weitaus besser bestellt zu sein als um die sowjetisch-palästinensischen Kontakte. Die weiterhin nicht eröffnete PLO-Vertretung in der UdSSR galt noch immer als Gradmesser des Klimas zwischen Moskau und Arafat. In einem österreichischen Vermerk hieß es Anfang Dezember 1975: „Arafats Freundschaftsbesuch in der Sowjetunion hat sich diesmal auf fünf Tage beschränkt. Völlig ungeklärt ist auch, warum die seit zwei Jahren schwebende Frage der Eröffnung eines PLO-Büros in Moskau, von der allgemein angenommen wurde, dass sie diesmal positiv geregelt würde, offen geblieben ist. Jedenfalls scheint beim Besuch Arafats für beide Seiten nicht alles nach Wunsch gelaufen zu sein, das Kommuniqué enthält, außer der freundschaftlichen Atmosphäre und Konsensbekundungen, nichts Neues.“³¹⁷ Auch Ende 1975 war noch keine Einigung zwischen der PLO und der KPdSU herbeigeführt, die eine – bereits von Arafat im August 1974 gegenüber Grüneberg angekündigte und dann von sowjetischer Seite im Oktober 1974 vor der Generalversammlung erwähnte – „repräsentative Vertretung“ der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Moskau ermöglichte³¹⁸. Mit Beginn des Jahres 1976 kam zu dem Disput um die offizielle Haltung der PLO zu Resolution 242 ein neuer, gewichtigerer Streitpunkt hinzu: Syrien.

Syrien, der Kreml und die DDR seit dem Jom-Kippur-Krieg

Leonid Breschnew wollte nach 1974 verhindern, dass sich die syrisch-amerikanischen Beziehungen festigten und positiv weiterentwickelten. Der Kreml konnte es sich strategisch nicht erlauben, Syrien zu vernachlässigen. Assad verstand es jedoch, das von Kissinger vermittelte Truppenentflechtungsabkommen über den Golan und die von Damaskus fortgesetzte US-Politik gewinnbringend für eine massive sowjetische Wiederaufrüstung und umfassende sozialistische Kapitalhilfen einzusetzen³¹⁹. 1974/75 summierte sich der Gegenwert syrischer Rüstungs-

³¹⁷ So AdR, BMfaA, Sektion II-pol 2342, GZ 88.19.12/134-II, Bericht der Botschaft Moskau an das BMfaA, 03. 12. 1975. Zum Besuch Arafats im Mai 1975 in Moskau hielt das AA fest: „Der jüngste Sowjetunionbesuch einer PLO-Delegation unter Arafat hat, soweit die veröffentlichte Abschlusserklärung und Informationen dies erkennen lassen, sachlich keine großen Fortschritte gebracht und den vielerorts erwarteten Durchbruch nicht erzielt. [...] Die immer noch ausstehende Eröffnung des zugesagten PLO-Büros in Moskau bleibt unerwähnt“, so PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Bericht der Botschaft Moskau an das AA, 08. 05. 1975.

³¹⁸ Arafat erklärte gegenüber Grüneberg im August 1974: „Wir werden in den nächsten Tagen unser Büro in Moskau eröffnen“, so SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Vermerk, 09. 08. 1974. Der sowjetische VN-Botschafter bestätigte Mitte Oktober 1974 vor der GV, dass man sich während des Aufenthaltes Arafats im August in Moskau, mit der PLO auf die Eröffnung eines Büros verständigt habe, vgl. UN A/29/PV.2268, Procès-Verbal, 14. 10. 1974, para. 16.

³¹⁹ Vgl. Freedman, *Soviet Union*, S. 148–150; Golan, *Syria and the Soviet Union*, S. 782–794, 801 f.

importe aus der Sowjetunion sehr wahrscheinlich auf den höchsten Betrag bis zum Jahr 1991³²⁰.

Im völkerrechtlichen Sinn hatte sich die DDR an dem vorangegangenen militärischen Konflikt beteiligt: Die Nationale Volksarmee war in Kompaniestärke damit befasst, ab Mitte Oktober 1973 Waffen, Munition, Panzer und Flugzeuge im Gesamtwert von rund 85 Millionen Mark nach Syrien zu transportieren und dort an die Armee Assads zu übergeben³²¹. Noch im März 1974 entschied das SED-Politbüro – offensichtlich im Glauben, es habe mit dieser „Waffenbrüderschaft“ einen Neuanfang in den bilateralen Beziehungen erreicht –, den syrischen Präsidenten zum ersten Staatsbesuch in die DDR einzuladen³²². Mit Abschluss des auf Vermittlung der USA zustande gekommenen sogenannten Entflechtungsabkommens zwischen den israelischen und syrischen Truppen im Golan-Gebirge erschien nun aber eine Aufwartung Hafiz al Assads in Ost-Berlin höchst inopportun. Nicht zuletzt nach der 1974 erfolgten ersten Reise eines syrischen Emissärs nach Washington wurde Assads Besuch der DDR auf unbestimmte Zeit verschoben³²³.

Nichtsdestotrotz war die DDR, wie die Sowjetunion, in der Lage, mit Syrien neue Militärabkommen und Wirtschaftsverträge abzuschließen, unter anderem im April 1975 ein langfristiges Handelsabkommen, ein Abkommen zur Regelung

³²⁰ Vgl. SIPRI, TIV of Arms Exports to Syria, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (16. 06. 2012); Golan, Syria and the Soviet Union, S. 779–782. Perthes, Political Economy, S. 25–31, gibt die Höhe des Waffenimportes zwischen 1970 u. 1978 mit jährlich 570 Mio. US-Dollar an.

³²¹ Durch seinen Angriff auf Israel im Oktober 1973 befand sich Syrien nicht in der Rolle eines sich selbst verteidigenden Landes, dem unter Art. 55 VN-Charta hätte Beistand gewährt werden können. Die DDR war auch nicht neutral in diesem Konflikt: „Der neutrale Status endet mit der Beteiligung eines Staates am bewaffneten Konflikt. [...] Die massive militärische Unterstützung hebt den neutralen Status auf“, so Herdegen, Völkerrecht, S. 426. Die Parteinahme der DDR war auch dann noch gegeben, als die NVA ab dem 29. 10. 1973, also nach den am 22. 10. bzw. 25. 10. 1973 verabschiedeten VN-Resolutionen 338 u. 340, die per Schiff transportierte Militärtechnik in Tartus entlud, da der Waffenstillstand nicht den Kriegszustand zwischen Syrien u. Israel beendete, vgl. Ipsen, Völkerrecht, S. 1244f.; UN S/RES/338 (1973), Resolution, 22. 10. 1973; UN S/RES/340 (1973), Resolution, 25. 10. 1973; BArch, DVW 1/114483, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 13. 10. 1973, Bl. 170; BArch, DVW 1/114483, Schreiben des MfNV an Hermann Axen, 01. 11. 1973, Bl. 190f.; BArch, VA-01/32899, Aktennotiz, o. D., ca. 15. 10. 1973, Bl. 230; BArch, VA-01/32899, Aufgabenstellung, 16. 10. 1973, Bl. 23f.; BArch, VA-01/32899, Bericht, 17. 10. 1973, Bl. 1; BArch, VA-01/32899, Kurzinformation, o. D., Bl. 288f.; BArch, VA-01/32899, Bericht, 22. 10. 1973, Bl. 36; BArch, VA-01/32899, Informationsbericht, 04. 11. 1973, Bl. 218; Meinig, Geheimoperation Aleppo; ders., Kommunistische Judenpolitik, S. 328; Storkmann, Solidarität, S. 60–62, 587.

³²² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1494, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 12. 03. 1974, Bl. 8f. Die Einladung des syrischen Präsidenten war das politisch wichtigste Ergebnis der Reisen Grünebergs als „Sonderbevollmächtigter der Partei- und Staatsführung“ im März 1974 nach Syrien, Ägypten u. in den Irak, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1494, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 12. 03. 1974, Bl. 8f.

³²³ Im Juni 1974 besuchte US-Präsident Nixon Damaskus, im August desselben Jahres folgte der Besuch des syrischen Außenministers in Washington, vgl. Golan, Syria and the Soviet Union, S. 785; Rabil, Terror, S. 60–64; Kissinger, Years of Upheaval, S. 1044.

des Zahlungsverkehrs und ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit³²⁴. Damit wurden zum Teil alte Dokumente der 1960er Jahre reaktiviert und andere neu vereinbart³²⁵. Vorgesehen waren Erleichterungen im bilateralen Handel sowie die ostdeutsche Zusage eines fünfjährigen Regierungskredites in Höhe von 72 Millionen US-Dollar zu 2,5 Prozent Zinsen³²⁶. Der SED-Staat verpflichtete sich somit, Syrien bis 1980 Waren aus dem Bereich Elektrotechnik und Anlagenbau im Gesamtvolumen von mehr als 70 Millionen US-Dollar zu einem sehr niedrigen Zinssatz zu liefern³²⁷. Der DDR-Export war bereits zwischen 1973 und 1975 von 67 Millionen auf 123 Millionen Valutamark und der Import im selben Zeitraum von 15 Millionen auf 90 Millionen Valutamark gestiegen³²⁸.

Dass sich die Beziehung mit dem Assad-Regime dauerhaft verbessern sollte, wurde aber nicht nur an den wirtschaftlichen Zahlen sichtbar, sondern auch daran, dass nach vorangegangenen Gesprächen Außenminister Oskar Fischers in Damaskus das Politbüro der SED am 6. Januar 1976 beschloss, der seit 1974 offene Besuchstermin des syrischen Präsidenten sei noch im Laufe des kaum eine Woche alten Jahres „zu realisieren“³²⁹. Er fand allerdings letztlich auch 1976 nicht statt, denn als Syrien mit Truppen der Palästinensischen Befreiungsarmee im Libanon intervenierte, um gegen die linken Oppositionsgruppen und Arafats PLO vorzugehen, änderten sich die Rahmenbedingungen des Verhältnisses zwischen Moskau/Ost-Berlin und Damaskus, beziehungsweise Syrien und der PLO, schlag-

³²⁴ Vgl. BArch, DL 2/17338, Teil 2, Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, 10. 04. 1975; BArch, DL 2/17338, Teil 2, Langfristiges Handelsabkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR, 10. 04. 1975; BArch, DL 2/17338, Teil 2, Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen beiden Staaten, 10. 04. 1975.

³²⁵ Zu den ursprünglichen Abkommen vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Vereinbarung zwischen der DAHB u. der Banque Central de Syrie, 23. 07. 1969; BArch, DL 2/17338, Teil 1, Kreditabkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR, 23. 07. 1969; BArch, DL 2/17338, Teil 1, Kreditabkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR, 17. 10. 1965; BArch, DL 2/17338, Teil 1, Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der DDR u. der Regierung der SAR, 17. 10. 1965; BArch, DL 2/17338, Teil 1, Abkommen über die Entwicklung wissenschaftlich-technischer Beziehungen zwischen der DDR u. der Regierung der SAR, 02. 08. 1965.

³²⁶ Vgl. BArch, DL 2/17338, Teil 2, Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, 10. 04. 1975; BArch, DL 2/17338, Teil 2, Langfristiges Handelsabkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR, 10. 04. 1975.

³²⁷ Vgl. BArch, DL 2/17338, Teil 2, Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, 10. 04. 1975.

³²⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Auskunft SAR 1978, Bl. 441.

³²⁹ So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1597, Anlage 5 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 06. 01. 1976, Bl. 36. Vgl. auch Wolfgang Fink: Außenminister der DDR in Syrien herzlich empfangen, in: ND, 06. 12. 1975, S. 2. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1597, Anlage 5 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 06. 01. 1976, Bl. 37.

artig: „The Soviet Union, observing its Arab policy in shambles as two of its clients – Syria and the PLO – were at each other’s throats.“³³⁰

Der Ausbruch des Bürgerkrieges im Libanon und die Intervention Syriens

Mitte April 1975 brach im Libanon Gewalt von ungekannter Intensität aus. In einer ersten Phase der Kämpfe zwischen April 1975 und Oktober 1976 starben etwa 30 000 Menschen, die Anzahl der innerlibanesischen Flüchtlinge betrug mehr als eine halbe Million³³¹. Auslöser dieses bis Anfang der 1990er Jahre andauernden Bürgerkrieges, in dem nach Angaben der VN sowie des IKRK zwischen 150 000 und 200 000 Menschen getötet wurden, war das von Unbekannten verübte Attentat auf den politischen Anführer der Christen im Libanon, Pierre Gemayel, am 13. April 1975³³². Auch wenn Gemayel unverletzt blieb, ließ die darauffolgende Vergeltung christlicher Milizen die seit Monaten gewachsene Feindschaft zwischen den die Regierung stellenden christlich-maronitischen, auch als Phalangisten bezeichneten Teilen der libanesischen Gesellschaft, und den muslimischen, mehrheitlich sunnitischen aber auch schiitischen sowie drusischen Religionsgruppen, unkontrolliert eskalieren³³³.

Die Lage im Libanon war auch durch die Präsenz der PLO und die fortwährenden israelischen Angriffe auf libanesisches Staatsgebiet, die als Vergeltung für vorangegangene palästinensische terroristische Angriffe auf oder in Israel erfolgten, äußerst fragil³³⁴. Die politische Instabilität und die intra-religiösen Konflikte wurden aber auch durch die Einflussnahme der arabischen Staaten sowie Israels auf die jeweiligen Religionsgruppen im Land befördert. Riad sowie die Golfemirate beispielsweise unterstützten die Sunniten und Israel ab spätestens Anfang 1976 die Christen. Syrien wiederum stärkte schiitische Kräfte, da das Regime Assads der schiitisch-alawitischen Minderheit angehörte und sowohl die Herrschaft in Syrien als auch der von Damaskus im Libanon gewünschte Einfluss von dieser schiitischen Komponente maßgeblich abhingen³³⁵. Die beanspruchte Führungs-

³³⁰ So Kissinger, *Years of Renewal*, S. 1043.

³³¹ Vgl. Smith, *Conflict*, S. 347; Sayigh, *Struggle*, S. 361–409; Khalidi, *Lebanon*, S. 104; Weinberger, *Intervention*, S. 135f.

³³² Vgl. Smith, *Conflict*, S. 347f.; Zittrain Eisenberg, *From Benign to Malign*, S. 20; Pogany, *Peacekeeping*, S. 67; Avi-Ran, *Involvement*, S. 19; Sayigh, *Struggle*, S. 361. Nach Angaben der VN starben im libanesischen Bürgerkrieg zwischen 1975 u. 1990 mind. 120 000 Menschen, vgl. UN A/HRC/3/2, HRC-Report, 15. 03. 2006, S. 18. Das IKRK geht davon aus, dass in diesen Kämpfen 200 000 Personen getötet wurden, vgl. ICRC, *Lebanon*, S. 12. Der IWF erklärte 1995, der Libanon habe zwischen 1975 u. 1993 materielle Schäden von mind. 25 Mrd. US-Dollar erlitten, vgl. Eken/Cashin/Erbas/Martelino/Mazarei, *Lebanon*, S. 3–8.

³³³ Vgl. Weinberger, *Intervention*, S. 135f.; Pogany, *Peacekeeping*, S. 67; Zittrain Eisenberg, *From Benign to Malign*, S. 20; Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 24–27.

³³⁴ Vgl. Khalidi, *Lebanon*, S. 124; Sayigh, *Struggle*, S. 358f.

³³⁵ Vgl. Nir, *Berri*, S. 3–16, 168–171; Kramer, *Alawis*, S. 237, 246f., 251; Berti, *Beirut*, S. 15; Avi-Ran, *Involvement*, S. 9; Spyer, *Israel*, S. 199; Smith, *Conflict*, S. 349. Die Alawiten waren eine Ende des 9. Jh. von den Schiiten abgespaltene Gruppe, die erst ab Ende des 19. Jh. als Alawiten bezeichnet werden. Der Schiismus u. vor allem maßgebliche schiiti-

rolle im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Libanon rechtfertigte Syrien durch die seit Hunderten von Jahren gewachsenen Bezüge und die eigene Vorstellung eines großsyrischen Reiches, das spätestens Anfang des 20. Jahrhunderts geteilt worden war³³⁶. So unterstand das osmanische Großsyrien, das die heutigen Staaten Syrien, Libanon, Israel und Jordanien sowie Teile der Türkei, des Irak und das von Israel besetzte Westjordanland umfasste, nach dem Ersten Weltkrieg keiner einheitlichen Souveränität mehr, sondern gemäß Beschluss des Völkerbundes nach 1920 französischer und britischer Mandatshoheit³³⁷. Während Großbritannien die südlichen Teile beanspruchte, also das Gebiet Palästinas, Jordaniens und des Irak, trennte Frankreich als selbstwahrgenommene Schutzmacht des christlichen Katholizismus die vormals eigenständige christliche Provinz rund um Beirut vom Rest Großsyriens ab und gab diesem Gebiet weitere muslimische Territorien im Norden und Westen hinzu, um eine gewisse politische Stabilität der neuen Provinz Großlibanon zu erreichen. Auch danach blieb diese Einheit aber mehrheitlich christlich geprägt. Aus der Provinz Großlibanon ging 1946 die heutige Republik Libanon hervor³³⁸.

Syrien wurde aus selbstständigen Gebieten, wie dem der Drusen und dem der Alawiten sowie den Territorien um Aleppo und Damaskus, gebildet³³⁹. Beide Länder, Syrien und der Libanon, stellten bereits unter französischer Mandats Herrschaft eine Wirtschaftseinheit dar. Insbesondere für Damaskus waren die Verbindung mit Beirut und der Zugang zum Mittelmeer von entscheidender Bedeutung und beeinflussten die außenpolitischen Interessen nachhaltig³⁴⁰. Unter Präsident Hafiz al Assad verstärkten sich die großsyrischen Ambitionen zur Wiederherstellung des ursprünglichen osmanischen Syriens weiter. Allerdings plante er keine territoriale Vereinigung beider Länder. Für Assad war der Libanon vielmehr, vor allem nach 1973, Einflussfaktor auf Israel, die Palästinenser sowie Jordanien und in Konsequenz auch auf die sunnitische Hauptmacht Saudi-Arabien³⁴¹.

sche Geistliche des Libanon haben die Echtheit der Zugehörigkeit der Alawiten zum schiitischen Islam in Abrede gestellt, vgl. Kramer, Alawis, S. 238–252; Friedman, Nusayri Alawis, S. 5f., 43, 67; Olson, Ba'th, S. 65f.

³³⁶ Vgl. Avi-Ran, *Involvement*, S. 3–6; Kandil, *Syrian Foreign Policy*, S. 422f.; Zittrain Eisenberg, *From Benign to Malign*, S. 10–12; Lundgren Jörum, *Beyond the Border*, S. 15, 53–63; Weinberger, *Intervention*, S. 33–46; Nir, Berri, S. 3–16.

³³⁷ Vgl. Weinberger, *Intervention*, S. 31–36, 44–47, 59; Lundgren Jörum, *Beyond the Border*, S. 53–58; Pogany, *Peacekeeping*, S. 39f.; Avi-Ran, *Involvement*, S. 4f.

³³⁸ Vgl. Weinberger, *Intervention*, S. 41–47; Harris, *Lebanon*, S. 15f.; Olmert, *Shi'is*, S. 189–193; Lundgren Jörum, *Beyond the Border*, S. 58, 91f.; Pogany, *Peacekeeping*, S. 39f.; Dawn, *Foreign Policy of Syria*, S. 162f.; Zittrain Eisenberg, *From Benign to Malign*, S. 11; Nir, *Lebanese Shi'a*, S. 177.

³³⁹ Vgl. Lundgren Jörum, *Beyond the Border*, S. 61; Kramer, Alawis, S. 239f.; Pogany, *Peacekeeping*, S. 40; Dawn, *Foreign Policy of Syria*, S. 163f.; Avi-Ran, *Involvement*, S. 4f.; Rabil, *Terror*, S. 1–16.

³⁴⁰ Vgl. Weinberger, *Intervention*, S. 51, 53; Berti, *Beirut*, S. 17. Syrien nahm erst 2008 volle diplomatische Beziehungen mit dem Libanon auf, vgl. Nir, Berri, S. 174; AP: *Syria and Lebanon Set Up Formal Ties*, in: NYT, 14. 10. 2008, S. A14.

³⁴¹ Vgl. Hinnebusch, *Syria*, S. 149–156; ders., *Revisionist Dreams*, S. 382; Ehteshami/Hinnebusch, *Syria and Iran*, S. 71f.; Lundgren Jörum, *Beyond the Border*, S. 100–102, 162–165; Berti, *Beirut*, S. 61–72; Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 134–142.

Nach den im April 1975 ausgebrochenen Kämpfen versuchte Assad zunächst mithilfe der Saiqa die Gruppen der sogenannten Nationalen Widerstandsbewegung des Libanon zu unterstützen³⁴². Neben den Drusen Kamal Junblatts waren die beiden kommunistischen Parteien des Libanon, die von Irak kontrollierte Baath-Gruppe des Landes sowie eine von Syrien beeinflusste Partei Teil dieser Bewegung³⁴³. Die PLO blieb ihr fern, denn Arafat wollte eine Involvierung in die Auseinandersetzungen vermeiden³⁴⁴. Nach Abschluss des ägyptisch-israelischen Sinai-II-Abkommens vom 1. September 1975 griff Syrien aktiv in den Bürgerkrieg im Libanon ein und erreichte am 20. September eine Feuerpause. Assad wollte verhindern, dass die innerlibanesischen Kämpfe dem Einfluss Syriens im Libanon schaden konnten, ganz besonders nachdem er erkannt hatte, dass Ägypten auf dem Weg zu einer US-vermittelten Anerkennung Israels war und damit aus einer potenziellen Koalition gegen den jüdischen Staat ausschied. Ihm fehlte somit ein weiterer Kriegspartner, da Jordanien ebenfalls nicht infrage kam. Die baldige Rückeroberung des Golan war folglich unwahrscheinlicher geworden³⁴⁵. Israel konnte zudem nach dem zweiten Abkommen über den Sinai signifikante Truppenteile im Süden des Landes abziehen und an seine Nordgrenzen verlegen. Präsident Assad versuchte, diese neue sicherheitspolitische Bedrohung durch größeren Einfluss auf die libanesischen Innenpolitik zu kompensieren³⁴⁶.

Neben den Vermittlungsbemühungen im Libanon im Herbst 1975 war auch die PLO ein Element der Politik Assads. Damaskus war bestrebt, sich international als Anwalt der Palästinenser darzustellen und gleichzeitig zu verhindern, dass Arafat durch seine ägyptischen Verbindungen auf Washington zuzuging. Aus diesem Grund verband man syrischerseits die Zustimmung zum nächsten, ab Dezember 1975 beginnenden, sechsmonatigen UNDOF-Mandat auf dem Golan mit der Forderung nach Teilnahme der PLO an den Sitzungen des Sicherheitsrates der VN im Januar 1976³⁴⁷. Tatsächlich gelang es Syrien, mit Sicherheitsratsresolution 381 vom 30. November 1975 seine Forderung durchzusetzen³⁴⁸; auch die Vereinigten Staaten hatten nicht gegen die Formulierung gestimmt, der zufolge alle einschlägigen VN-Resolutionen zur Frage Palästinas in der anstehenden Sicherheitsratssitzung berücksichtigt werden sollten. Damit wurde die PLO entsprechend den Resolutio-

³⁴² Vgl. Lundgren Jörum, *Beyond the Border*, S. 102; Hinnebusch, *Revisionist Dreams*, S. 397; Avi-Ran, *Involvement*, S. 19; Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 83f.

³⁴³ Vgl. Gowers/Walker, *Myth*, S. 146f.; Badran, *Militia Wars*, S. 42f.; Khalidi, *Lebanon*, S. 76f.; Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 26f.; Sayigh, *Struggle*, S. 362f.

³⁴⁴ Vgl. ebd., S. 373f.; Pogany, *Peacekeeping*, S. 69–72; Weinberger, *Intervention*, S. 179.

³⁴⁵ Vgl. Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 78–80; Khalidi, *Lebanon*, S. 49; Lundgren Jörum, *Beyond the Border*, S. 162–165; Hinnebusch, *Foreign Policy of Syria*, S. 155f.; Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 140f.

³⁴⁶ Vgl. Hinnebusch, *Foreign Policy of Syria*, S. 155; Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 78–80.

³⁴⁷ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 378; Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 139–141; Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 79f.; Hinnebusch, *Revisionist Dreams*, S. 380f.; Sybesma-Knol, *Observers*, S. 288f.; UN S/1975/11883, Add. 1, UNDOF-Report, 28. 11. 1975. Die UNDOF-Mission sah einen Einsatz von über 1000 Soldaten vor u. ging auf VN-Resolution 350, zurück, vgl. UN S/RES/350 (1974), Resolution, 31. 05. 1974.

³⁴⁸ Vgl. UN S/RES/381 (1975), Resolution, 30. 11. 1975.

nen der Generalversammlung seit 1974 als anerkannte Vertreterin des palästinensischen Volkes betrachtet³⁴⁹. Obwohl damit noch keine Einladung an die PLO als zu hörender Partei im Sicherheitsrat – ein lediglich Staaten vorbehaltenes Privileg – ausgesprochen worden war, galt es als sicher, dass dieser formale Akt stattfinden werde, denn ein Veto gegen Fragen der Geschäftsordnung des VN-Sicherheitsrates gab es nicht³⁵⁰. Die „New York Times“ kommentierte Resolution 381 als Schritt hin zur Einbeziehung der Palästinensischen Befreiungsorganisation in die nahostpolitischen Gespräche des Jahres 1976 und als eine von der amerikanischen Regierung erstmals vollzogene „virtual recognition“ der PLO³⁵¹. Israel lehnte eine solche Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, wie sie der Sicherheitsrat faktisch gebilligt hatte, entschieden ab und warf Washington vor, „a sort of backhanded recognition“ Arafats durchsetzen zu wollen³⁵².

Im Libanon erwies sich zeitgleich der von Syrien Ende September 1975 vermittelte Waffenstillstand als brüchig. Bereits wenige Wochen nach dessen Abschluss hatten in Beirut die Auseinandersetzungen zwischen den christlichen Verbänden auf der einen und muslimischen sowie drusischen auf der anderen Seite zugenommen. Die unmittelbar nach der Sicherheitsratsresolution 381 im Dezember 1975 verstärkten israelischen Angriffe auf den Libanon begünstigten eine sich weiter zuspitzende innenpolitische Lage³⁵³. Am 6. Dezember 1975 brachen schließlich heftige neue Kämpfe aus³⁵⁴. Die österreichische Botschaft vermerkte: „Infolge der Ermordung von fünf jungen Phalangisten in einem Bergort kam es vorgestern Vormittag zu dem bisher bösartigsten und blutigsten Gewaltausbruch. Innerhalb weniger Stunden wurden in Beirut an die 600 Personen entführt, wovon mindestens 100 an Ort und Stelle niedergemacht wurden. [...] In der Stadt liegen noch überall Leichen umher, [...] selbst 200 m von der Botschaft entfernt lag über 36 Stunden eine männliche Leiche. Der Hauptgrund hierfür ist, dass weder Zivilpersonen noch die Polizei es wagen, sich den Leichen zu nähern, um nicht selbst erschossen zu werden. Dies lässt erahnen, wie tiefgehend die Erbitterung und der Hass bei den Bewaffneten auf beiden Seiten ist.“³⁵⁵

Mit Beginn dieser Auseinandersetzungen Anfang Dezember 1975 veränderte sich für Syrien die politisch-strategische Bewertung der Libanonkrise. Es wurde

³⁴⁹ Vgl. u. a. UN A/RES/XXIX/3210, Resolution, 14. 10. 1974; UN A/RES/XXIX/3236, Resolution, 22. 11. 1974; UN A/RES/XXIX/3237, Resolution, 22. 11. 1974. Vgl. auch Sybesma-Knol, Observers, S. 288f.; Paul Hofmann: U.N. Council Invites P.L.O. to a Session, in: NYT, 05. 12. 1975, S. A1.

³⁵⁰ Vgl. die „Provisional Rules of Procedure of the Security Council“ in der 1976 gültigen Fassung: UN S/96/Rev.5, Provisional Rules of Procedure of the Security Council, 31. 01. 1969. Vgl. auch Sybesma-Knol, Observers, S. 288–291; Paul Hofmann: U.N. Council Invites P.L.O. to a Session, in: NYT, 05. 12. 1975, S. A1.

³⁵¹ So Paul Hofmann: U.N. Golan Force Renewed again, in: NYT, 01. 12. 1975, S. A1.

³⁵² So ebd.

³⁵³ Vgl. Khalidi, Lebanon, S. 49. Allein am 02. 12. 1975 starben bei einem Luftangriff fast 60 Menschen, vgl. James M. Markham: Israeli Jets Hit Palestinian Sites in Lebanon, in: NYT, 03. 12. 1975, S. A1.

³⁵⁴ Vgl. Khalidi, Lebanon, S. 50.

³⁵⁵ So AdR, BMfaA, Sektion II-pol 2347, GZ 123.03.01/49-II 4/75, Schreiben der Botschaft Beirut an das BMfaA, 09. 12. 1975.

jetzt immer wahrscheinlicher, dass sich der Libanon in einen christlichen Nord- und einen muslimischen Südstaat spalten würde und Israel oder andere arabische Staaten in den Konflikt eingriffen, indem sie Soldaten in das westliche Nachbarland Syriens entsandten. Jedes dieser Szenarien bedeutete einen Verlust von syrischem Einfluss sowie eine mögliche israelische Militärpräsenz weniger als 40 Kilometer von Damaskus entfernt³⁵⁶. Assad entschied daher, gemeinsam mit der Regierung des Libanon deren Opposition – das heißt auch Arafat – zu bekämpfen, allerdings noch nicht mit eigenen syrischen Truppen³⁵⁷. Am 19. Januar 1976 rückten zunächst mehrere Tausend Soldaten der in Syrien stationierten Palästinensischen Befreiungsarmee in den Libanon vor³⁵⁸. Diese Einheiten der PLA waren nicht dafür vorgesehen, die PLO und die linken libanesischen Gruppen zu verstärken, sondern Assad wollte die christliche Regierung stabilisieren, „and [...] cut down the Palestinians in size“³⁵⁹.

Diese Kurswendung gegen die PLO fand während der von Syrien nur Wochen zuvor verlangten Teilnahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation an den Sitzungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen statt. Faruq al Qaddumi konnte am 12. Januar 1976 erstmals als Vertreter der PLO am Tisch des wichtigsten Gremiums der VN Platz nehmen und zum Tagesordnungspunkt „Die Situation im Nahen und Mittleren Osten“ sprechen³⁶⁰. Qaddumi verfolgte die Debatten gut eine Woche, bevor er am 21. Januar New York verließ, denn die neue syrische Offensive im Libanon zwang ihn zur Rückkehr³⁶¹. Angesichts des Eingreifens Syriens und der Belagerung von Tall Zaatar, einem der größten palästinensischen Flüchtlingslager der UNRWA, das im südöstlichen, christlich kontrollierten Stadtteil Beiruts lag und mehr als 30 000 Menschen versorgte, entschied Arafat, dass die PLO gegen die christlichen Milizen und syrischen Einheiten der Palästinensischen Befreiungsarmee kämpfen sollte³⁶².

³⁵⁶ Vgl. Lundgren Jörum, *Beyond the Border*, S. 102; Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 80–83, 126–138; Berti, *Beirut*, S. 19f.; Ehteshami/Hinnebusch, *Syria and Iran*, S. 72; Hinnebusch, *Syria*, S. 155f.; ders., *Revisionist Dreams*, S. 397f.; Sayigh, *Struggle*, S. 371f.; Weinberger, *Intervention*, S. 135f.; Rabil, *Embattled Neighbours*, S. 51; Gowers/Walker, *Myth*, S. 155, 160.

³⁵⁷ Vgl. Hinnebusch, *Revisionist Dreams*, S. 397; Avi-Ran, *Involvement*, S. 27f.; Sayigh, *Struggle*, S. 371f.; Rubin, *Revolution*, S. 50; Rabil, *Embattled Neighbours*, S. 54; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.768, Bericht der Botschaft Damaskus an das AA, 10. 11. 1976. Wie Smith, *Conflict*, S. 349, herausstellt, verband Syrien u. Israel das Interesse, im Libanon mithilfe der Christen Einfluss auf die Innenpolitik zu nehmen.

³⁵⁸ Vgl. Weinberger, *Intervention*, S. 139; Avi-Ran, *Involvement*, S. 19f.; Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 84–86; Sayigh, *Struggle*, S. 376f.; Bar-Haim, *Palestine Liberation Army*, S. 173f.; Eric Pace: *Syria Says Military Rule Would Peril Lebanon Unity*, in: NYT, 20. 01. 1976, S. A3.

³⁵⁹ So Khalidi, *Lebanon*, S. 81; vgl. auch Bar-Haim, *Palestine Liberation Army*, S. 173f.

³⁶⁰ Vgl. UN S/PV.1870, Procès-Verbal, 12. 01. 1976, paras. 121, 138–189.

³⁶¹ Zur Anwesenheit Qaddumis im VN-SR vom 13. 01. 1976 vgl. UN S/PV.1871, Procès-Verbal, 13. 01. 1976, para. 1; UN S/PV.1877, Procès-Verbal, 21. 01. 1976, para. 1; UN S/PV.1878, Procès-Verbal, 22. 01. 1976, para. 1.

³⁶² Vgl. Gowers/Walker, *Myth*, S. 155, 160; Pogany, *Peacekeeping*, S. 72; Sayigh, *Struggle*, S. 372–375; Weinberger, *Intervention*, S. 178f.

1. Das antipalästinensische Eingreifen Syriens im Libanon und die Entscheidung der DDR: Assad oder Arafat?

Syriens Intervention im Libanon fand unmittelbar nach dem Besuch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR in Damaskus statt. Anfang Januar 1976 wertete die SED das Verhältnis zwischen Syrien und der PLO noch als eng. Deshalb wollte die DDR nicht nur Assad einladen, sondern auch dem PLO-Büro in Ost-Berlin einen diplomatischen Status gewähren – unabhängig davon, dass im Nachfolgeabkommen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation ein solcher Schritt Anfang Dezember 1975 nicht erwogen worden war. In einer Vorlage für die Außenpolitische Kommission beim Politbüro des ZK der SED hieß es am 27. Januar 1976: „Der Status des PLO-Büros ist unter Berücksichtigung der politischen Entwicklung schrittweise zu erhöhen. Dazu werden folgende Maßnahmen durchgeführt: [...] Umbenennung des Büros der PLO in ‚Ständiges Büro der Palästinensischen Befreiungsorganisation in der Deutschen Demokratischen Republik‘. [...] Einräumen von Privilegien und Immunitäten für den Leiter und seinen Stellvertreter in gleichem Umfang wie sie dem diplomatischen Personal der Vertretungen anderer Staaten gewährt werden (Recht auf Flaggenführung und Führung von CD-Zeichen, Diplomatenausweis).“³⁶³ Diese Vorlage wurde am 9. Februar 1976 von der Parteiführung beraten, aber nicht beschlossen³⁶⁴.

Kein „Ständiges Büro“ der PLO in Ost-Berlin

Bis zum 27. Februar 1976 entstand ein neuer Text, dem Honecker am 7. März zustimmte – ohne dass dieser Entwurf auf der Agenda des zwei Tage später tagenden Politbüros stand oder einen substanziellen politischen Inhalt besaß; auch von einer diplomatischen Aufwertung der PLO-Vertretung in der DDR war in dem Papier nicht mehr die Rede³⁶⁵. In Ost-Berlin war folglich im Januar 1976 geplant, den Status des Büros der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu erhöhen. Aber aus einer konzeptionellen Vorlage, die dieser palästinensischen Repräsentanz erstmals diplomatische Rechte zuerkannte und eine quasi regierungsoffizielle Anerkennung verlieh, wurde letztendlich infolge der „Berücksichtigung der politischen Entwicklung“ im Libanon im Februar 1976 ein allgemein gehaltener Bericht über die ostdeutschen Beziehungen mit der PLO. Das SED-Regime entschied sich gegen eine politisch-diplomatische Unterstützung Jassir Arafats³⁶⁶.

³⁶³ So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1891/86, Vorlage, 27. 01. 1976; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3523/82, Hausmitteilung der Protokollabteilung des MfAA an die Abteilung Naher und Mittlerer Osten, 06. 02. 1976.

³⁶⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.115/15, Protokoll der Sitzung der Außenpolitischen Kommission, 17. 02. 1976, Bl. 3.

³⁶⁵ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1891/86, Schreiben des MfAA an Erich Honecker, 27. 02. 1976; ebd. das Signum Honeckers vom 07. 03. 1976. Zur Nichtberatung im Politbüro am 09. 03. 1976 vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1607, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 09. 03. 1976, Bl. 1–63.

³⁶⁶ Meinung, Kommunistische Judenpolitik, S. 334f., lässt in diesem Sinne unberücksichtigt, dass die im Januar 1976 beschlossene Stuserhöhung nicht wirksam wurde, son-

Die Passivität und verweigerter Unterstützung gegenüber der PLO in deren Auseinandersetzungen mit Syrien behielt Honecker bei, trotz der sich verschärfenden Lage im Libanon³⁶⁷. Seit April 1976 griff Syrien nicht mehr nur indirekt über die Saiqa und die PLA ein, sondern hatte eine Seeblockade gegen den Libanon verhängt und war bereits mit regulären Streitkräften vorgerückt³⁶⁸. Am 19. Mai 1976 verlangte Arafat, formal Oberkommandierender der Palästinensischen Befreiungsarmee, den sofortigen Abzug der von Syrien befehligten Einheiten der PLA³⁶⁹. Anlass dieses Appells waren die vorangegangenen schweren Gefechte in Beirut³⁷⁰.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen besuchte am 16. Mai 1976 eine palästinensische Delegation den IX. Parteitag der SED in Ost-Berlin³⁷¹. Im Einklang mit den im Dezember 1975 neu festgelegten Bestimmungen des SED-Abkommens mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation nahm diese Abordnung zum ersten Mal an einer derartigen Parteiveranstaltung teil. Außer dem Büroleiter Nabil Koulaïlat gehörten ihr jedoch keine weiteren Politiker der Fatah an und auch hohe Führungsmitglieder der PLO fehlten³⁷². Dem ostdeutschen Solidaritätskomitee wurde allerdings auch von ideologisch nahestehenden Palästinensern ein alarmierender Bericht vorgetragen: „Das Ziel Syriens sei klar: ein schwacher Libanon, um auch die PLO im Libanon zu beherrschen. Offensichtlich wolle sich Syrien gegenüber den USA Trumpfkarten sichern. Die PLO sei bemüht, die negativen Entwicklungen abzuschwächen und nicht noch mehr zuzuspitzen. Es sei Pflicht der natürlichen Verbündeten Syriens [...] es von seinem gefährlichen Weg abzubringen.“³⁷³ Diese Aussagen waren, zumal in Anbetracht der von Arafat zeitgleich öffentlich abgegebenen Erklärung, die syrischen Truppen der Palästinensi-

den die DDR in dieser Situation der verschärften Konfrontation zwischen Arafat u. Assad das Gegenteil einer angeblich „unumstößlichen Haltung im israelisch-palästinensischen Konflikt“ bezeugte. Die Entscheidung Honeckers stellte keinen „Erfolg“ für den Vorsitzenden der PLO dar.

³⁶⁷ Den syrisch-palästinensischen Konflikt im Libanon 1975/76 vernachlässigend u. die Zeit der ostdeutschen PLO-Politik zwischen 1974 u. 1980 auf knapp einer Seite resümierend gelangt Meinung, *Kommunistische Judenpolitik*, S. 334f., zu der Feststellung, dass sich ab 1974/75 „allmählich zwischen Jasser Arafat und Erich Honecker ein Vertrauensverhältnis“ entwickelt habe, denn dies belegten, so Meinung weiter, „die zahlreichen Grußbotschaften zwischen den beiden Politikern“. Auch Bengtson-Krallert, *DDR*, blendet den syrisch-palästinensischen Konflikt aus.

³⁶⁸ Vgl. Avi-Ran, *Involvement*, S. 27; Sayigh, *Struggle*, S. 384f.; Lawson, *Intervention*, S. 452, 471.

³⁶⁹ Vgl. Weinberger, *Intervention*, S. 206. Bar-Haim, *Palestine Liberation Army*, S. 173f., urteilt diesbezüglich, die Konfrontation zwischen PLO und PLA sei ein innerpalästinensischer Bürgerkrieg gewesen.

³⁷⁰ Vgl. Weinberger, *Intervention*, S. 205f.; Sayigh, *Struggle*, S. 388–390; Pogany, *Peace-keeping*, S. 74.

³⁷¹ Vgl. Zahlreiche ausländische Gäste zum IX. Parteitag der SED eingetroffen, in: *ND*, 17. 05. 1976, S. 1.

³⁷² Die PLO-Delegation führte Jassir Abd Rabbu an, Funktionär der DFLP, vgl. Zahlreiche ausländische Gäste zum IX. Parteitag der SED eingetroffen, in: *ND*, 17. 05. 1976, S. 1.

³⁷³ So BArch, *DZ 8/178*, Vermerk, 20. 05. 1976.

schen Befreiungsarmee hätten sich umgehend zurückzuziehen, eine an die DDR gerichtete Aufforderung.

Was die syrische beziehungsweise palästinensische Delegation vor den versammelten Mitgliedern der SED erklärte, war aber von noch größerer politischer Brisanz. Der Gesandte der syrischen Baath-Partei sagte: „Die blutigen Ereignisse im Libanon haben das Ziel, das Sinai-II-Abkommen zu verschleiern, das revolutionäre Syrien abzulenken und die arabische Solidarität zu erschüttern.“³⁷⁴ Arafats Vertreter hingegen betonte: „Die Vorgänge im Libanon können nicht getrennt werden vom Plan des Imperialismus, des Zionismus und der arabischen Reaktion. Dort führt unsere palästinensische Revolution gemeinsam mit der nationalen und progressiven libanesischen Bewegung seit mehr als einem Jahr einen erbitterten Kampf zur Selbstverteidigung gegen die rechten und faschistischen Kräfte, die für die Durchführung dieses Plans die Rolle eines Brückenkopfes zur Zerschlagung unserer Revolution und der progressiven libanesischen Bewegung spielen. Die libanesischen Massen haben sich unter Führung ihrer progressiven Bewegung an die Seite unserer Revolution gestellt in ihrem Kampf für die Durchsetzung der demokratischen Forderungen zur Reformierung des politischen Systems. Wir werden mit aller Kraft an diesem Bündnis [...] gegen alle Formen des Drucks und der Drohungen und gegen ausländische Einmischung festhalten.“³⁷⁵

Während Syrien die PLO beschuldigte, sie unterstütze im Libanon amerikanische und israelische Interessen, und Arafat vorwarf, er wolle die arabische Solidarität „erschüttern“ und das revolutionäre Syrien „ablenken“, gab die Palästinensische Befreiungsorganisation allein „rechten und faschistischen Kräften“ die Schuld an dem mehr als zwölf Monate andauernden Kampf gegen die Palästinenser und die „fortschrittlichen Kräfte“ im Libanon. Die „arabische Reaktion“ sei, so der Redner der PLO, neben Imperialismus und Zionismus, dritte Partei in dieser Konfrontation, deren Ziel in der „Zerschlagung“ der palästinensischen Revolution und dem Ende des Bündnisses zwischen den Palästinensern und den „fortschrittlichen libanesischen Kräften“ bestehe. Die Delegierten der PLO erklärten also auf einem SED-Parteitag in Ost-Berlin der anwesenden syrischen Baath-Partei, dass Präsident Assad im Libanon eine „faschistische Politik“ betreibe und die „fortschrittlichen Kräfte“ sowie die Palästinensische Befreiungsorganisation „zerschlagen“ wolle. Bizarren hätte sich die Auseinandersetzung zwischen Arafat und Syrien kaum darstellen können. Dennoch spendeten die versammelten SED-Mitglieder dieses Parteitages jeder der beiden „Grußadressen“ gleichermaßen „lang anhaltenden, starken Beifall“³⁷⁶.

Die abgelehnte Bitte Arafats

Etwa zwei Wochen später, am 1. Juni 1976, marschierte die syrische Armee auf Bitten der christlichen Regierung mit mehreren Tausend Mann in den Libanon

³⁷⁴ Rede von Fahmi el Yousseufi, in: ND, 22./23. 05. 1976, S. 13.

³⁷⁵ Rede von Yasser Abed Rabbo, in: ND, 22./23. 05. 1976, S. 14.

³⁷⁶ Vgl. Rede von Fahmi el Yousseufi, in: ND, 22./23. 05. 1976, S. 13; Rede von Yasser Abed Rabbo, in: ND, 22./23. 05. 1976, S. 14.

ein³⁷⁷. Noch immer hatte sich die innenpolitische Lage nicht zugunsten der Christen entwickelt. Zudem schien weiterhin ein israelisches Eingreifen, eine Teilung des Libanon und auch eine Truppenpräsenz arabischer oder sogar französischer Streitkräfte möglich³⁷⁸. Im Februar 1976 hatte darüber hinaus die Muslimbruderschaft in den sunnitischen Teilen Syriens Aufstände organisiert, um gegen das syrische Vorgehen im Nachbarland und die alawitische Herrschaft des Assad-Regimes zu protestieren³⁷⁹. Damit verschärfte sich nun auch die innenpolitische Lage in Syrien durch den Konflikt zwischen der sunnitischen Mehrheit der Syrer und der sie regierenden schiitisch-alawitischen Minderheit³⁸⁰. Assad wusste um diese Gefahren. Seit seinem Coup im November 1970 stand zum ersten Mal kein sunnitischer Muslim an der Spitze Syriens und der Baath-Partei³⁸¹.

Traditionell gehörte das gewerbtreibende städtische Bürgertum dem sunnitischen Islam an. Es zählte seit den 1963 unter der Baath-Partei eingeleiteten und ab 1966 intensivierten Verstaatlichungen und ordnungspolitischen Maßnahmen zu den Verlierern³⁸². Um Konfrontationen zwischen der säkularen Baath-Partei und islamischen Gruppen beziehungsweise eine Auseinandersetzung mit dem städtischen Bürgertum zu verhindern, hatte Assad in den ersten Jahren seiner Herrschaft, insbesondere nach seiner im März 1971 erfolgten Wahl zum Präsidenten, versucht, die Legitimität der neuen Regierung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu erhöhen³⁸³. Obwohl sich dadurch eine Assad gewogene, weil von ihm begünstigte und damit zugleich abhängige Gruppe erfolgreicher sunnitischer Unternehmer herausbildete, war die 1976/77 aufgetretene innenpolitische Krise – wie Raphaël Lefèvre und Raymond Hinnebusch unterstreichen – Ergebnis des Zusammenwirkens der islamischen Opposition und der Sunniten, die sich wirtschaftspolitisch diskriminiert fühlten: „Behind the bitterness felt by Sunnis towards the Baathist regime lay a more profound socioeconomic resentment which

³⁷⁷ Vgl. Weinberger, *Intervention*, S. 209; Lundgren Jörum, *Beyond the Border*, S. 104; Sayigh, *Struggle*, S. 392–394; Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 85f.; Pogany, *Peace-keeping*, S. 74. Ein solches Eingreifen stellte keinen Verstoß gegen das Interventionsverbot dar, da es auf Einladung der libanesischen Regierung erfolgte, vgl. Ipsen, *Völkerrecht*, S. 1073–1075; Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 95f.

³⁷⁸ Vgl. Weinberger, *Intervention*, S. 135, 177–209; Sayigh, *Struggle*, S. 390f.; Rabil, *Embattled Neighbours*, S. 53.

³⁷⁹ Vgl. Lefèvre, *Ashes of Hama*, S. 52–54, 72f.; Weinberger, *Intervention*, S. 79; Rabonovich, *Prism*, S. 184; Hinnebusch, *State and Islamism*, S. 204f.; Khatib, *Islamic Revivalism*, S. 71f.; Kandil, *Syrian Foreign Policy*, S. 424.

³⁸⁰ Vgl. Hinnebusch, *State and Islamism*, S. 205; Khatib, *Islamic Revivalism*, S. 48–50, 60–63; Lefèvre, *Ashes of Hama*, S. 72; Lundgren Jörum, *Beyond the Border*, S. 102.

³⁸¹ Vgl. Kramer, *Alawis*, S. 242–245; Lefèvre, *Ashes of Hama*, S. 46f., 69; Khatib, *Islamic Revivalism*, S. 54, 70; Carré/Seurat, *Frères musulmans*, S. 133f.; Weinberger, *Intervention*, S. 70f.; Olson, *Ba'ath*, S. 121.

³⁸² Vgl. Lefèvre, *Ashes of Hama*, S. 49–58; Khatib, *Islamic Revivalism*, S. 59–64; Hinnebusch, *State and Islamism*, S. 204f., 211; Olson, *Ba'ath*, S. 107–109; Dawn, *Foreign Policy of Syria*, S. 161–163, 171; Perthes, *Political Economy*, S. 41; ders., *Bourgeoisie and the Baath*.

³⁸³ Vgl. Khatib, *Islamic Revivalism*, S. 53–67, 94–98; Hinnebusch, *Foreign Policy of Syria*, S. 141–150; ders., *State and Islamism*, S. 199–204, 211–213; Rabil, *Terror*, S. 28–33; Perthes, *Bourgeoisie and the Baath*.

widened the social base of the Islamic opposition.“³⁸⁴ Präsident Assad stellte sich somit eine Gemengelage dar, die ein entschiedenes Handeln sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik erforderlich machte. Die Aufstände der Muslimbrüder in Syrien wurden niedergeschlagen und gleichzeitig ein massiver Streitkräfteeinsatz im Libanon vorbereitet³⁸⁵.

Zum Zeitpunkt des syrischen Einmarsches in den Libanon befand sich der sowjetische Ministerpräsident Alexej Kossygin in Damaskus. Er wurde von seinen Gesprächspartnern aber nicht über das am 1. Juni 1976 geplante militärische Eingreifen informiert. Dieser Affront führte dazu, dass sich das ohnehin gestörte politische Verhältnis zwischen Damaskus und Moskau weiter verschlechterte³⁸⁶. Es zeigte sich zudem, dass der Einfluss des Kreml auf Assad Grenzen kannte³⁸⁷. Zum Besuch des syrischen Außenministers in Moskau, der vier Wochen nach der Dürpierung Kossygins erfolgte, schrieb das Auswärtige Amt, er sei „in kühler Atmosphäre“ verlaufen, ohne begleitende Meldungen in der Presse und ohne dass sich beide Seiten auf ein Kommuniké hätten verständigen können³⁸⁸. Erst am 9. Juni 1976 erreichte die Liga der arabischen Staaten schließlich eine Begrenzung der syrischen Bodenoffensive und das Mandat einer 2500 Soldaten zählenden „Arab League Force“³⁸⁹. Eine Sicherung des Waffenstillstandes war allein aufgrund des geringen Umfanges dieser Eingreiftruppe nicht möglich. Syrien und syrisch kontrollierte Einheiten inklusive der Saiqa und der PLA umfassten rund 30 000 Mann, die der PLO 10 000 bis 15 000³⁹⁰. Die DDR akkreditierte am gleichen Tag, dem 9. Juni 1976, den neuen syrischen Botschafter in Ost-Berlin³⁹¹. Die internationale Presse zitierte damals bereits Arafats Anschuldigung, Assad sabotiere den Friedensplan der Liga der arabischen Staaten³⁹².

Knapp zwei Wochen später, am 22. Juni 1976, begann mit der erneuten Belagerung von Tall Zaatar die für Arafat entscheidende Phase der Auseinandersetzung mit Assad. Anders als im Frühjahr wurde das Flüchtlingslager nun für Monate

³⁸⁴ So Lefèvre, *Ashes of Hama*, S. 49; vgl. auch ebd., S. 49–53; Khatib, *Islamic Revivalism*, S. 54–64, 94–96; Hinnebusch, *State and Islamism*, S. 199–213; Perthes, *Political Economy*, S. 149, 254f.

³⁸⁵ Vgl. Lefèvre, *Ashes of Hama*, S. 54–58, 72–75; Rabinovich, *Prism*, S. 184; Hinnebusch, *State and Islamism*, S. 204f.; Khatib, *Islamic Revivalism*, S. 71f.

³⁸⁶ Vgl. Weinberger, *Intervention*, S. 310; Freedman, *Soviet Union*, S. 156; Golan, *Syria and the Soviet Union*, S. 796. Der israelische Verteidigungsminister Peres erklärte österreichischen Diplomaten im Juni 1976 diesbezüglich: „Die SU hat sich schrecklich blamiert. Das war ein ‚terrible snub‘“, so der Bericht der österreichischen Botschaft Tel Aviv an den Minister, 18. 06. 1976, in: Steininger/Agstner, *Israel*, S. 307.

³⁸⁷ Vgl. Freedman, *Soviet Union*, S. 156; Golan, *Syria and the Soviet Union*, S. 796.

³⁸⁸ Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.768, Bericht der Botschaft Moskau an das AA, 09. 07. 1976. Vgl. auch Golan, *Syria and the Soviet Union*, S. 798.

³⁸⁹ Vgl. Weinberger, *Intervention*, S. 217; Pogany, *Peacekeeping*, S. vi, 74; Gowers/Walker, *Myth*, S. 161; Sayigh, *Struggle*, S. 394; Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 278–282.

³⁹⁰ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 381, 385–391; Weinberger, *Intervention*, S. 182, 209; Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 27f., 278–310.

³⁹¹ Vgl. ADN: Syriens Botschafter übergab sein Beglaubigungsschreiben, in: ND, 10. 06. 1976, S. 2.

³⁹² Vgl. L'O.L.P. accuse Damas de saboter le plan de paix de la Ligue arabe, in: *Le Monde*, 12. 06. 1976, S. 3.

von jeder Versorgung abgeschnitten. Am 12. August 1976 stürmten es schließlich christliche Milizen, töteten etwa 1000 Menschen und zerstörten das Lager vollständig³⁹³. Insgesamt starben bei der Belagerung von Tall Zaatar zwischen Juni und August 1976 mehr als 3000 Palästinenser³⁹⁴. Während Moskau im Juli angesichts der Lage rund um dieses Flüchtlingslager und der anhaltenden syrischen Bekämpfung Arafats intervenierte und Assad drängte, seine militärische Präsenz im Libanon zu beenden, die Kämpfe gegen die PLO einzustellen, und die Waffenlieferungen für die syrische Armee unterbrach, verhielt sich die DDR, auch wenn sie keinerlei politische Stellungnahmen zugunsten Assads abgab, prosyrisch – trotz direkter Bitten Jassir Arafats um Unterstützung³⁹⁵.

Noch am 11. August 1976, einen Tag vor der Einnahme von Tall Zaatar, schickte Arafat den Generalsekretär der Fatah, Abu Sharrar, als seinen Emissär in die DDR³⁹⁶. In den Stunden des 12. August, in denen die Palästinenser das Flüchtlingslager aufgaben, empfing das Solidaritätskomitee zum ersten und einzigen Mal offiziell die Fatah zu politischen Gesprächen. Sharrar erklärte: „Das Lager Tall Zaatar könne sich nicht mehr lange halten. Sein Fall werde zu einem Symbol der palästinensischen Revolution werden. [...] Die Intervention Syriens im Libanon habe begonnen, als 82% des Territoriums von der PLO und den progressiven libanesischen Kräften kontrolliert wurden. [...] Wie stark der Widerstand innerhalb der syrischen Armee gegen das Vorgehen im Libanon sei, beweise u. a., dass ca. 50% der auf das Lager Tall Zaatar niedergegangenen Bomben nicht explodiert seien [zurückgehend auf den aus Opposition zum Beschluss nicht aktivierten Detonationsmechanismus der Granaten] [...] Er [Abu Sharrar] verwies darauf, dass die Hilfen der DDR, die in einer entsprechenden Vereinbarung fixiert seien, sehr wertvoll seien, in der gegenwärtigen Situation jedoch nicht mehr ausreichten, z. B. wären in den nächsten Tagen für ca. 32 000 Bewohner von Tall Zaatar Unterkünfte zu schaffen.“³⁹⁷ Arafat bitte die DDR daher, so der Fatah-Generalsekretär, Flugzeuge und Schiffe mit zusätzlichem Material zu entsenden: „Yasser Arafat sei auch damit einverstanden, wenn für die Lieferungen dringend benötigter Güter, wie Lebensmittel, Bekleidung, Medizin, Wasserpumpen etc., Schiffe gechartert wür-

³⁹³ Vgl. Weinberger, *Intervention*, S. 218–222, 255; Sayigh, *Struggle*, S. 395–401.

³⁹⁴ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 401; Report of the Commission of Inquiry into the Events at the Refugee Camps in Beirut, 8 February 1983, in: State of Israel, *Israel's Foreign Relations*, www.mfa.gov.il/MFA (13. 06. 2012).

³⁹⁵ Zur sowjetischen Reaktion vgl. Weinberger, *Intervention*, S. 310; Golan, *Syria and the Soviet Union*, S. 798 f. Moskau verringerte den syrischen Rüstungsexport 1976 signifikant, etwa um zwei Drittel, vgl. SIPRI, *TIV of Arms Exports to Syria*, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (16. 06. 2012). Zwischen Juni u. September 1976 wurde Ost-Berlin von mind. vier weiteren, zusätzlich zu den bereits empfangenen hochrangigen palästinensischen Delegationen über die Lage im Libanon informiert, vgl. BArch, DZ 8/178, Programm zum Aufenthalt der Delegation der DFLP, 26. 06. 1976; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 04. 07. 1976, Bl. 71–73; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Notizen der Botschaft Kairo, 04. 08. 1976, Bl. 57 f.; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 20. 09. 1976, Bl. 52 f.

³⁹⁶ Vgl. BArch, DZ 8/178, Vermerk, 12. 08. 1976.

³⁹⁷ So ebd.

den. Die Bezahlung der Charterverträge würde die PLO übernehmen“; der Mitarbeiter des Solidaritätskomitees sagte „eine Prüfung der Bitte“ zu³⁹⁸.

Eine Reaktion der SED auf Sharrars überbrachte „Bitte“ ist nicht bekannt. Insgesamt stellte die DDR der PLO 1976 zivile Solidaritätsgüter im Wert von 18 Millionen Mark zur Verfügung, die höchste jährliche Hilfsleistung bis 1990³⁹⁹. Der Vergleich mit der Quote des Exportes nach Syrien relativiert diese Unterstützung allerdings und zeigt, wie parteiisch die DDR tatsächlich war. Das SED-Regime steigerte den Handel mit Damaskus 1976 um ein Vielfaches, obwohl man um die massive syrische Gewalt gegen die Palästinenser im Libanon wusste. Den 18 Millionen Mark an PLO-Solidarität standen 1976 Umsätze des Syrienexportes in Höhe von 182,4 Millionen Valutamark gegenüber⁴⁰⁰. Die ostdeutsche Güterausfuhr nach Syrien hatte sich zwischen 1975 und 1976 um mehr als 60 Millionen Valutamark gesteigert⁴⁰¹. Dass die Hilfe aus Ost-Berlin die Palästinenser zumeist nicht erreichte, war zudem in der DDR bekannt. Die Lieferungen an Arafat kamen entweder in libanesischen oder in syrischen Häfen an, und Damaskus kontrollierte spätestens seit März 1976 auch im Libanon den Seeweg. Obwohl Syrien die ostdeutschen Hilfsgüter, die für die Palästinenser bestimmt waren, einbehält, unternahm Honecker nichts und forderte Assad nicht auf, die beschlagnahmten Waren auszuhändigen⁴⁰².

Waffen für Syrien – Empfehlungen für die PLO

Im Gegensatz zur Sowjetunion ergriff die DDR in Syrien auch nicht politisch für Arafat Partei. Lediglich am 13. August 1976, einen Tag nach dem Aufenthalt des Generalsekretärs der Fatah in Ost-Berlin und der Einnahme von Tall Zaatar, vermerkte Erich Honecker auf einem Schreiben des Verteidigungsministers, der erklärte, Syrien wünsche, 20 Ausbilder in die DDR zu entsenden: „Wir haben gegenwärtig kein Interesse an einer Vertiefung der Beziehungen zu Syrien. Sie [die syri-

³⁹⁸ So ebd.

³⁹⁹ Vgl. BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 103.

⁴⁰⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Auskunft SAR 1978, Bl. 441. Gemäß den Unterlagen der DAHB exportierte die DDR allein zwischen 1975 u. 1977 kontinuierlich Elektrotechnik, wie Transformatoren und Generatoren, im Gesamtwert von über 50 Mio. Mark, vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8619. Im Februar 1976 wurde zudem ein Vertrag über den Bau einer neuen Transformatorenwerkstatt in Syrien abgeschlossen, vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8621, Vertrag zwischen dem Elektrotechnik Import Export und der Public Establishment of Electrification, 04. 02. 1979.

⁴⁰¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Auskunft SAR 1978, Bl. 441.

⁴⁰² Bruno Beater, stellv. Minister für Staatssicherheit, hielt am 04. 11. 1976 fest, Nabil Kouilailat habe erklärt: „Die DDR hat uns viele Güter geschickt, Lebensmittel, Kleidung usw. teilweise über Syrien. Die meisten dieser Güter wurden privat beschlagnahmt von Syrern, Offizieren und Vertretern der Saika. Vor Monaten wurde vom FDGB eine Sendung mit Naturalien geschickt, für die PLO. Assad hat sich geweigert, diese an die PLO zu verteilen. Er hat erklärt, die PLO gibt sie nur den Moslems und nicht den Christen“, so BStU, MfS, HA II, 18652, Schreiben der HA II an Bruno Beater, 04. 11. 1976, Bl. 226. Zur syrischen Seeblockade vgl. Avi-Ran, Involvement, S. 27.

sche Regierung] kämpft gegen die PLO.“⁴⁰³ Honecker betonte zwar, dass es kein Interesse an einer „Vertiefung“ der Kontakte gab, aber trotz der Kämpfe gegen Arafat und im Gegensatz zu Moskau hatte er bis dahin alle Exportverträge gegenüber Damaskus erfüllt, auch die militärischen.

Mit Schreiben vom 27. Oktober 1976 erklärte Verteidigungsminister Heinz Hoffmann: „Werter Genosse Honecker! Ich muss mich heute in einer für mich schwer zu entscheidenden Frage an dich wenden. Wie dir bekannt ist, haben wir auf dem Gebiet der militärischen Lieferung schon seit Jahren bestimmte feste Beziehungen mit der Republik Syrien. Im Wesentlichen betreffen diese Beziehungen auf militärischem Gebiet die Instandsetzung von Triebwerken der MiG-Serie sowie die Lieferung von Maschinenpistolen. Für das Jahr 1976 sind all diese vertraglich festgelegten Verpflichtungen bereits abgegolten bzw. im Prozess der Lieferung. Für das Jahr 1977 und im weiteren werden zurzeit von syrischer Seite Vertragsverhandlungen angestrebt, die wiederum im Wesentlichen Reparaturen von Triebwerken und Flugzeugzellen sowie die Lieferung von Maschinenpistolen, letztere in größeren Mengen, beinhalten. Mein Stellvertreter für Technik und Bewaffnung [...] hat in meinem Auftrag bei seinen Partnern in Moskau vorgefühlt, wie die sowjetischen Genossen sich gegenüber der Republik Syrien verhalten. Nach Aussagen dieser kompetenten Genossen hat die Sowjetunion seit ca. 3 Monaten [Ende Juli 1976] alle Lieferungen an die Republik Syrien eingestellt, da sich, wie dir bekannt ist, die Politik der syrischen Republik gegen die fortschrittlichen Kräfte im arabischen Raum richtet. Ich würde glauben, dass auch wir unter den derzeitigen Bedingungen keine Aktivitäten gegenüber der Syrischen Republik unternehmen und auch keine Lieferungen vorsehen.“⁴⁰⁴ Mit „Einverstanden, EH“ zeichnete Honecker diesen Brief am 28. Oktober 1976 ab⁴⁰⁵. Er entschied also an jenem Tag, dass ab dem Folgejahr ein Exportverbot für Rüstungsgüter nach Syrien greifen sollte.

Zu den „für das Jahr 1976 abgegoltenen vertraglich festgelegten Verpflichtungen“, die Verteidigungsminister Hoffmann erwähnte, gehörten allein Maschinenpistolen im Wert von mindestens 25 Millionen Valutamark⁴⁰⁶. Ost-Berlin belieferte Damaskus also während des syrischen Vorgehens gegen Arafat mit mehreren Zehntausend automatischen Waffen im Wert von mehreren Millionen DM – während eine „nichtzivile“ Unterstützung der PLO für diesen Zeitraum nicht bekannt ist⁴⁰⁷. Im August 1976, auf dem Höhepunkt der Kämpfe rund um

⁴⁰³ So BArch, DVW 1/114487, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 11. 08. 1976, Bl. 10.

⁴⁰⁴ So BArch, DVW 1/114487, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 27. 10. 1976, Bl. 84.

⁴⁰⁵ Der Vermerk Honeckers ebd.

⁴⁰⁶ Vgl. BStU, MfS, HA XVIII, 11344, Plan der Liefermöglichkeiten 1978/79, o. D., Bl. 296; BArch, DO 1/11685, Anlage 3 zum Protokoll, 30. 05. 1975, Bl. 42.

⁴⁰⁷ Im „Plan der Liefermöglichkeiten“ wurden 1978 in Bezug auf die PLO keinerlei Angaben über gelieferte Waren zwischen 1975 u. 1977 verzeichnet. Anderweitige Belege fehlen ebenso. Nabil Koulaïlat erklärte dem MfS allerdings im November 1976, dass die PLO Sonderzahlungen an syrische Hafenbehörden zu entrichten habe, um per Schiff gelieferte Waffen aus syrischen Häfen auslösen zu können. Aus diesem Kontext geht aber nicht hervor, dass Koulaïlat sich auf Waffen aus der DDR bezog. Zudem verhinderten 1976 die syrischen Blockaden sowie die politischen Interessen Assads, dass Arafat derartige Lieferungen selbst gegen Zahlung einer Gebühr erhielt, vgl. BStU, MfS,

Tall Zaatar, kam es auf Zypern zu einem Zwischenfall, als 3000 Maschinenpistolen aus der DDR, die ausdrücklich für Syrien deklariert waren, mutmaßlich von der Fatah vorzeitig im Hafen von Larnaka gelöscht und zwei Drittel der Waffen entnommen wurden. Nur 900 Maschinenpistolen erreichten Latakia, den syrischen Bestimmungshafen⁴⁰⁸. Arafat holte sich offenbar den Anteil, von dem er meinte, dass er ihm zustand, den er aber offiziell von der DDR nicht erhielt. Die Schiffe, die der Fatah-Generalsekretär im Namen der PLO Mitte August 1976 erbat, fuhren nach Syrien.

Eine Woche vor der Korrespondenz zwischen Verteidigungsminister Heinz Hoffmann und Erich Honecker vom 27. Oktober 1976 hatte die Liga der arabischen Staaten das vorläufige Ende der syrisch-palästinensischen Konfrontation verkündet⁴⁰⁹. Nach einer weiteren Offensive Assads konnten sich die Mitglieder der Liga am 21. Oktober auf eine substanzielle Eingreif- und Beobachtermission von rund 30 000 Mann verständigen. Vor allem Saudi-Arabien brachte sein Gewicht gegen Syrien ein⁴¹⁰. Dennoch zeigte die personelle Zusammensetzung der sogenannten Arab Deterrence Force die realen Machtverhältnisse, denn lediglich weitere 5000 Soldaten aus Libyen, Saudi-Arabien, Kuwait und dem Südjemen kamen hinzu⁴¹¹. 25 000 der 30 000 Angehörigen dieser „Arab Deterrence Force“ stellte Syrien mit seinen bereits im Libanon befindlichen Truppen⁴¹².

Die Niederlage Arafats hatte am 21. Oktober 1976 stattgefunden, als die Liga der arabischen Staaten einen Waffenstillstand erreichte. Hoffmanns Schreiben an Erich Honecker vom 27. Oktober war insofern bitterer Hohn. Ost-Berlin hatte von einem Waffenembargo gegen Syrien – anders als Moskau – keinen Gebrauch gemacht, als es noch Wirkung auf den Konflikt zwischen Assad und Arafat hätte zeigen können. Denn die ostdeutschen Waffenlieferungen an Syrien sollten erst 1977 eingestellt werden; beschlossen wurde dies, als der syrisch-palästinensische Krieg im Libanon seit sechs Tagen entschieden war.

HA XVIII, 11344, Plan der Liefermöglichkeiten 1978/79, o. D., Bl. 296; BStU, MfS, HA II, 18652, Schreiben der HA II an Bruno Beater, 04. 11. 1976, Bl. 226. Frau Koulaïlat bestätigte im Gespräch am 05. 11. 2013, dass der PLO 1976 keine o. nur sehr wenige Waffen vonseiten der DDR bereitgestellt wurden. Die Hilfe habe in einem erhöhten Kontingent von medizinischen Behandlungsplätzen bestanden, was angesichts der Syriern gelieferten Waffen faktisch bedeutete, dass Ost-Berlin versuchte, palästinensische Verletzte zu kurieren, an deren Verwundungen man Mitschuld trug. Wie Storkmann, Solidarität, S. 64, 394, anführt, gewährte die DDR 1975 der FRELIMO eine militärische Ausbildung von 50 Kämpfern u. der MPLA eine „Soforthilfe“ von 10 000 Maschinenpistolen, 10 Mio. Schuss Munition u. 10 000 Handgranaten – auch dies im Gegensatz zur PLO, an die eine solche Hilfe nicht geleistet wurde.

⁴⁰⁸ Vgl. BArch, DVW 1/114487, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 04. 10. 1976, Bl. 60f.

⁴⁰⁹ Vgl. Lundgren Jörum, *Beyond the Border*, S. 105; Weinberger, *Intervention*, S. 228; Pogany, *Peacekeeping*, S. vi, 83; Sayigh, *Struggle*, S. 407f.

⁴¹⁰ Vgl. Berti, *Beirut*, S. 61–63; Pogany, *Peacekeeping*, S. 83, 111, 114; Weinberger, *Intervention*, S. 222–228; Kapeliouk, *Arafat*, S. 164; Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 261–272; Sayigh, *Struggle*, S. 408.

⁴¹¹ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 408; Lundgren Jörum, *Beyond the Border*, S. 105f.; Pogany, *Peacekeeping*, S. 109f.; Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 360–372.

⁴¹² Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 408; Pogany, *Peacekeeping*, S. 109f.; Göpfrich, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 345–358.

Dass die DDR – wie Verteidigungsminister Hoffmann schrieb – bis Oktober 1976 gewartet haben soll, um mehr als zehn Monate nach Beginn der schweren Gefechte im Libanon in Moskau „vorzufühlen“, ob Waffenlieferungen nach Syrien politisch statthaft seien, ist unglaublich. Nicht nur „Le Monde“ hatte bereits im Sommer 1976 berichtet, dass Leonid Breschnew in einem Brief an Präsident Assad ein Ende der Kämpfe forderte⁴¹³. Auch die Botschaft der DDR meldete am 25. August 1976 aus Damaskus, Präsident Assad habe in den vorangegangenen Wochen wiederholt öffentlich „antisozialistische Gedanken“ vertreten: „Der sowjetische Botschafter in der SAR hat seit dem 11. 7. 1976, als er die Botschaft des Generalsekretärs der KPdSU, Gen. Breschnew, übergab, keine Gespräche mehr mit dem Präsidenten der SAR Hafez Assad geführt.“⁴¹⁴ Schon wenige Tage nach dem syrischen Einmarsch in den Libanon berichtete der ostdeutsche Botschafter in Moskau über seine Konsultationen mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium: „Die syrische Intervention bedeutet zweifellos eine Stärkung der rechten nationalistischen Kräfte. Sie nutzt dem Westen und vor allem Israel. [...] Präsident Assad beging mit der Intervention im Libanon einen großen Fehler.“⁴¹⁵

Die Botschaft der DDR in Damaskus betonte Anfang September 1976 wiederum, der Konflikt im Libanon trage, „angesichts der Präsenz der PLO und deren Einbeziehungen in die militärischen Auseinandersetzungen sowie der aktiven Rolle der SAR zu den Geschehnissen im Libanon, den Charakter einer Auseinandersetzung zwischen der arabisch-nationalen Befreiungsbewegung und der arabischen Reaktion“⁴¹⁶. Das Ziel der „arabischen Reaktion“ bestehe, „in Einvernehmen mit den USA, in der Entfachung und Schürung des Bürgerkrieges, um sowohl eine Veränderung des politischen Status quo im Libanon zugunsten der progressiven Kräfte zu verhindern als auch die PLO als ein Haupthindernis zur Verwirklichung der Ziele der imperialistischen Nahoststrategie empfindlich zu schwächen. Die SAR sah und sieht [...] die für sie günstige Möglichkeit, bestimmten Einfluss auf die Gestaltung des innerlibanesischen Kräfteverhältnisses und die PLO zu nehmen und damit die Verwirklichung der ehrgeizigen Hegemonialpläne [...] zu beschleunigen. [...] Die PLO wurde im Ergebnis der Kämpfe geschwächt. [...] Die Fortsetzung des militärischen Kampfes führt bei der gegenwärtigen Kräftekonstellation zu einer weiteren Schwächung der Position der PLO/progressiven Kräfte. [...] Die Störung des Verhältnisses SAR/PLO, die tiefe Krise des gegen-

⁴¹³ „Le Monde“ zitierte Ende Juli 1976 aus einem Brief Breschnews an Assad, dessen Authentizität von Moskau nicht bestritten wurde: „Nous exhortons la direction syrienne à prendre toutes ses dispositions pour mettre un terme aux opérations militaires menées contre la résistance et le mouvement national libanais. Le premier pas dans cette direction devrait être l'arrêt immédiat des combats. Vous pouvez y contribuer en retirant vos forces du Liban“, so in: Le message adressé le 11 juillet par M. Brejnev à la Syrie, in: Le Monde, 20. 07. 1976, S. 6. Vgl. auch Weinberger, Intervention, S. 311; Golan, Syria and the Soviet Union, S. 799; Dannreuther, Soviet Union, S. 79; Avi-Ran, Involvement, S. 57.

⁴¹⁴ So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.601, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 25. 08. 1976, Bl. 46.

⁴¹⁵ So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2//7243, Information, 25. 06. 1976.

⁴¹⁶ So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.626, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 06. 09. 1976, Bl. 89.

seitigen Vertrauens, die zunehmende Uneinigkeit im Lager der progressiven arabischen Kräfte sowie die Vertiefung des politischen Differenzierungsprozesses im arabischen Raum machen eine umfassende Lösung des Nahostkonfliktes in absehbarer Zeit unmöglich.“⁴¹⁷ Die DDR lieferte also bis Ende 1976 Waffen nach Syrien, obwohl Ost-Berlin von den Moskauer Entscheidungen im Juli 1976 frühzeitig wusste und das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten die Regierung in Damaskus spätestens seit August 1976 zu den „reaktionären arabischen Kräften“ zählte.

Im Vergleich zum sowjetischen Rüstungsexport nach Syrien im Wert von rund 400 Millionen US-Dollar, die der Kreml Assad zwischen Januar und Juli 1976 bereitgestellt hatte, nahm sich Honeckers „Hilfe“ mit einem Umfang von mehr als 20 Millionen Valutamark unbedeutend aus. Bezogen auf die Gesamtbilanz der DDR war der Betrag aber durchaus relevant. Gemäß der Aufstellung des MfS belief sich der Anteil für Syrien im „Plan der Liefermöglichkeiten der DDR von militär-technischer Ausrüstung für befreundete Entwicklungsländer und progressive nationale Befreiungsorganisationen“ sowohl 1975 als auch 1976 auf rund die Hälfte der gesamten Ausgaben⁴¹⁸. Offenkundig wollte lediglich Moskau ab dem Sommer 1976 den Waffenexport einstellen, ließ aber weiterhin zu, dass sozialistische Staaten Assad unterstützten, um einen totalen Bruch mit dessen Regime auszuschließen, denn die Sowjetunion war, unbenommen des Krieges gegen die PLO im Libanon, auf Syrien als strategischen Verbündeten angewiesen. Zugleich musste aber verhindert werden, dass Assad die Palästinensische Befreiungsorganisation schwächte und sie vollständig unter syrische Kontrolle brachte, weil er damit den Interessen des Kreml schaden konnte⁴¹⁹.

Eine der aussagekräftigsten Quellen zur ostdeutschen PLO-Politik der Jahre 1975/76 ist nicht Hoffmanns Brief an Honecker vom 27. Oktober 1976, sondern eine frühere Aufzeichnung des MfAA. Noch während der letzten syrischen Offensive im Libanon trafen sich am 5. Oktober 1976 der palästinensische Funktionär Abu Salah und der DDR-Botschafter in Beirut, wobei Salah unumwunden feststellte: „Die PLO fühle sich bedroht, [...] ihr drohe physische Gefahr. [...] Die PLO habe den Eindruck, dass sie ohne eine ernsthafte politische Deckung durch ihre Verbündeten im Ausland kämpfen müsse. [...] Die Genossen der PLO legen Wert darauf, angesichts der Gefahr ihrer Liquidierung, zu wissen, was wir [die DDR] ihnen für ihr künftiges Verhalten raten. [...] Wörtlich sagte Abu Saleh: ‚Wenn die Genossen der Meinung sind, dass in der syrischen ‚Initiative‘ kein Blutbad für uns vorgesehen ist, dann wären wir an einer baldigen Information darüber sehr interessiert‘. [...] Die Erklärungen in der ‚Prawda‘ seien positiv, reichten aber nicht aus. ‚Wenn keine Antwort gegeben wird, werden wir wissen, was zu tun

⁴¹⁷ So ebd., Bl. 89f., 92, 95.

⁴¹⁸ Vgl. BStU, MfS, HA XVIII, 11344, Plan der Liefermöglichkeiten 1978/79, o. D., Bl. 296.

⁴¹⁹ Vgl. Golan, Syria and the Soviet Union, S. 794–801; Sayigh, Palestinians, S. 139; Avi-Ran, Involvement, S. 55f. Die Aussage von Avi-Ran, ebd., S. 57, die SU habe gegenüber Syrien kein Waffenembargo verhängt, wäre angesichts der fortgesetzten ostdeutschen Belieferung zutreffend, in dem Sinne, dass sozialistische Länder Damaskus weiterhin versorgen konnten.

ist. Wir werden bis zum Tode kämpfen, eine Kapitulation jedoch ablehnen. [...] Gen. Abu Saleh verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass in verschiedenen Kreisen der PLO zunehmende Enttäuschung über die Position der SU und der sozialistischen Staaten festzustellen sei.⁴²⁰ Der Botschafter der DDR entgegnete Salah daraufhin laut seines Berichtes: „Das Kräfteverhältnis im arabischen Raum sei gegenwärtig zuungunsten der antiimperialistischen Kräfte. [...] Das Fehlen einer potenziellen antiimperialistischen Kraft in dieser Region setze auch der Unterstützung der PLO und der NPB [National-Progressive Bewegung] Grenzen. Aus diesen Gründen liege es im gemeinsamen Interesse, wenn die PLO und die NPB nicht in einen unglücklichen militärischen Kampf geopfert werden. Es sei notwendig, diese Kräfte zu erhalten. Ausgehend davon sei die DDR der Meinung, dass die erste und wichtigste Aufgabe in der Herbeiführung eines Waffenstillstandes besteh[e], selbst wenn dieser mit großen Zugeständnissen seitens der PLO und der NPB bezahlt werden müsste. Die Fortsetzung des militärischen Kampfes sei nur dann sinnvoll, wenn am Ende ein Sieg möglich wäre. Diese Möglichkeit sähe ich aber zurzeit nicht.“⁴²¹

Angesichts der Tatsache, dass Honecker während des gesamten Jahres 1976 die „vertraglichen Rüstungsverpflichtungen“ der DDR gegenüber Syrien erfüllte, war es umso bezeichnender, dass er der PLO, trotz deren Bitten und in Kenntnis der Lage im Libanon, noch Anfang Oktober 1976 keine politische oder materielle Unterstützung gewährte. Abu Salah betonte ausdrücklich: „Die Genossen der PLO legen Wert darauf, angesichts der Gefahr ihrer Liquidierung, zu wissen, was wir ihnen für ihr künftiges Verhalten raten.“⁴²² Der Botschafter Ost-Berlins empfahl daraufhin die Kapitulation der PLO sowie die der fortschrittlichen Kräfte im Libanon, auch wenn diese mit „großen Zugeständnissen“ gegenüber Syrien verbunden seien würde.⁴²³ Denn die Palästinensische Befreiungsorganisation sowie Jassir Arafat konnten nicht auf die Unterstützung Honeckers hoffen. Sie hatten sich Assad zu ergeben.

Die Politik der SED während des Konfliktes im Libanon 1975/76 musste Arafat verdeutlichen, dass für die DDR – und für den Kreml – Assad wichtiger war als er. Jede propalästinensische Solidarität und beteuerte Verbundenheit mit dem palästinensischen Kampf besaß einen zweifelhaften Wert, wenn die PLO zwar Delegationen zu Parteitag der SED entsenden konnte, aber gleichzeitig zu akzeptieren hatte, dass ostdeutsche Waffen an die syrische Regierung geliefert wurden, während Damaskus Arafat angriff, aber den Palästinensern keine militärische Unterstützung zuteil wurde. Auch wenn sich das SED-Regime im syrisch-palästinensischen Konflikt 1975/76 offiziell als neutral verstand, bevorzugte Honecker Syrien und billigte indirekt das Vorgehen von Assad⁴²⁴. Nabil Koulailat, der Vertreter der PLO in Ost-Berlin, habe, so seine Frau, gegenüber allen ostdeutschen Stellen an-

⁴²⁰ So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Vermerk der Botschaft Beirut, 05. 10. 1976, Bl. 47–51.

⁴²¹ So ebd., Bl. 50f.

⁴²² So ebd., Bl. 49.

⁴²³ Vgl. ebd., Bl. 50f.

⁴²⁴ Vgl. die gegenteilige Argumentation bei Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 102. Vgl. auch Herf, Undeclared Wars, S. 370–372.

gesichts der Kämpfe im Libanon energisch protestiert und die Politik gegenüber Syrien angeprangert. Er habe nicht nur vor einer Unterstützung des Regimes in Damaskus gewarnt, sondern stets mehr Hilfe für die Palästinenser gefordert⁴²⁵.

Öffentlich wurden die Kämpfe im Libanon in der DDR als „imperialistische“ Verschwörung dargestellt und Syrien nicht als maßgebliche Konfliktpartei benannt⁴²⁶. Ostdeutsche Medien berichteten während des gesamten Jahres 1976 kaum über die syrisch-palästinensische Dimension dieser Auseinandersetzung⁴²⁷. Als das Flüchtlingslager Tall Zaatar nach über 50 Tagen Belagerung eingenommen wurde, publizierte man in der DDR die Sprachregelung der „Prawda“⁴²⁸. Eine direkte Kritik an der syrischen Haltung wurde selbst dann nicht geübt, als Moskau im Sommer 1976 Assad persönlich für das Blutvergießen im Libanon verantwortlich machte⁴²⁹. Die wichtigste Entscheidung Honeckers zugunsten Arafats war daher der Verzicht auf die Einladung Assads zum Staatsbesuch. Gleichzeitig wurde aber auch der Status der PLO-Vertretung in Ost-Berlin nicht angehoben, obwohl die Liga der arabischen Staaten am 6. September 1976, demonstrativ während der Kämpfe im Libanon, die PLO, wie es in der Mitteilung des Rates der Liga hieß, als 21. Vollmitglied – „membre à part entière“ – aufnahm und sie zur Repräsentantin „Palästinas“ erklärte⁴³⁰.

Der Vertrauensbruch zwischen Hafiz al Assad und Jassir Arafat, der bis Anfang der 1990er Jahre nicht überwunden wurde, resultierte letztlich aus der Krise im Libanon 1975/76. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO erkannte, dass die KPdSU, auch wenn sie die syrische Politik gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation für falsch hielt, zögerte und Assad nicht entschieden Einhalt bot. Trotz der Forderungen Breschnews gegenüber Assad erreichte Damaskus seine militärischen Ziele im Libanon, während die Sowjetunion die PLO 1976 nur mit rhetorischer und symbolischer Solidarität unterstützte. So eröffnete beispiels-

⁴²⁵ So Frau Om El-Seoud Koulaïlat im Gespräch am 05. 11. 2013.

⁴²⁶ Vgl. ADN: UdSSR und Syrien fordern umfassende Nahostlösung, in: ND, 05./06. 06. 1976, S. 1; ADN: Arabische Liga entsendet Friedenstruppe in den Libanon, in: ND, 11. 06. 1976, S. 6; ADN: Eine friedliche Lösung im Libanon ist dringlich, in: ND, 21./22. 08. 1976, S. 7; Autorenkollektiv, Geschichte der Araber, S. 488–490. Nabil Koulaïlat lehnte im Sommer 1976 ein Interview mit dem DDR-Rundfunk vehement ab, nachdem man von ihm verlangt habe, prosyrische Stellungnahmen abzugeben, so Frau Koulaïlat am 05. 11. 2013.

⁴²⁷ Vgl. die einzigen längeren Artikel über den Konflikt im Libanon, die 1976 erschienen: ADN: Arabische Liga entsendet Friedenstruppe nach Libanon, in: ND, 11. 06. 1976, S. 6; ADN: Tall Zaatar: Phalangisten morden Frauen und Kinder, in: ND, 09. 08. 1976, S. 6; ADN: Eine friedliche Lösung in Libanon ist dringlich, in: ND, 21./22. 08. 1976, S. 7.

⁴²⁸ Vgl. ebd.

⁴²⁹ Vgl. „Le sang coule encore plus abondamment“ après l'intervention syrienne déclare l'agence TASS, in: Le Monde, 11. 06. 1976, S. 2.

⁴³⁰ Vgl. Jean-Pierre Péroncel-Hugoz: L'O.L.P. devient le vingt et unième membre de la Ligue arabe, in: Le Monde, 08. 09. 1976, S. 5; Emig, Liga, S. 189; Toffolo, Arab League, S. 9; Khader, Ligue, S. 324; Salmon, Proclamation, S. 2; Benedek, Anerkennung, S. 850; Rubin, Revolution, S. 47. Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 99, verweist darauf, dass die Mitgliedschaft praktisch erst ab dem Zeitpunkt der Proklamation des Staates Palästina 1988 wirksam werden konnte, was insofern strittig ist, als eine Mitgliedschaft grundsätzlich das Existieren eines palästinensischen Staates voraussetzt, der weder 1976 noch 1988 bestand.

weise im Sommer 1976 das Arafat seit Jahren versprochene Büro in Moskau⁴³¹. In Anbetracht der für die Palästinenser verheerenden Auseinandersetzung mit Syrien und der sowjetisch-sozialistischen Position konnte sich für Jassir Arafat die Notwendigkeit seiner Westpolitik nur bestätigen⁴³².

2. Arafats Politik nach der Kapitulation der PLO 1976/77

Seit September 1976 befand sich Faruq al Qaddumi, der Leiter der Politischen Abteilung der PLO, im Anschluss an den Besuch der Generalversammlung in New York, auf „Europareise“, wie es das Auswärtige Amt bezeichnete, und bemühte sich in Rom, in Paris und in Wien um politische Unterstützung⁴³³. In Österreich sprach Qaddumi im Oktober mit dem Außenminister und dem Bundeskanzler: „Zur Lage im Libanon erklärte Kaddoumi, dass Syrien die Absicht habe, den Libanon zu annektieren. Syrien habe den Libanon stets als Teil Syriens betrachtet. Syrien strebe nunmehr den Zusammenschluss Syriens, Jordaniens, Libanons und eines Teils von Palästina an. Kaddoumi beschuldigte Syrien, im Libanon gegen den falschen Gegner zu kämpfen und qualifizierte die syrische Intervention als ‚faschistisch‘.“⁴³⁴ Wenige Monate nach Qaddumis Gesprächen in Österreich – Bundeskanzler Bruno Kreisky hatte sich bereits im März 1974 erstmals inoffiziell mit Arafat getroffen – eröffnete im März 1977 in Wien die Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die an die Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung angebunden war⁴³⁵.

Engagement im Westen – Eklat in Moskau

Said Kamal, stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung der PLO, traf Ende September 1976 in New York den Leiter des Nahostreferates des Auswärtigen

⁴³¹ Vgl. Golan, *Uneasy Alliance*, S. 14; dies., *Syria and the Soviet Union*, S. 794–801; Freedman, *Soviet Union*, S. 156–158; Sharif, *Arafat*, S. 110–112; Avi-Ran, *Involvement*, S. 31–33; Dawn, *Foreign Policy of Syria*, S. 172; Cobban, *Palestinian Liberation Organisation*, S. 224. Neben dem Moskauer Büro öffnete im September 1976 auch in Prag eine PLO-Vertretung, die ursprünglich bereits im Mai 1975 zugesagt worden war. Die PLO/Fatah unterhielt damit, ein Jahr nach Einweihung des ersten Büros im sozialistischen Machtbereich in Ost-Berlin, bis Ende 1976 in weiteren fünf Hauptstädten sozialistisch-sowjetischer Staaten Repräsentanzen: in Sofia, in Warschau, in Budapest, in Prag u. in Moskau selbst, vgl. AdR, BMfaA, Sektion II-pol 26, GZ 88.19.12/328-II/76, Schreiben der Botschaft Prag an das BMfaA, 27. 09. 1976; UMA, 7D2, Lähi-idän kysymys, Bericht des Nahostreferates an den Minister, November 1978 (finnischsprachiges Original); Hazan, *Involvement by Proxy*, S. 330; Angaben des Außenministeriums der Tschechischen Republik, 29. 08. 2014; Angaben des Ministeriums für Auswärtige Beziehungen u. Außenwirtschaft von Ungarn, 03. 09. 2014; Angaben des Polnischen Instituts für Internationale Beziehungen, 04. 09. 2014.

⁴³² Vgl. Ma'oz/Yaniv, *On a Short Leash*, S. 201.

⁴³³ Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 28. 10. 1976.

⁴³⁴ Vgl. AdR, BMfaA, Sektion II-pol 26, GZ 88.19.12/334-II/76, Vermerk, 11. 10. 1976.

⁴³⁵ Vgl. AdR, BMfaA, Sektion II-pol 17, GZ 88.19.198-II/77, Vermerk, o. D. Vgl. auch Benedek, *Anerkennung*, S. 850; Riegler, *Fadenkreuz*, S. 75; Kreisky, *Im Strom*, S. 328.

Amts und erklärte: „Angesichts Libanons sei die PLO-Führung derzeit ziemlich ratlos. [...] Man strebe generell einen engeren Kontakt zu Westeuropa an, um auf diese Weise deutlich zu machen, dass man nicht sowjetabhängig sein wolle.“⁴³⁶ Deshalb bat Kamal um den Empfang Qaddumis durch Bundesaußenminister Genscher; Qaddumi „warte nur auf ein Signal aus Bonn, um dort die Libanonkrise und PLO-Politik zu erörtern“, so Said Kamal weiter⁴³⁷. Ein vorgeschlagener Termin mit Staatsminister Wischniewski kam aber vorerst nicht zustande und auch Bundesaußenminister Genscher traf nicht mit Qaddumi zusammen, der allerdings im Herbst 1976 außer mit dem österreichischen auch mit dem französischen und dem italienischen Außenminister Gespräche führte⁴³⁸. Im Dezember 1976 setzten Kamal und die westdeutsche Botschaft in Kairo ihre Planungen fort, ein Treffen Qaddumis mit Genscher oder maßgeblichen Verantwortlichen der Bundesregierung vorzubereiten⁴³⁹. 1976/77 intensivierte das Auswärtige Amt das Verhältnis zu Dajani, dem Vertreter Arafats innerhalb des Europäisch-Arabischen Dialogs, und begründete im Herbst 1976 die Befürwortung eines möglichen Gesprächs zwischen Qaddumi und der Leitung des Amts wie folgt: „Eine Alternative zur PLO, als Vertretung des palästinensischen Volkes, ist nicht in Sicht. [...] Im Hinblick auf das erforderliche Wohlwollen des arabischen Lagers im Zusammenhang mit unserer Geiselnahme-Initiative, wäre ein als inoffiziell zu bezeichnender Kontakt zur PLO auf höherer Ebene nützlich.“⁴⁴⁰

Mit der „Geiselnahme-Initiative“ verfolgte Außenminister Genscher seit 1976 im Rahmen der Vereinten Nationen die Absicht, eine allgemeingültige Konvention zur Bekämpfung und staatlichen Sanktionierung von Geiselnahmen zu verabschieden. Dass seitens des Auswärtigen Amts ein diesbezügliches „Wohlwollen“ der PLO hervorgehoben wurde, macht deutlich, dass Bonn sich einer besonderen sicherheitspolitischen Zwiespältigkeit bewusst war: Einerseits zielte die sogenannte Geiselnahmekonvention zu großen Teilen auf den palästinensischen Terrorismus ab, war aber andererseits gerade deshalb heikel. Denn ein „Wohlwollen des arabischen Lagers“ war nicht nur im Hinblick auf eine Zustimmung in der Generalversammlung nötig. Vielmehr musste das Auswärtige Amt den Forderungen der Palästinenser in ihrem „Kampf“ um Selbstbestimmung entgegenkommen, um die Beziehungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Führung der Fatah nicht zu gefährden. Die von der PLO/Fatah und den palästinensischen Gruppen reklamierte Unterscheidung zwischen Befreiungskampf und Terrorismus war somit in der Konvention zu beachten⁴⁴¹.

⁴³⁶ So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Bericht, 22.09.1976.

⁴³⁷ So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 28.10.1976. Vgl. auch PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Bericht, 22.09.1976.

⁴³⁸ Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Bericht der Botschaft Kairo an das AA, 15.12.1976.

⁴³⁹ Vgl. ebd.

⁴⁴⁰ So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 28.10.1976. Vgl. auch Dajani, Euro-Arab Dialogue, S. 93 f.

⁴⁴¹ Grundsätzlich fand die Konvention nur für Unterzeichnerstaaten Anwendung. Sie trat 1983, nach Beitritt des 22. Staates, in Kraft. Die DDR ratifizierte die Konvention 1988, vgl. UN A/RES/34/146, Resolution, 17.12.1979; UN A/RES/31/103, Resolution, 15.12.

Zugleich versprach sich die Bundesregierung 1976/77 von direkten Kontakten mit der Fatah sicherheitspolitische Vorteile⁴⁴². Diese boten Arafat wiederum – für entsprechende antiterroristische Verpflichtungen der Fatah – einen Gewinn in Form einer wachsenden Bereitschaft zur diplomatischen Aufwertung der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Arafats Politik, mit der er versuchte, die Unterstützung westlicher Regierungen zu erlangen, basierte auf einer simplen Devise: Allein die Fatah garantierte, dass sich die Palästinensische Befreiungsorganisation gemäßigt und westlich, nicht aber linksextremistisch und moskauhörig entwickelte. Die Bundesregierung ging bei der Sondierung über eine Sicherheitspartnerschaft, die Arafat ihr im November 1977 vorschlug, ausschließlich von der Annahme aus, die Fatah sei in der Lage, radikale linke palästinensische Gruppen zu bremsen und deren Verbindungen zu linksterroristischen westdeutschen Organisationen zu kontrollieren⁴⁴³.

Arafat unterrichtete 1977 in der DDR niemanden von diesen sicherheitspolitischen Kontakten mit der Bundesregierung. Er schlug auch nicht Honecker eine Kooperation bei der Terrorismusbekämpfung vor, sondern Bundeskanzler Schmidt. Der „Außenminister“ der Palästinensischen Befreiungsorganisation bereiste in der wichtigen Phase zwischen Herbst 1976 und Sommer 1977 auch weiterhin nur westliche Hauptstädte und kam nicht nach Ost-Berlin. Abgesehen von der Parteitagsdelegation im Mai 1976, der kein ranghohes Mitglied des Exekutivkomitees angehört hatte, gab es bis Ende 1977 keinerlei Beratung oder Konsultation zwischen der SED und der PLO/Fatah, weder in der DDR noch im Ausland. Laut dem geltenden SED-Abkommen sollte 1976/77 jeweils *eine* Delegation des Exekutivkomitees eingeladen werden. Die DDR zog sich jedoch nicht vollständig aus den politischen Gesprächen mit der PLO zurück, sondern führte sie mit der DFLP – während Arafat und das Exekutivkomitee keinerlei Kontakt zu

1976; United Nations Treaty Series, Vol. 1316, Nr. 21931, International Convention against the Taking of Hostages, 201–211; Hailbronner, International Terrorism, S. 171; Kausch, Übereinkommen gegen Geiselnahmen, S. 77–82; Platz, Internationale Konvention, S. 276–303; Trapp, State Responsibility, S. 108–115.

⁴⁴² Vgl. Dahlke, Transnationaler Terrorismus, S. 305–312; ders., Wischnewski-Protokoll, S. 201–212; Jeanne Rubner: Geheimdiplomatie mit der PLO, in: SZ, 07. 04. 2009, S. 6. Anfang Juli 1976 wies das AA die Botschaft in Kairo an, der PLO/Fatah dafür zu danken, dass man während der Kämpfe 1975/76 im Libanon die westdeutsche Botschaft in Beirut schützte, vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Schreiben des AA an die Botschaft Kairo, 07. 07. 1976.

⁴⁴³ Vgl. Dahlke, Wischnewski-Protokoll, S. 209–214; ders., Transnationaler Terrorismus, S. 310–314; Schenk, Chef, S. 340–342; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 900–902. Ali Hassan Salama, der 1977 der Bundesregierung in Wien im Namen Arafats dieses Angebot unterbreitete, hatte gemäß Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes bereits im Juli 1970 in Amman in einem der ersten Treffen mit westdeutschen Regierungsmitarbeitern festgestellt: „Die Fatah habe mit Marxismus-Leninismus nichts zu tun. Sie betrachte alle Fragen unter dem Gesichtspunkt ihres Kampfzieles. Die Bundesrepublik könne sie nicht unter ihre Freunde zählen wie die kommunistischen Staaten. Sie sähe aber die Bundesrepublik auch nicht als Feind an. Es liege in unserem [dem westdeutschen] Interesse, mit Fatah Beziehungen herzustellen, denn wir würden in Zukunft nicht um Fatah herumkommen“, so PA-AA, Bestand B 150, Bd. 206, Bericht der Vertretung Amman an das AA, 01. 07. 1970, Bl. 4375–4378.

Honecker suchten. Dass die SED diese „progressivste“ Gruppe der palästinensischen Widerstandsbewegung fördern wollte, zeigte sich auch daran, dass man den Generalsekretär der DFLP im November 1977 nach Ost-Berlin eingeladen hatte⁴⁴⁴. Offensichtlich im Gegensatz zur PLO/Fatah kritisierte die DFLP die sozialistische Syrienpolitik der Jahre 1975/76 nicht, sondern informierte die SED vielmehr über die neuen Initiativen des prowestlichen Kurses der Fatah⁴⁴⁵.

Das Verhältnis zwischen der PLO und der Sowjetunion war 1977 ähnlich angespannt und belastet wie die ostdeutschen Beziehungen zu Arafat, auch wenn der PLO-Vorsitzende Anfang April 1977 nach Moskau flog und zum ersten Mal auch den Partei- und Staatschef der UdSSR sprechen konnte⁴⁴⁶. Im weiteren Verlauf dieses Besuches kam es allerdings zum Eklat und zur vorzeitigen Abreise Arafats⁴⁴⁷. Der Streitpunkt zwischen ihm und Außenminister Andrej Gromyko war die palästinensische Haltung in Bezug auf die Resolution des VN-Sicherheitsrates 242⁴⁴⁸. Die KPdSU drängte Arafat, seine Zustimmung dazu zu geben, dass eine Genfer Konferenz einberufen wurde, ohne dass die bisherige *Conditio sine qua non* einer Teilnahme der PLO erfüllt sein musste: die politische Befassung mit den nationalen Rechten der Palästinenser. Daraufhin bekräftigte Arafat, er sei nur dann bereit, an einer Genfer Konferenz teilzunehmen, wenn im Vorfeld eine neue Resolution verabschiedet würde, „die neben den Elementen der Resolution 242 die Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes auf Rückkehr in die Heimat und auf Selbstbestimmung umfasse“⁴⁴⁹. Arafat schlug somit vor, dass die PLO den Staat Israel anerkenne, wenn sichergestellt sei, dass ausgehend von einer neuen VN-Resolution die nationalen Rechte der Palästinenser in den zukünftigen Verhandlungen berücksichtigt würden. Der Kreml lehnte eine solche neue Resolution jedoch ab, woraufhin Arafat Moskau verließ⁴⁵⁰.

Der stellvertretende Leiter der Politischen Abteilung der PLO erklärte zum Disput zwischen Gromyko und Arafat Ende April 1977 bei Gesprächen in Wien: „Unzutreffend sei, dass die PLO einem sowjetischen Vorschlag zugestimmt hätte,

⁴⁴⁴ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.669, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 22. 09. 1977, Bl. 18–22; BArch, DZ 8/178, Programm für den Aufenthalt einer Delegation der DFLP, 26. 06. 1976; BArch, DZ 8/178, Programm für den Aufenthalt des Generalsekretärs der DFLP, o. D., ca. November 1977. Sayigh, *Palestinians*, S. 144–152, betont, dass auch die Sowjetunion ab 1975/76, ausgehend von der Libanonkrise, „a special relationship“ zur DFLP entwickelte u. sie fortan mehr politische u. materielle Hilfe erhielt.

⁴⁴⁵ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.669, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 22. 09. 1977, Bl. 18–22.

⁴⁴⁶ Vgl. Golan, *Uneasy Alliance*, S. 72, 79f.; Sayigh, *Palestinians*, S. 139. Vgl. auch AdR, BMfaA, Sektion II-pol 17, GZ 88.19.14/38-II/77, Schreiben der Botschaft Moskau an das BMfaA, 13. 04. 1977.

⁴⁴⁷ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1669/03, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 27. 09. 1977.

⁴⁴⁸ Vgl. ebd. Zur Kontroverse zwischen dem Kreml u. Arafat um VN-Resolution 242 vgl. Sayigh, *Palestinians*, S. 132f.; Halliday, *Middle East*, S. 25; Abbas, *Channels*, S. 19f.; Golan, *Soviet Union and the PLO*, S. 10–15; dies., *Uneasy Alliance*, S. 63–87.

⁴⁴⁹ So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1669/03, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 27. 09. 1977.

⁴⁵⁰ Vgl. ebd.

demzufolge die Genfer Konferenz auch ohne die Palästinenser einberufen werden könnte, sofern nur sichergestellt sei, dass die Frage der Teilnahme der Palästinenser sofort behandelt und für die Palästinenser positiv entschieden würde. [...] Den Beteuerungen Gromykos, dass in einem solchen Fall die Palästinenser nur für ‚10 Minuten‘ von den Verhandlungen ausgeschlossen seien, begegne die PLO mit Misstrauen. Aus diesen 10 Minuten könnten leicht 1–2 Jahre werden, in denen andere Probleme behandelt, die Frage der Grenzen geregelt und die Palästinenser von der Gestaltung ihres Schicksals ausgeschlossen [seien].⁴⁵¹

Honeckers prosyrische Initiative

Das SED-Regime musste im Nachgang des Libanonkonfliktes, als sich Assad durchgesetzt hatte und sich die Beziehungen zu Arafat auf einem Tiefpunkt befanden, konstatieren, dass die PLO substanziell geschwächt war. Zwar nahm die Staats- und Parteiführung in Ost-Berlin aufmerksam wahr, dass der Konflikt mit Syrien zu einer Rechtsausrichtung der PLO geführt hatte, Honecker bewilligte jedoch keine substanziellen Hilfslieferungen zugunsten Arafats. Er konsultierte auch nicht die PLO-Führung⁴⁵². Die Palästinensische Befreiungsorganisation erhielt im Jahr 1977 eine ostdeutsche Solidaritätshilfe im Gegenwert von nur noch 2,9 Millionen Mark, 2,1 Millionen weniger als die vertraglich festgelegten fünf Millionen⁴⁵³. Auch eine Stuserhöhung des PLO-Büros, die 1977 hätte nachgeholt werden können, oder eine demonstrative Einladung Arafats in die DDR fand nicht statt.

Mit Blick auf die Vertretung Koulailats blieb die Nichterhöhung möglicherweise auch deshalb aus, weil die syrisch-palästinensischen Kämpfe im Libanon für Honecker zu innenpolitischen Problemen geführt hatten. Denn die Besetzung der Büroräume der PLO-Vertretung im Januar 1977 war auch Folge der unter den diversen Gruppen palästinensischer Studenten ausgetragenen Kontroverse um den von Arafat und von Syrien verfolgten Kurs⁴⁵⁴. Hätte man den Status des Büros in dieser spannungsträchtigen Zeit aufgewertet, wäre dies unter den Palästinensern in der DDR, die Koulailat vorwarfen, er arbeite nur für die Interessen der Fatah und stehe für Arafats falsche Politik, als eine Parteinahme der Regierung der DDR zugunsten der Fatah wahrgenommen worden. Syrien hätte einen solchen Schritt außerdem als eine nachträgliche antisyrische Stellungnahme gewertet. Honecker wollte aber gerade nicht Syrien provozieren oder verurteilen und blieb daher in seiner Beziehung mit Arafat auf Distanz.

⁴⁵¹ So AdR, BMfaA, Sektion II-pol 17, GZ 88.19.14/41-II/77, Schreiben der Botschaft Kairo an das BMfaA, 28. 04. 1977.

⁴⁵² Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.670, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 06. 01. 1977, Bl. 68; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.552, Jahresbericht der Botschaft Beirut 1976, 14. 12. 1976, Bl. 109–112.

⁴⁵³ Vgl. BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984.

⁴⁵⁴ Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 02. 02. 1975, Bl. 570–572; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 16. 02. 1976, Bl. 307; BStU, MfS, HA II, 18656, Erkenntnisse, o. D., ca. März 1976, Bl. 279–297; BStU, MfS, ZAIG, 2634, Information, 31. 01. 1977, Bl. 5–9; BStU, MfS, ZAIG, 2634, Information, 11. 01. 1977, Bl. 1–4.

Anders verhielt sich das ZK der SED im Hinblick auf das Regime Assads. Entwickelte Honecker gegenüber der PLO/Fatah keine besondere Initiative, um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, war dies bei Syrien nicht der Fall. Obwohl Ost-Berlin 1975/76 kein Embargo gegen Damaskus verhängt hatte, sah sich die DDR kritischen Vorwürfen ausgesetzt. Nach einhelliger syrischer Meinung hätte Honecker mehr tun müssen, als die bestehenden Verträge zu erfüllen. Als der DDR-Botschafter im März 1977 aus Damaskus verabschiedet wurde, hieß es laut dessen Bericht in Damasener Regierungs- und Parlamentskreisen, „es seien Wölkchen am Himmel über den Beziehungen“ zur DDR aufgetaucht, und Syrien sei „erfreut, dass der gewisse und zeitweise Stillstand in den Beziehungen mit den sozialistischen Ländern überwunden“ sei⁴⁵⁵.

Der Botschafter erklärte daraufhin: „Meinungsverschiedenheiten, auch zwischen befreundeten Ländern, können durchaus entstehen und leicht gelöst werden, wenn das gemeinsame Ziel der Kampf gegen Imperialismus und für den Fortschritt die Grundlagen dafür bilden. Was die Libanonkrise betrifft, so habe es tatsächlich im vergangenen Jahr darüber unterschiedliche Haltungen gegeben, mit welchen Kräften und Mitteln diese Krise gelöst werden soll. Ich hielt es für dringend erforderlich, der weiterhin anzutreffenden Meinung, dass es die sozialistischen Staaten sind, ‚die etwas gutzumachen haben‘, konstruktiv und sachlich entgegenzuwirken.“⁴⁵⁶ Der syrische Außenminister hatte dem Botschafter der DDR schon im November 1976 mitgeteilt: „Die UdSSR hat in verschiedener Weise die Politik der SAR angegriffen, u. a. durch die Briefe des Generalsekretärs der KPdSU L. I. Breschnew an Präsidenten Assad und andere arabische Politiker. Die SAR-Führung hat darauf kein einziges Wort erwidert, weil sie weiß, dass jedes solche Wort vom Imperialismus und Zionismus, d. h. von ihren Feinden, missbraucht worden wäre. Die SAR-Führung wird nicht so handeln wie der ägyptische Präsident Sadat. Die Beziehungen der SAR zur UdSSR sind strategischer Art. Die syrische Führung hofft deshalb, dass die UdSSR die Initiative ergreift, um die Beziehungen zu verbessern.“⁴⁵⁷

Auch wenn Honecker die Waffenexporte nach Damaskus 1977 wie vorgesehen auf zwei Millionen Valutamark absenkte, aktivierte er zugleich den Nationalrat, um eine „Vertiefung der Beziehungen“ zu Syrien zu erreichen⁴⁵⁸. Der Weg über den Nationalrat bot den Vorteil, das Terrain für offizielle Schritte zunächst sondieren und gegenüber Arafat erklären zu können, man sei auf der Ebene des Partei- und Staatsapparates gegenüber Assad nicht bereit, engere Kontakte aufzu-

⁴⁵⁵ So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.601, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 17. 03. 1977, Bl. 29f.

⁴⁵⁶ So ebd.

⁴⁵⁷ So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.601, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 22. 11. 1976, Bl. 49.

⁴⁵⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 3356a, Schreiben der Botschaft Damaskus an den Nationalrat der Nationalen Front, 20.01. 1977. Der sowjetische Rüstungsexport nach Syrien verdoppelte sich 1977 im Vergleich zum Vorjahr, lag aber im Gesamtwert noch unter einer Mrd. US-Dollar, vgl. SIPRI, TIV of Arms Exports to Syria, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (16.06. 2012); IISS, Military Balance 1976-1977, S. 94; dass., Military Balance 1977-1978, S. 98.

nehmen. Denn lediglich eine ostdeutsche „gesellschaftliche“ Organisation trat in Erscheinung. Allerdings achteten die Verantwortlichen bereits darauf, strittige Fragen auszuklammern, etwa die Person Arafats und die Rolle der Palästinensischen Befreiungsorganisation. In der „Gesprächskonzeption“ des Nationalrates für die Einladung des syrischen Handwerkerverbandes wurde zwar das Recht der Palästinenser auf einen Staat betont, aber nirgendwo traf man eine Aussage, die hervorhob, was seit Jahren zum Standardrepertoire der ostdeutschen Rhetorik gehörte: dass die PLO die einzig legitime Vertreterin der Palästinenser und allein Jassir Arafat der rechtmäßige Anführer der PLO war⁴⁵⁹.

Indem die SED jede Erwähnung der Palästinensischen Befreiungsorganisation und ihres Vorsitzenden vermied, wurde deutlich, wie stark die DDR ihr außenpolitisches Handeln am syrischen Primat ausrichtete. Honecker setzte sich nicht dafür ein, die PLO im Innern zu konsolidieren, um einen größeren politischen Einfluss auf die Ausrichtung der Palästinensischen Befreiungsorganisation nehmen zu können, die aus Sicht Ost-Berlins „reaktionärer“ geworden war, weil sie sich politisch stärker am Westen, Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien orientierte. Riad war neben der ägyptischen und jordanischen Regierung die Instanz, die Gesprächskanäle zwischen Arafat und Washington eröffnen konnte⁴⁶⁰. Die Botschaft der DDR im Libanon stellte Ende September 1977 fest: „Der seit Monaten durch palästinensische Wissenschaftler, bourgeoise Kräfte und rechte Politiker vorbereitete und geförderte Prozess der Annäherung und des Ausgleichs mit den USA soll jetzt offenbar durch die PLO-Führung offiziell durchgeführt werden. Dieser Scheidepunkt kristallisiert die politischen Standpunkte der einzelnen Gruppen und Kräfte stärker heraus und macht den Differenzierungsprozess deutlicher. [...] U. E. kann man einschätzen, dass der gemeinsame und koordinierte Druck der reaktionären Kräfte auf Arafat zu dem Ergebnis geführt hat, dass Arafat gegenwärtig der Auffassung ist, die Rechte des palästinensischen Volkes mithilfe der USA erreichen zu können.“⁴⁶¹

Nahostpolitische Veränderungen 1977

Im Nahen Osten waren bis zum Ende des Sommers 1977 drei wesentliche Veränderungen eingetreten. Zum einen hatte der amerikanische Präsident Carter im Frühjahr 1977 mehrfach erklärt, Israel müsse sich in die Grenzen vom 4. Juni 1967 zurückziehen und den Palästinensern stehe ein Recht auf ein „homeland“ zu⁴⁶².

⁴⁵⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 3356a, Konzeption für den Aufenthalt der Delegation des Allgemeinen Verbandes der Handwerksgenossenschaften der SAR, o. D.

⁴⁶⁰ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 410–423.

⁴⁶¹ So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.669, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 22. 09. 1977, Bl. 22.

⁴⁶² Vgl. Statement on Palestinian Rights, 04. 01. 1978, in: Laqueur/Rubin, *Israel-Arab Reader*, S. 220f.; President Jimmy Carter on Middle East Peace, 16. 03. 1977, in: Lukacs, *Israeli-Palestinian Conflict*, S. 69–71; Press Conference with President Carter, 12. 05. 1977, in: State of Israel, *Israel's Foreign Relations*, www.mfa.gov.il/MFA (30. 03. 2013). Vgl. auch Sayigh, *Palestinians*, S. 135; Stein, *Diplomacy*, S. 214–218; Hacke, *Amerikanische Nahost-Politik*, S. 58–62; Lähteenmäki, *Palestine Liberation Organization*, S. 132–134.

Zum anderen hatte auch die Europäische Gemeinschaft mit ihrer Londoner Deklaration vom Juni 1977 den palästinensischen Anspruch auf ein „Heimatland“ bekräftigt. Die von der EG bereits seit November 1973 anerkannten „legitimen Rechte der Palästinenser“ müssten die volle Entfaltung der palästinensischen Identität garantieren, damit sie in einem eigenen Land selbstbestimmt leben könnten⁴⁶³. Dies war insofern neu, als bis dahin lediglich einzelne Mitgliedsstaaten der EG Aussagen im Hinblick auf die territorialen Rechte der Palästinenser getroffen hatten, es aber noch keinen verbindlichen Standpunkt insgesamt gab⁴⁶⁴. Die Europäische Gemeinschaft widersprach mit ihrer neuen Deklaration der seit Mai 1977 erstmals in Israel regierenden konservativen Likud-Partei unter Vorsitz Menachem Beginns. Der Amtsantritt Beginns als israelischer Ministerpräsident stellte die dritte wichtige nahostpolitische Veränderung Ende 1977 dar⁴⁶⁵.

Begin war, wie auch später Ägypten, gegen einen neu zu bildenden arabisch-palästinensischen Staat zwischen Israel und Jordanien und sprach lediglich von einer Autonomie der Araber in Gaza sowie – laut religiöser Terminologie Beginns – in Judäa und Samaria. Mit Judäa und Samaria meinte er im Wesentlichen das Westjordanland⁴⁶⁶. Israelische Siedlungen sollten dort weiterhin entstehen können, denn Jerusalem hätte die Souveränität über diese Gebiete behalten⁴⁶⁷. So sahen es die von Begin in der Knesset Ende Dezember 1977 umrissenen Vorstellungen seiner Regierung zur Lösung des Palästinaproblems zehn Jahre nach der israelischen Besetzung der West Bank, des Golan, Ost-Jerusalems sowie des Gazastreifens vor⁴⁶⁸.

Die Reise des ägyptischen Präsidenten Sadat nach Israel am 19. November 1977 und seine Rede vor dem israelischen Parlament, in der er die Bereitschaft Ägyptens zur Anerkennung des jüdischen Staates und einer vertraglich festgelegten,

⁴⁶³ Vgl. Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 36–40.

⁴⁶⁴ Vgl. Allen/Hauri, Dialogue, S. 93–97; Miller, PLO Factor, S. 130–134; Jaeger, Quadratur, S. 83.

⁴⁶⁵ Vgl. Tessler, Conflict, S. 499–506; Torgovnik, Likud, S. 7–22; Sharkansky/Radian, Domestic Policy, S. 56–62.

⁴⁶⁶ „Judäa“ umfasst die Teile des Westjordanlandes, die sich südlich von Jerusalem bis zur Negev-Wüste erstrecken. „Samaria“ entspricht in etwa den Gebieten nördlich von Jerusalem bis an den See Genezareth, vgl. Tessler, Conflict, S. 401; Smith, Conflict, S. 302f.; Krämer, Geschichte Palästinas, S. 19f.; Stein, Diplomacy, S. 233–240; Friedlander, Autonomy, S. 209.

⁴⁶⁷ Vgl. Autonomy Plan for the West Bank and Gaza Strip, December 28, 1977, in: Laqueur/Rubin, Israel-Arab Reader, S. 218f.; Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 87–100; Stein, Diplomacy, S. 233–240. Zum Status der seit Juni 1967 besetzten Gebiete des Westjordanlandes u. zum militärischen Besatzungsrecht vgl. Kretzmer, Occupation of Justice; ders., Belligerent Occupation, S. 209–236; Benvenisti, Occupation, S. 68–106, 204–248; Dinstein, Legal Status, S. 37–49; Frowein, Belligerent Occupation, S. 2–16; Gazit, Fools, S. 8–24; Ministerial Committee on Settlement Affairs, Status of Building in Judea and Samaria; Rostow, Occupations; Segev, 1967, S. 549–563; Ma’oz, Ottoman Reform, S. 158–163; Stein, Land Question, S. 3–28; Drori, Settlements, S. 44–80; Levi, Local Government, S. 103–122; Geneva Convention (IV), 12. 08. 1949, in: Haupt/Haumer/Fischer, International Humanitarian Law, S. 303–374, vgl. insb. Art. 49, ebd., S. 323. Vgl. ebs. UN S/RES/2334 (2016), Resolution, 23. 12. 2016.

⁴⁶⁸ Zum Inhalt des Plans einer Autonomie vgl. Autonomy Plan for the West Bank and Gaza Strip, 28. 12. 1977, in: Laqueur/Rubin, Israel-Arab Reader, S. 218–220; Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 76–78.

bilateralen Friedenslösung erklärte, bedeuteten, dass Kairo aus einer antiisraelischen Front ausschied⁴⁶⁹. Innerarabisch reagierte man auf Sadats Initiative deshalb mit der politisch-diplomatischen Isolierung Ägyptens, seinem Ausschluss aus der Liga der arabischen Staaten, der erstmaligen Wahl eines nichtägyptischen Generalsekretärs und der späteren Verlegung des offiziellen Sitzes der Liga von Kairo nach Tunis⁴⁷⁰. Die PLO, Syrien, Libyen, Algerien und der Südjemen proklamierten in Reaktion auf Sadats Besuch in Jerusalem die „Front der Zurückweisung und Standhaftigkeit“; sie negierten die VN-Resolutionen 242 sowie 338 und erklärten, den Staat Israel nicht anzuerkennen. Zudem sollte jeder Verrat im Kampf gegen das „zionistische Gebilde“ gerächt werden⁴⁷¹.

Sadat hatte mit seiner Rede Abstand genommen von der Lösung des palästinensischen Problems in Form eines selbstständigen, palästinensischen Staates. Dies wiederum brachte für Arafat die Gefahr mit sich, dass Ägypten Entscheidungen traf, die die Rechte der Palästinenser ohne ihr Zutun festlegten. Zwischen Israel und einem arabischen Staat sollte nun ein bilateraler Friedensvertrag geschlossen werden, ohne dass die Palästinenser beteiligt wurden⁴⁷². Arafat und Assad waren durch die gemeinsamen Interessen einer Anti-Sadat-Front vorerst politisch versöhnt. Für die PLO war die syrische Unterstützung nun von großer Bedeutung, nicht zuletzt weil Damaskus mit 25 000 Soldaten weiterhin die Innenpolitik des Libanon kontrollieren und beeinflussen konnte⁴⁷³.

Sadats Rede vor der Knesset vereinfachte es für die DDR, ihre Politik nach der Libanonkrise wieder in Einklang mit dem klassisch-dichotomen Feindbild einer einheitlichen antiisraelischen, antiimperialistischen Front hier und eines Lagers der Reaktion dort, bestehend aus Israel, den USA und Ägypten, zu bringen. Man überdeckte damit die Konflikte zwischen Syrien und der PLO. Das SED-Regime setzte sich umgehend für eine Belebung der Kontakte sowohl zur PLO als auch zu Syrien ein, wobei Präsident Assad aber bevorzugt wurde. Die Regierung in Damaskus stand nach der Entscheidung Sadats im Mittelpunkt der sowjetisch-sozialistischen Nahostpolitik, da sie eines der letzten arabischen Länder kontrollierte, das wirklich Einfluss auf die Lösung des Nahostkonfliktes besaß und gleichzeitig Moskaus „Hilfen“ zuließ. Syrien wurde ab 1978, nachdem Kissinger versucht hatte, die während des libanesischen Bürgerkrieges entstandenen Konflikte zwischen Breschnew und Assad zu nutzen, eine beispiellose sowjetische Wirtschafts- und Kapitalhilfe gewährt⁴⁷⁴.

⁴⁶⁹ Vgl. Quandt, *Peace Process*, S. 270–282; Tessler, *Conflict*, S. 507–510; Stein, *Diplomacy*, S. 229–253; Sayigh, *Struggle*, S. 424. Zur Rede Sadats vgl. *Statement to the Israeli Knesset by President Sadat*, 20. 11. 1977, in: Lukacs, *Israeli-Palestinian Conflict*, S. 136–146.

⁴⁷⁰ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 424; Ipsen, *Völkerrecht*, S. 300; Dawn, *Foreign Policy of Syria*, S. 173; Emig, *Liga*, S. 200–218. Der Beschluss über die Rückverlegung des offiziellen Sitzes der Liga wurde 1990 gefasst.

⁴⁷¹ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 424f.; Dawn, *Foreign Policy of Syria*, S. 173.

⁴⁷² Vgl. Tessler, *Conflict*, S. 507–512.

⁴⁷³ Vgl. Avi-Ran, *Involvement*, S. 58, 77; Sayigh, *Struggle*, S. 424; Ehteshami/Hinnebusch, *Syria and Iran*, S. 71–73.

⁴⁷⁴ Der sowjetische Rüstungsexport verdoppelte sich zwischen 1978 u. 1979 und betrug mutmaßlich über eine Mrd. US-Dollar, vgl. SIPRI, *TIV of Arms Exports to Syria*, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (16. 06. 2012); IISS, *Military Balance*

3. Neue Festlegungen: Die PLO- und die Syrienpolitik Ost-Berlins 1978

Noch im Dezember 1977 entsandte Erich Honecker eine Delegation unter Leitung des Ministers für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau, Günther Kleiber, nach Damaskus. Trotz der noch mehrere Jahre gültigen Vereinbarungen bot die DDR Syrien neue Wirtschaftsabkommen und Kredite an⁴⁷⁵. Präsident Assad begleitete diese ersten Regierungskontakte mit der DDR persönlich und empfing Kleiber zu einem Gespräch, bei dem dieser eine Botschaft Honeckers übergab, deren Inhalt nicht bekannt ist⁴⁷⁶. Darauf folgte Anfang März 1978 die Mission Paul Verners, des damaligen ZK-Sekretärs für Sicherheit, nach Damaskus⁴⁷⁷. Verner lud Assad in die DDR ein, wie es das Politbüro am 12. März 1974 beschlossen hatte: „Wir würden es sehr begrüßen, wenn Präsident Assad in diesem Jahr der vor einiger Zeit ausgesprochenen Einladung zu einem Besuch in der DDR Folge leisten könnte“⁴⁷⁸. Assad erwiderte darauf laut Verners Bericht „Dank und Gruß; er erklärte, dass er sich darauf freue, bald die DDR besuchen zu können. Er bezeichnete den Besuch des Genossen Paul Verner zu diesem Zeitpunkt als einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung der Beziehungen. Er brachte seine Freude über den Besuch zum Ausdruck, da er seit 1974 wieder der erste Besuch einer Delegation der SED auf hohem Niveau sei.“⁴⁷⁹ Der syrische Präsident betonte ausdrücklich: „Syrien sei mit der DDR, so wie die DDR mit Syrien sei.“⁴⁸⁰

Konzepte für die Beziehungen zwischen der SED und der PLO

Verner traf am 1. März 1978 in Damaskus nicht nur Präsident Assad, sondern auch Jassir Arafat. Ihm teilte er „das Einverständnis“ der SED für den Besuch einer PLO-Delegation in der DDR Anfang März 1978 mit⁴⁸¹. Dieser Aufenthalt Arafats in Ost-Berlin war sein erster seit 1975. Hinter ihm lag die bis dahin

1978–1979, S. 105; Efrat, *Military-Economic Dimension*, S. 211–243; Freedman, *Soviet Union*, S. 159f.; Perthes, *Political Economy*, S. 31f. Für Kissingers Darstellung vgl. Kissinger, *Years of Renewal*, S. 1049–1055.

⁴⁷⁵ Vgl. ADN: DDR-Delegation in Syrien zu Beratungen eingetroffen, in: ND, 05. 12. 1977, S. 2; ADN: Botschaft Erich Honeckers an Syriens Präsident übergeben, in: ND, 07. 12. 1977, S. 4. Zu den damals noch bestehenden Verträgen vgl. BArch, DL 2/17338, Teil 2, Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, 10. 04. 1975; BArch, DL 2/17338, Teil 2, Langfristiges Handelsabkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR, 10. 04. 1975; BArch, DL 2/17338, Teil 2, Protokoll zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, 24. 11. 1974.

⁴⁷⁶ Vgl. BArch, DL 2/17338, Teil 2, Niederschrift, 07. 12. 1977.

⁴⁷⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/122, Vermerk, 01. 03. 1978, Bl. 101–105. Vgl. auch DDR-Delegation zu Besuch in Damaskus eingetroffen, in: ND, 28. 02. 1978, S. 1.

⁴⁷⁸ So SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/122, Vermerk 01. 03. 1978, Bl. 101 f.

⁴⁷⁹ So ebd., Bl. 102.

⁴⁸⁰ So ebd.

⁴⁸¹ So ebd.

schwierigste politische Phase der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Am 28. Februar 1978 hatte die SED-Führung nicht allein die von Verner überbrachte Einladung Arafats beschlossen, sondern auch über die Aufwertung des Büros Nabil Koulaïlats entschieden. Im Vorfeld konnte die Politische Abteilung der Palästinensischen Befreiungsorganisation erstmals zwei Papiere einreichen. Zum einen schlug sie ein neues, drittes SED-Abkommen vor und zum anderen erklärte sie, wie sie sich den zukünftigen Status ihrer Repräsentanz in der DDR vorstellte. Beide Entwürfe waren den Unterlagen der Politbüro-sitzung vom 28. Februar 1978 als Anhang 1 und 2 beigelegt⁴⁸².

Als sich Paul Verner am 1. März mit Jassir Arafat traf, ging er nicht auf inhaltliche Fragen und die SED-Meinung zu beiden Vorlagen der PLO ein. Verner konnte dies auch nicht tun, da Honecker erst einen Tag nach diesem Gespräch entschied, was mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation tatsächlich vereinbart werden sollte. Der ostdeutsche Partei- und Staatschef persönlich veränderte am 2. März die im Politbüro gebilligten Vorlagen und hielt auf dem Deckblatt fest: „Einverstanden mit Berücksichtigung der mit Genossen Rabenhorst (IV [ZK-Abteilung Internationale Verbindungen]) besprochenen Änderungen Anlage 1+2, EH 2/3 [2. März 1978].“⁴⁸³ Diese „Änderungen“ Honeckers sind anhand seiner Hervorhebungen beziehungsweise Streichungen nachvollziehbar. Der Vergleich zwischen dem Wortlaut der beiden Vorlagen Arafats, dem dritten unterzeichneten SED-Abkommen und der später gewährten Stuserhöhung des Büros der PLO lässt erkennen, welche palästinensischen Vorgaben Honecker verhindern wollte.

In Arafats Konzept des neuen Parteiabkommens hieß es erstmals im Titel: „Ver- einbarung zwischen dem Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsor- ganisation und dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutsch- lands“⁴⁸⁴. Dieser gesamte Ausdruck wurde von Honecker unterstrichen und am Rand mit einem Fragezeichen versehen⁴⁸⁵. Arafat wollte verstärkte und direkte Kontakte zwischen dem ZK und dem Exekutivkomitee; Honecker sollte aus- schließlich mit der Fatah-geführten Regierung unter seiner Präsidentschaft zu- sammenarbeiten und nicht mit „der PLO“, denn dann konnte die DDR gezielt das innerpalästinensische Machtmonopol der Fatah umgehen und deren Opposition fördern. Die Höhe der künftigen Solidaritätsleistung im neuen Abkommen mit der SED ließ die Politische Abteilung der PLO offen. Sie vermerkte zudem, dass die „nichtzivile Unterstützung“ weiterhin außerhalb des Solidaritätsbudgets ge- sendert vereinbart werden sollte⁴⁸⁶.

Im PLO-Entwurf über ein „Protokoll zwischen der Sozialistischen Einheitspar- tei Deutschlands und der Palästinensischen Befreiungsorganisation“ hieß es unter anderem: „Die Vertretung [der PLO in Ost-Berlin] übt ihre Tätigkeit in einer Form aus, die mit den für das diplomatische Korps in der Deutschen Demokra-

⁴⁸² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Vorlage, 28.02.1978, Bl. 158–168.

⁴⁸³ So ebd., Bl. 158.

⁴⁸⁴ Zum Dok. vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Anlage 1 zur Vorlage, 28.02.1978, Bl. 161–163.

⁴⁸⁵ Vgl. ebd., Bl. 161.

⁴⁸⁶ So ebd., Bl. 162.

tischen Republik gültigen Gesetzen übereinstimmt, sie mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik ein. Ebenfalls verpflichtet sie sich, die ihr gehörenden Räumlichkeiten nicht in einer Form zu benutzen, die dem Völkerrecht zuwiderläuft oder zu Zwecken, die den in diesem bilateralen Abkommen definierten Aufgaben widersprechen. [...] Die Vertretung wird bei der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands akkreditiert. Sie führt ihre täglichen Arbeiten über das Solidaritätskomitee und in Zusammenarbeit mit ihm durch.“⁴⁸⁷ Die Aufgabe ihres Büros sollte nach Vorstellung der Politischen Abteilung der PLO darin bestehen, „das Exekutivkomitee der PLO in der DDR“ zu vertreten sowie die direkte Verbindungsaufnahme mit dem Außenministerium und der SED sicherzustellen⁴⁸⁸. Koulailat und alle anderen Mitarbeiter sollten von der Partei akkreditiert werden und eine „Identitätskarte“ sowie einen Diplomatenausweis des MfAA erhalten, was Honecker wiederum hervorhob⁴⁸⁹. Darüber hinaus unterstrich er in zwei Sätzen deutlich jeweils ein Wort: „Der Mitarbeiter [der PLO-Vertretung] hat das Recht, an Solidaritätsveranstaltungen zum Palästina-Problem und zu Themen der gemeinsamen Ziele und Probleme, die von den deutschen gesellschaftlichen Organisationen durchgeführt werden, teilzunehmen und zu sprechen. [...] Die Vertretung hat das Recht, Empfänge und Veranstaltungen durchzuführen, zu denen in Zusammenarbeit mit dem deutschen Solidaritätskomitee Vertreter des deutschen gesellschaftlichen Lebens eingeladen werden.“⁴⁹⁰ Diese „deutschen“ Bezüge hielt Honecker augenscheinlich für unpassend. In der zu vage formulierten Art konnten dies auch Einladungen und Kontakte westdeutscher Vertreter bedeuten, mithin eine gesamtdeutsche PLO-Politik, zusammengeführt in Ost-Berlin, wodurch wiederum der Anschein erweckt werden konnte, als ob es zwischen west- und ostdeutscher Palästina-Politik keine Unterschiede gebe.

Das Politbüro der SED war zunächst bei seinem Beschluss zum neuen Status der PLO-Vertretung der Vorlage des ZK gefolgt und hatte am 28. Februar 1978 entschieden, dass nicht die SED – so Arafats Vorschlag – die akkreditierende Stelle sein sollte, sondern das Solidaritätskomitee; seit August 1973 hatte der Nationalrat der Nationalen Front diese Funktion wahrgenommen. Auch Honecker stimmte dieser neuen Regelung zu: „Das Büro der PLO in der DDR erhält den Status einer ‚Vertretung der PLO in der DDR‘ und wird beim Präsidenten des Solidaritätskomitees akkreditiert. Der Generalsekretär des Solidaritätskomitees wird bevollmächtigt, in Abstimmung mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, mit der PLO eine Vereinbarung über den Status der Vertretung zu unterzeichnen. Der Status der Vertretung wird weitgehend dem einer diplomatischen Vertretung angeglichen.“⁴⁹¹ Damit ging Honecker hinter die von der PLO/Fatah geforderte Akkreditierung durch die SED zurück. Vernachlässigt wur-

⁴⁸⁷ So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Anlage 2 zur Vorlage, 28. 02. 1978, Bl. 164-168.

⁴⁸⁸ So ebd., Bl. 165, 167.

⁴⁸⁹ Vgl. ebd., Bl. 167 f.

⁴⁹⁰ So ebd., Bl. 167.

⁴⁹¹ So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Vorlage, 28. 02. 1978, Bl. 158 f.

de Ende Februar 1978 auch die vom ZK und MfAA im Januar 1976 vorgeschlagene Lösung eines „Ständigen Büros der Palästinensischen Befreiungsorganisation in der Deutschen Demokratischen Republik“; der Leiter und der Stellvertreter dieses „Ständigen Büros“ wurden seinerzeit noch unmittelbar durch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten akkreditiert⁴⁹².

Eine Woche nach dem Politbürobeschluss wurde diese Statusveränderung jedoch verworfen. Gerhard Grüneberg ließ Erich Honecker in einem Brief, datiert auf den 7. März 1978, wissen, dass er und Hermann Axen „zu der Meinung gelangt [seien], dass die Akkreditierung beim Präsidenten des Solidaritätskomitees keine echte Erhöhung des Status der PLO in der DDR bedeuten würde. Genosse Axen hat daher in Abstimmung mit dem MfAA vorgeschlagen, den Vertreter der PLO künftig beim Außenminister der DDR zu akkreditieren. Bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens sollte der Präsident des Solidaritätskomitees anwesend sein. Ich bitte um Zustimmung und Entscheidung.“⁴⁹³

Grüneberg und Axen war also bewusst geworden, dass die geplante „Akkreditierung“ der PLO beim Solidaritätskomitee eine unglückliche Situation hätte entstehen lassen. Denn spätestens Anfang Februar 1978 war beschlossen worden, dass zukünftig neben der Palästinensischen Befreiungsorganisation auch die ZAPU, die SWAPO und der ANC mit einem Büro in Ost-Berlin präsent sein durften – welches vom Solidaritätskomitee zu führen war und einen diplomatischen Status erhalten sollte⁴⁹⁴. Die Vertretung der ZAPU öffnete nach Arafats Besuch im März 1978 anlässlich des internationalen „Tages der Solidarität mit dem Volk von Simbabwe“, die Einrichtungen der SWAPO sowie die des ANC wurden schließlich Mitte Oktober beziehungsweise Ende November 1978 zugelassen⁴⁹⁵. Hätte man nun bei der PLO die ursprünglich vorgesehene Zuständigkeit des Solidaritätskomitees beibehalten, wären die neuen Büros des ANC, der SWAPO und der ZAPU dem der PLO protokollarisch gleichgestellt gewesen. Axen und Grüneberg hielten die Übergabe des Beglaubigungsschreibens an den PLO-Vertreter durch den Außenminister offenbar für angezeigt, um eine gewollte diplomatische Aufwertung formal „realisieren“ zu können, nachdem die neuen Büros der anderen Befreiungsorganisationen denselben Status zugesprochen bekommen hatten, der bei der PLO – die seit 1973 in Ost-Berlin präsent war – als Erhöhung gelten sollte.

Das am 11. März 1978 zwischen dem Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten geschlossene Abkommen bedeutete, dass der PLO-Vertretung ab diesem Zeitpunkt

⁴⁹² Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1891/86, Vorlage, 27. 01. 1976.

⁴⁹³ So SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Schreiben Gerhard Grünebergs an Erich Honecker, 07. 03. 1978.

⁴⁹⁴ Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 467; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1729, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 06. 06. 1978, Bl. 13; BArch, DZ 8/216, Schreiben des Solidaritätskomitees an das Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen, 27. 06. 1978; BArch, DZ 8/212, Schreiben des Solidaritätskomitees an das Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen, 22. 02. 1978.

⁴⁹⁵ Vgl. ADN: Wirksame Unterstützung der sozialistischen Länder, in: ND, 17. 03. 1978, S. 6; Vertretung der SWAPO in unserer Republik eröffnet, in: ND, 14./15. 10. 1978, S. 1; ANC eröffnet Vertretung in der Hauptstadt, in: ND, 21. 11. 1978, S. 1.

ein diplomatischer Status zuerkannt wurde und ihr Leiter sowie dessen Stellvertreter bestimmte Vorrechte genossen⁴⁹⁶. So erhielten sie Diplomatenausweise des MfAA, ihre Person, die Diensträume und schriftliche Korrespondenz waren unverletzlich, sie durften CD-Kennzeichen führen und besaßen ein Flaggenrecht⁴⁹⁷. Zudem wurde festgelegt, dass Koulailat in der DDR das Exekutivkomitee repräsentierte⁴⁹⁸. Arafat erreichte damit erstmals eine direkte ostdeutsche Festlegung auf das Exekutivkomitee – allerdings nicht parteioffiziell, sondern staatlicherseits. Die diplomatische Aufwertung, die Honecker zuließ, bezog sich außerdem auch nur auf die PLO als Organisation und nicht auf eine Anerkennung des Staates Palästina oder eine Umbenennung der Vertretung in eine Botschaft des Staates Palästina⁴⁹⁹. Erneut achtete Honecker auf die Feinheiten seiner Politik. Und auch wenn Grüneberg sagte, der Repräsentant Arafats in Ost-Berlin sei „Botschafter in spe“, ernannte man ihn tatsächlich erst vier Jahre später zum Botschafter. Im Jahr 1978 wurde dies ganz bewusst noch unterlassen⁵⁰⁰. Die SED gestand der palästinensischen Vertretung beispielsweise auch kein Chiffrierrecht zu⁵⁰¹. Koulailats neue diplomatische Immunität wurde außerdem missachtet, denn sie hielt das Ministerium für Staatssicherheit nicht davon ab, die Residenz und die Räume des PLO-Büros weiterhin abzuhören und Koulailats Arbeit in jeder Hinsicht zu überwachen⁵⁰². Anders als von Arafat gefordert, arbeiteten in den folgenden Jahren auch nur zwei, ab 1978 bis zu sechs Angehörige der PLO/Fatah in der DDR⁵⁰³.

⁴⁹⁶ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1965/95, Vereinbarung zwischen dem MfAA u. dem Exekutivkomitee der PLO, 11. 03. 1978; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3523/82, Vermerk, 09. 03. 1982. Vgl. auch Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 471; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 103.

⁴⁹⁷ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1965/95, Vereinbarung zwischen dem MfAA u. dem Exekutivkomitee der PLO, 11. 03. 1978; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3523/82, Vermerk, 09. 03. 1982. Vgl. auch Beziehungen SED-PLO weiter vertieft, in: ND, 13. 03. 1978, S. 2.

⁴⁹⁸ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1965/95, Vereinbarung zwischen dem MfAA u. dem Exekutivkomitee der PLO, 11. 03. 1978.

⁴⁹⁹ Die PLO-Repräsentanz in Ost-Berlin wurde erst vier Jahre später per Beschluss des Politbüros zu einer Botschaft erklärt, ohne dass eine staatliche Anerkennung Palästinas folgte, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1937, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 16. 03. 1982, Bl. 13f. Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 471; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 104.

⁵⁰⁰ Zur Ernennung vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 471; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 104. Indem das SED-Regime erst viel später sowohl die Ost-Berliner Vertretung der PLO in eine Botschaft umbenannte als auch den Repräsentanten Arafats in der DDR als Botschafter anerkannte, machte die DDR implizit deutlich, dass bis zum jeweiligen Zeitpunkt dieser Aufwertung das Büro keine Botschaft gewesen war u. dessen Leiter keine diplomatischen Rechte genossen hatte. Zu Grünebergs Aussagen vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Niederschrift, 10. 03. 1978.

⁵⁰¹ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1965/95, Vereinbarung zwischen dem MfAA u. dem Exekutivkomitee der PLO, 11. 03. 1978.

⁵⁰² So führte das MfS auch nach 1978 IM, die in der PLO-Vertretung arbeiteten, und auch die 1974 begonnene Überwachung, etwa des Telefons sowie der Post, wurde nicht gestoppt.

⁵⁰³ Neben Nabil Koulailat waren später auch Ahmad Maghari alias Abu Ashraf, Abd al Manam al Amuri alias Abd al Hadi Abu Shark u. Abdallah Hijazi an der Ost-Berliner Vertretung der PLO beschäftigt. Hijazi arbeitete ab Anfang der 1980er Jahre bis 1989 als IM „Adel“ bzw. IM „Cunhal“ für das MfS und fungierte mindestens bis 1982 zu-

Diese von Honecker 1978 gewährte Akkreditierung der PLO hatten einzelne westeuropäische Staaten Arafat zudem bereits mehrere Jahre früher zugestanden. Zum Beispiel besaß die Brüsseler Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation einen quasidiplomatischen Status und auch Spanien verfügte im März 1977, dass mit der Eröffnung des PLO-Büros in Madrid diplomatische Rechte wirksam wurden. Spanien unterhielt zum damaligen Zeitpunkt keine offiziellen Beziehungen zu Israel⁵⁰⁴. Das Abkommen über den Status der Vertretung Arafats wurde im Mai 1977 auch zwischen dem spanischen Außenministerium und dem Exekutivkomitee abgeschlossen und Jassir Arafat hisste während der Eröffnungszeremonie in Anwesenheit des Madrider Außenministers die palästinensische Flagge⁵⁰⁵. Der wesentliche Unterschied zwischen der MfAA-Akkreditierung und dem Status quo ante bestand 1978 darin, dass nun ein Kontakt zum Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, das heißt zur Regierung der DDR, den man zu vor ausdrücklich nicht erlaubt hatte, zugelassen wurde.

Am 14. März 1978, drei Tage nach Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem Exekutivkomitee und dem MfAA, traf sich in Kairo der Botschafter der DDR zum ersten Mal in offizieller Form mit dem stellvertretenden Leiter der Politischen Abteilung der PLO⁵⁰⁶. In der Bundesrepublik war ein solcher Vorgang seit Jahren üblich. Noch im Februar 1978 sprach in New York beispielsweise der Ständige Vertreter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen, von Wechmar, mit dem PLO-Beobachter Tarazi⁵⁰⁷. Die protokollarische Aufwertung war somit kein Alleinstellungsmerkmal des SED-Regimes, da die PLO/Fatah im Westen Europas teilweise einen mindestens ebenso hohen oder bereits höheren Status besaß als in der östlichen Staatengemeinschaft, wenngleich zwischen den einzelnen Ländern, beispielsweise der Bundesrepublik und Spanien, große Unterschiede im offiziellen Umgang mit der PLO zu verzeichnen waren⁵⁰⁸. Im Vergleich zu den übrigen

gleich als Leiter des PLO-Büros in Budapest, vgl. UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Joint Communiqué, 04.02.1982; BStU, MfS, HA II, 365/2, Note der PLO, 06.06.1977, Bl. 163; BStU, MfS, HA II, 365/1, Vermerk, 18.10.1979, Bl. 260f.; BStU, MfS, HA II, 365/1, Vermerk, 05.12.1980, Bl. 286; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1727/95, Note der PLO, 06.12.1982; BStU, MfS, HA II, 29367, Bericht, 03.08.1978, Bl. 51; BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 1/1, Beschluss, 07.05.1980, Bl. 110–112; BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 1/1, Beschluss, 03.07.1981, Bl. 122–124; BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 1/1, Bd. 2/2, Treffbericht IMB „Cunhal“, 13.03.1989, Bl. 144.

⁵⁰⁴ Vgl. España reconoce oficialmente a la OLP, in: El País, 10.03.1977, S. 10; Ramon Vilarro: „Status“ casi diplomático de la OLP, en Bruselas, in: El País, 17.11.1976, S. 3; Navon, From Kippur to Oslo, S. 26.

⁵⁰⁵ Vgl. die Aussagen der Diplomatischen Mission Palästinas in Spanien, www.embajadadepalestina.es (28.01.2013).

⁵⁰⁶ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, B 5.622, Schreiben der Botschaft Kairo an das MfAA, 16.03.1978. Vgl. auch Beziehungen zwischen SED und PLO weiter vertieft, in: ND, 13.03.1978, S. 1f.

⁵⁰⁷ Vgl. Nuschelige Kontakte, in: Der Spiegel, 48/1979, S. 39; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 198, Bericht der Vertretung Amman an das AA, 09.03.1970, Bl. 1625f.; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 277, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 03.04.1973, Bl. 2140–2142; AAPD, 1973, Dok. 98, Botschaftsrat Nowak an das AA, 07.04.1973, S. 470–473; AAPD, 1975, Dok. 62, Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Lahn, 26.03.1975, S. 307.

⁵⁰⁸ Vgl. die gegenteiligen Behauptungen bei Bator, Begegnung mit Arafat, S. 3f.

sozialistischen Staaten war die DDR dennoch eines der ersten Länder, das der PLO diplomatische Rechte einräumte⁵⁰⁹.

Bemerkenswert in Bezug auf die neue, ostdeutsche Akkreditierung Nabil Kouilats in Form eines Vertrages zwischen dem Exekutivkomitee der PLO und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist allerdings, dass dieser Schritt 1978 ursprünglich nicht geplant war. Selbst als Honecker die Idee einer Statuserhöhung der Palästinensischen Befreiungsorganisation über das Solidaritätskomitee fallen gelassen hatte und sich zu einem direkten Abkommen mit dem MfAA entschloss, verzichtete er darauf, diese Aufwertung mit einer demonstrativen Geste öffentlich bekannt zu machen, beispielsweise in Form eines Termins zwischen Außenminister Oskar Fischer und Jassir Arafat. In dem, was Honecker festlegte, und der Art, wie er es präsentierte, wird deutlich, dass die DDR nicht alle denkbaren Optionen ausschöpfte, um mit Verve ein deutliches politisches Bekenntnis zugunsten Arafats PLO abzulegen⁵¹⁰.

Der veränderte Status der Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Ost-Berlin war zwar ein Erfolg für Jassir Arafat, der auch seine Position gegenüber Syrien festigte. Aber insgesamt zeigt der Prozess, der letztlich zu dem Abkommen mit dem MfAA führte, dass es nicht Honeckers Absicht war, die Fatah politisch zu unterstützen und zu signalisieren, dass die DDR und die SED ab sofort auf einer neuen Stufe mit der PLO zusammenarbeiten wollten. Das war aber der Wunsch Arafats. Die Politische Abteilung der PLO versuchte, mit den beiden Vorlagen, die der SED Anfang 1978 übergeben worden waren, eine nachhaltige politische Aufwertung in den Beziehungen mit Honecker zu erreichen, um

⁵⁰⁹ Die Volksrepublik Ungarn wertete als erstes sozialistisches Land die palästinensische Vertretung in Budapest im Februar 1982 zu einer diplomatischen Mission auf. Polen vollzog diesen Schritt im Juli 1982. Die ČSSR hatte das PLO-Büro in Prag zwar bereits im März 1981 zu einer „Ständigen Vertretung“ erklärt, dieser aber erst im Februar 1983 diplomatischen Status zuerkann. Die sowjetische Führung hatte im Herbst 1981 angekündigt, das Moskauer Büro der PLO diplomatisch aufwerten zu wollen, dies im Anschluss aber nicht getan. Der dortige PLO-Vertreter wurde erst im Mai 1984 als „außerordentlich bevollmächtigter Repräsentant“ der PLO akkreditiert, stand aber weiterhin lediglich einer „Repräsentanz“ der PLO in der UdSSR vor, vgl. UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Note des PLO-Büros Moskau, 16.05.1984; UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Joint Communiqué, 04.02.1982; UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Note des Außenministeriums der ČSSR, 22.03.1983; Felix Bayon: Próxima apertura de una embajada de la OLP en Moscú, in: *El País*, 31.07.1981, S. 3; La URSS otorga rango diplomático a la oficina de la OLP en Moscú, in: *El País*, 21.10.1981, S. 4; Angaben des Ministeriums für Auswärtige Beziehungen u. Außenwirtschaft von Ungarn, 03.09.2014; Angaben des Außenministeriums der Tschechischen Republik, 29.08.2014; Angaben des Polnischen Instituts für Internationale Beziehungen, 04.09.2014.

⁵¹⁰ Im „Neuen Deutschland“ wurde darauf verzichtet, den veränderten Status der PLO-Vertretung zu erwähnen, vgl. Freundschaftliches Treffen zwischen Erich Honecker und Yasser Arafat, in: ND, 11./12.03.1978, S. 1f.; Beziehungen SED-PLO weiter vertieft, in: ND, 13.03.1978, S. 1f.; Gemeinsame Pressemitteilung, in: ND, 13.03.1978, S. 6. Als im März 1978 die palästinensische Flagge vor der Ost-Berliner PLO-Vertretung gehisst wurde, war weder der Außenminister noch ein anderer Vertreter der Regierung der DDR anwesend. In Madrid weihte der spanische Außenminister mit Arafat gemeinsam die Mission der PLO ein, vgl. die Angaben der Diplomatischen Mission Palästinas in Spanien, www.embajadadepalestina.es (28.01.2013); Bator, Begegnung mit Arafat, S. 3f.; Beziehungen SED-PLO weiter vertieft, in: ND, 13.03.1978, S. 1f.

sich im Nachgang der libanesischen Krise einen besseren Stand gegenüber Präsident Assad zu erarbeiten. Denn je höher die Ebene, auf der Arafat seine weiteren Kontakte mit Ost-Berlin anbinden konnte, desto schwieriger – weil politisch kostspieliger – würde es für die DDR, syrisches Vorgehen gegen die Fatah zu dulden.

Auf die praktische Kooperation zwischen der DDR und der Palästinensischen Befreiungsorganisation wirkten sich zudem die neuen Festlegungen des Parteiabkommens aus. Und auch diese Korrekturen können anhand seiner Anmerkungen auf Erich Honecker zurückgeführt werden. Im dritten SED-Abkommen mit der PLO strich Honecker zunächst ebenfalls die von Arafat vorgeschlagene Verbindung zwischen dem ZK der SED und dem Exekutivkomitee der PLO⁵¹¹. Die Partei wollte nicht ausschließlich die von der Fatah kontrollierte „Regierung“ der PLO unterstützen, obwohl das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, als es Koulailat akkreditierte, zum ersten Mal eine Vereinbarung mit dem palästinensischen Exekutivkomitee unter Kontrolle der Fatah geschlossen hatte. Trotz der anscheinend wachsenden diplomatischen Bedeutung der PLO blieb die SED bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Fatah. Außerdem wurde der Gegenwert der „Solidarität“ für die Palästinensische Befreiungsorganisation von fünf auf vier Millionen Mark reduziert⁵¹². Die tatsächlich der PLO ausgezahlten Mittel waren 1978 niedriger und sie erhielt, erstmals seit 15 Jahren, auch eine geringere Unterstützung als andere Befreiungsorganisationen. Die Leistungen beliefen sich auf lediglich 1,8 Millionen Mark; weniger als die Hälfte der ohnehin um eine Million Mark gekürzten Summe⁵¹³. Der SWAPO stellte Ost-Berlin zur selben Zeit eine Solidaritätshilfe im Wert von 3,5 Millionen Mark und dem ANC von 2,7 Millionen Mark bereit⁵¹⁴. Bis 1990 erhielt die PLO weniger Geld als andere Befreiungsorganisationen⁵¹⁵.

Die Klausel über die Lieferung „nichtzivililer Hilfe“, die die Politische Abteilung der PLO in ihrem Entwurf berücksichtigt hatte, wurde im neuen Parteiabkommen erstmals seit 1973 gestrichen⁵¹⁶. Gerhard Grüneberg erklärte Arafat im Gespräch: „Wir haben diesmal den nichtzivilen Bereich aus dieser Vereinbarung herausgenommen. Das muss man verstehen. Das hat nichts in dieser Vereinba-

⁵¹¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/20/309, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, 11. 03. 1978, Bl. 4–7.

⁵¹² Vgl. ebd., Bl. 5.

⁵¹³ Vgl. BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984.

⁵¹⁴ Vgl. BArch, DZ 8/215, Übersicht der Solidaritätsleistung für die PLO 1978 u. 1979, o. D.; BArch, DZ 8/552, Einschätzung über Solidaritätsleistungen gegenüber SWAPO-Namibia, 23. 01. 1984; BArch, DZ 8/216, Urkunde über geleistete Solidarität zugunsten des ANC, Februar 1979. Polkehn, DDR, S. 37, beruft sich bei seiner Darstellung der DDR-Solidarität gegenüber der PLO zwischen 1973 u. 1979 auf die theoretisch vereinbarten Summen. Mit Blick auf die Jahre ab 1979 heißt es bei ihm lediglich: „In den folgenden Jahren dürfte der Umfang [der Solidaritätsleistungen] ähnlich gewesen sein.“

⁵¹⁵ Vgl. BArch, DZ 8/552, Übersicht, 16. 12. 1988; BArch, DZ 8/552, Bericht über die solidarische Unterstützung für die Befreiungsbewegungen ANC u. SWAPO 1987, 11. 11. 1987; BArch, DZ 8/552, Einschätzung über Solidaritätsleistungen gegenüber SWAPO-Namibia, 23. 01. 1984; SAPMO-BArch, DY 3023/990, Bericht über den Einsatz der Mittel 1980, o. D., ca. Oktober 1980, Bl. 14f.; Schleicher, SWAPO, S. 122–126.

⁵¹⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Anlage 1 zur Vorlage, 28. 02. 1978, Bl. 162.

zung zu suchen. Wir werden unsere Verpflichtungen erfüllen.“⁵¹⁷ In Anbetracht der Ereignisse des Jahres 1976 sollte diese Garantie Arafat zumindest misstrauisch gemacht haben. Es sind auch keine wirklich umfangreichen militärischen Lieferungen aus der DDR an die PLO in den Folgejahren bekannt. Die SWAPO erhielt im Gegensatz zur PLO beispielsweise im Mai 1978 Waffen im Wert von 1,7 Millionen Mark und im November, wiederum auf direkte Weisung Honeckers, Minen, Handgranaten, Maschinenpistolen, Munition und Funkgeräte im Wert von 1,4 Millionen Mark⁵¹⁸. Damit bezog sie allein an militärischen Gütern fast 1,5 Millionen Mark mehr als die Palästinensische Befreiungsorganisation im Jahr 1978 insgesamt an ziviler Solidarität erhielt. Neben der SWAPO belieferte die DDR im Sommer 1978 auch die POLISARIO, eine Befreiungsorganisation in der westlichen Sahara. Man schenkte ihr sogar neun Millionen Schuss Munition, 6000 Waffen und 120 Tonnen Schützenminen für mindestens 2,5 Millionen Mark⁵¹⁹.

Die Reduzierung der Solidaritätsleistungen an die PLO um eine Million Mark, das Streichen konkreter „nichtziviler Hilfen“ und die Gewährung von nur drei anstatt fünf Mitarbeitern zeigt, wie bewusst Honecker 1978 Entscheidungen traf. Wenn Grüneberg erklärte, die DDR messe „der PLO als der Avantgarde der arabischen Befreiungsbewegung große Bedeutung bei“, die Übereinstimmung mit der PLO sei „so absolut“, das Verhältnis zwischen Erich Honecker und Jassir Arafat „so herzlich“ und die DDR deshalb „zur weiteren Vertiefung der gegenseitigen solidarischen Unterstützung bereit“, so widersprach jede der nicht bewilligten Forderungen seiner Darstellung⁵²⁰.

Vorwürfe und Misstrauen: Die „Verhandlungen“ der SED mit Jassir Arafat

Die Gespräche mit Arafat wurden 1978 nicht wie bisher als „Beratungen“ ausgewiesen, sondern als „Verhandlungen“⁵²¹. Dieser Wechsel des Begriffes war nicht belanglos, denn Harmonie und Vertrauen waren in dieser Beziehung verlorengegangen. Arafat erklärte Grüneberg unmissverständlich: „Wir haben uns lange Zeit nicht mehr getroffen. [...] Wir wollen unseren Genossen in der DDR auch ganz ehrlich sagen, dass unsere Verpflichtungen – vor allem nach dem Krieg im Libanon – ganz ungeheuer angewachsen sind, dass wir ganz große Verpflichtungen vor uns sehen. Wir sind zum Beispiel verantwortlich für unsere Märtyrer, für unsere Gefallenen. Unser Budget für 1978 umfasst 7 764 000 irakische Dinar oder 25 Millionen [US-]Dollar. Vor dem libanesischen Krieg haben wir nicht einmal ein Viertel dieser Summe gebraucht, um unseren Verpflichtungen nachzukommen.“⁵²²

⁵¹⁷ So SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Niederschrift, 10. 03. 1978.

⁵¹⁸ Vgl. BArch, DVW 1/114488, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 04. 01. 1978, Bl. 5; BArch, DVW 1/115505, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 31. 10. 1978, Bl. 115. Vgl. auch Schleicher, SWAPO, S. 125.

⁵¹⁹ Vgl. BArch, DVW 1/114488, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 28. 02. 1978, Bl. 89; BArch, DVW 1/114488, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 01. 06. 1978, Bl. 212.

⁵²⁰ Zu den Zitaten vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Niederschrift, 10. 03. 1978.

⁵²¹ Vgl. ebd.

⁵²² So ebd.

Mit „Verpflichtungen“ für „Märtyrer“ nach dem „Krieg im Libanon“ meinte Arafat die zu leistende finanzielle Unterstützung für palästinensische Familien, deren Angehörige zwischen 1975 und 1976 für die PLO gegen Syrien und die christlichen Milizen gekämpft hatten und getötet worden waren. Arafat kam damit unverhohlen auf die ostdeutsche Verantwortung für die Höhe dieser Verpflichtungen zu sprechen. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation erklärte seinem offiziellen Gesprächspartner der SED, dass drei Viertel aller insgesamt seit den 1960er Jahren getöteten PLO-Kämpfer 1975/76 im Libanon während der Konfrontation mit den Christen, den Einheiten der syrischen PLA und der Armee Hafiz al Assads ums Leben gekommen waren – in einem Konflikt, bei dem die DDR prosyrisch agiert hatte.

Grüneberg antwortete Arafat auf dessen offensichtlichen Vorwurf der Mitschuld Ost-Berlins an der Zahl der durch Syrien getöteten Palästinenser: „Wir haben schon in der Phase, als die ganze Situation im Nahen Osten begann [1975], alle Register gezogen, die wir ziehen konnten. Wir haben Genossen Arafat erzählt, wie wir unsere Botschafter zusammengenommen und ihnen ganz klare Direktiven gegeben haben, wie die Position der PLO und der progressiven Kräfte im arabischen Raum zu unterstützen ist. Mitglieder des Politbüros sind in die verschiedensten Regionen gefahren. Euch ist bekannt, dass wir im Irak waren [...] und in Syrien. [...] Dabei vertreten wir eure Politik, auch in anderen Ländern, und sagen, was notwendig ist. Wir warten nicht, bis man uns bittet. Dazu sind unsere Positionen zu einheitlich, und außerdem wissen wir, was diese Frage bedeutet. [...] Das Beste ist, dass wir uns immer aufrichtig die Meinung gesagt und unseren Standpunkt dargelegt haben ohne Hintertüren. Ihr habt uns immer aufrichtig und ehrlich informiert, und wir hatten niemals das Gefühl, das kann ich offen sagen, dass wir in irgendeiner Weise nicht informiert waren, sondern wir hatten immer das Gefühl der Ehrlichkeit. Das macht uns in unserem gemeinsamen Kampf so sicher.“⁵²³

Dass die Regierung der DDR „nicht warte“, bis sie gebeten werde, sondern „in anderen Ländern“ von sich aus die Interessen der Palästinensischen Befreiungsorganisation vertrete, da die Überzeugungen Arafats und Honeckers „zu einheitlich“ seien, entsprach nicht der im Libanon 1976 von Honecker durchgesetzten Politik. Richtig war allerdings, dass Arafat und andere Funktionäre der PLO/Fatah die Parteiführung in Ost-Berlin darüber informiert hatten, was Syrien im Libanon tat. Dies führte aber nicht zu einer ostdeutschen Unterstützung der PLO gegenüber Syrien. Es bewirkte noch nicht einmal eine Nichtunterstützung Assads, denn Waffen lieferte die DDR 1976 auch weiterhin nach Damaskus.

An Faruq al Qaddumi gerichtet, fragte Gerhard Grüneberg im März 1978: „Ich glaube, damit haben die Gespräche ihren Abschluss gefunden. Ist der Außenminister zufrieden?“, Qaddumi antwortete darauf: „Ja, aber wir haben noch keine Regierung!“, woraufhin Grüneberg entgegnete: „Ob ihr jetzt schon eine Regierung habt oder nicht, das ist völlig uninteressant. Wichtig ist, dass ihr einen neuen Weg geht, und damit die Politik der USA und einem Sadat entgegenwirkt.“⁵²⁴

⁵²³ So ebd.

⁵²⁴ So ebd.

Einen „neuen Weg“ sollte die PLO nach Auffassung der SED ab Frühjahr 1978 gehen. Aber auf welchem falschen Weg befand sich Arafat? War der alte Weg für die DDR der nach Westen? Und warum ließ sich Qaddumi nicht als Außenminister bezeichnen, obwohl er unter diesem Titel nach New York, Paris, Madrid, Wien und Rom reiste? Die Zwischentöne der Gespräche mit der palästinensischen Delegation ließen im März 1978 erkennen, dass eine Veränderung im Verhältnis zwischen der PLO/Fatah und der DDR stattgefunden hatte. Die Fassade der freundschaftlichen Verbundenheit, solidarischen Kampfgemeinschaft, des ost-deutsch-palästinensischen Bündnisses gegen Zionismus und Imperialismus, die 1975/76 im Libanonkonflikt tiefe Risse erhalten hatte, wies nun bereits deutliche Schäden auf. In dem Maße, wie Arafat seine Westkontakte stabilisierte und sich zugleich der Abstand zur sowjetisch-sozialistischen Seite unter politisch-ideologischen Aspekten immer weiter vergrößerte, rückte Ost-Berlin von seiner Loyalität gegenüber Arafat ab. Trotz der ihm zugebilligten Glaubwürdigkeit war man in der DDR nicht darüber unterrichtet worden, was Jassir Arafat und die Fatah im Westen Europas besprachen. Gerade deshalb ging der SED-Staat zurückhaltender mit ihm um, denn man erkannte immer deutlicher, dass eine Fatah-Führung der PLO nicht nur mittel- und langfristig nicht den Interessen der sozialistischen Seite nützte, sondern dass die Fatah ihre Politik von allein nicht korrigierte.

In Vorbereitung des Treffens mit der PLO-Delegation 1978 hatte die SED auch sogenannte „Zusatzfragen zu den Informationen des Genossen Arafat“ formuliert – vorausahnend, welche ausweichenden und unverfänglichen Antworten Jassir Arafat auf die regulären Fragen zu den strittigen Themen geben würde oder zu welchen Aspekten er schweigen wollte. Die „Zusatzfragen“ zielten vor allem auf die Westpolitik der Fatah ab. Ganz besonders wichtig war der SED, auf die Sozialistische Internationale (SI) sowie die Kontakte Arafats mit Bruno Kreisky und Willy Brandt, dem damaligen Präsidenten der SI, einzugehen⁵²⁵. „Stellvertretend für den USA-Imperialismus versucht die Sozialistische Internationale unter Führung von Brandt und Kreisky in der arabischen Welt größeren Einfluss zu gewinnen und insbesondere die revolutionären Kräfte auf einen Kurs ähnlich dem von Sadat zu bringen. Gibt es solche Versuche auch gegenüber der PLO?“, so lautete eine der vorbereiteten „Zusatzfragen“ an Arafat⁵²⁶. Eindeutig ließ die DDR hier ihre Zweifel an der Loyalität und dem Klassenbewusstsein der PLO-Führung erkennen und gab Arafat so Anfang 1978 deutlich zu verstehen, dass man die Westkontakte der Palästinensischen Befreiungsorganisation missbilligte und zugleich unterstellte, der Vorsitzende des Exekutivkomitees wisse nicht um die Gefahren seiner Politik. Auch wenn die Antwort Arafats auf diese „Zusatzfrage“ in den Akten nicht gefunden werden konnte – wahrheitsgemäß hätte er mit Ja antworten müssen. Denn neben der EG war Österreichs Regierung von besonderem Interesse für die Fatah.

Nicht erst seit der Eröffnung des Wiener Büros der PLO Anfang 1977 war bekannt, dass die Palästinenser in Bundeskanzler Bruno Kreisky einen engagierten

⁵²⁵ Zur SI u. zu Brandt vgl. Rother, Sozialdemokratischer Internationalismus, S. 287–332; Lorenz, Brandt, S. 195–201.

⁵²⁶ Zur Frage vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Zusatzfragen, o. D.

Verfechter ihrer Interessen gefunden hatten. Als einer der einflussreichsten Politiker innerhalb der Sozialistischen Internationale zielte seine Politik darauf ab, Arafat im Westen als einen Partner für Friedensverhandlungen aufzuwerten⁵²⁷. Da die Sadat-Offensive zunächst jede mögliche positive Entwicklung der amerikanischen Haltung, die den Aussagen Carters 1977/78 hätte entnommen werden können, für die Palästinenser beendete, wurde die Haltung der westeuropäischen Staaten für die PLO/Fatah umso wichtiger. Die EG und die einzelnen Mitgliedsstaaten verstanden unter dem Terminus „Heimatland“ durchaus einen zu schaffenden souveränen Staat, also keine „Autonomie“ im Sinne einer von Jordanien oder Israel kontrollierten Verwaltung⁵²⁸. Kreisky, als Bundeskanzler des Nicht-EG-Mitgliedes Österreich und Politiker der SI, vertrat ebenfalls diesen politischen Kurs. Die DDR verfolgte dessen Rolle sowie die der SI, der auch die israelische Arbeiterpartei angehörte, offenbar sehr genau, und Arafat hatte im März 1978 über dieses Verhältnis Rechenschaft abzulegen.

Die Frage nach der Sozialistischen Internationale und den Kontakten der PLO/Fatah zu Willy Brandt und Bruno Kreisky stand eventuell in Verbindung mit dem Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Ost-Berlin, der wenige Tage nach Arafats Abreise stattfand⁵²⁹. In der Gesprächsempfehlung des MfAA hieß es konträr zu der an Arafat gerichteten Frage: „Die Bemühungen von Dr. Kreisky als österreichischer Staatsmann um die Entspannung und Normalisierung der Lage in Europa sowie um die friedliche Lösung internationaler Konflikte finden in der DDR gebührende Achtung und Würdigung.“⁵³⁰ Am 9. März 1978 hatte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten dem Politbüro deshalb vorgeschlagen, Kreisky den „Großen Stern der Völkerfreundschaft“ zu verleihen⁵³¹. Auf dieser Vorlage wurde handschriftlich vermerkt, dass das Politbüro am 14. März entschieden habe, dass die Auszeichnung Kreiskys „gestrichen“ werde⁵³².

Diese plötzliche Absage kann mit Arafats Besuch und der Palästinapolitik des österreichischen Bundeskanzlers erklärt werden: Die SED zog ihre Entscheidung zurück, weil sich in Ost-Berlin der Eindruck verstärkt hatte, Kreisky und die SI seien für Arafat politisch wichtig. Arafats Antwort auf die Frage, ob die Sozialistische Internationale versuche, die PLO „auf einen Kurs ähnlich dem von Sadat zu

⁵²⁷ Vgl. Kreisky, *Im Strom*, S. 307–347; ders., *Mensch im Mittelpunkt*, S. 189–207; Rathkolb, *Paradoxe Republik*, S. 281–283; Krech, *Nahostpolitik*, S. 26–30; Riegler, *Fadenkreuz*, S. 53–55, 71–77, 86–97. Zur Nahostpolitik der SI u. der Rolle Kreiskys vgl. auch Merseburger, *Brandt*, S. 757 f.; Dahlke, *Transnationaler Terrorismus*, S. 167–182. Dahlke, ebd., S. 314, gibt den Zeitpunkt der Eröffnung der Wiener PLO-Vertretung mit Oktober 1978 an.

⁵²⁸ Vgl. Miller, *PLO Factor*, S. 134 f.; Greilsammer/Weiler, *Dilemma*, S. 36–40; dies., *European Political Cooperation*, S. 137–141.

⁵²⁹ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 3.756, Empfehlungen, 31. 03. 1978, Bl. 13–16; PA-AA, Bestand MfAA, C 3.756, Programm für den offiziellen Besuch des Bundeskanzlers der Republik Österreich, März 1978, Bl. 56–97. Vgl. auch Österreichs Bundeskanzler trifft heute in der DDR ein, in: ND, 30. 03. 1978; Gemeinsames Kommuniqué, in: ND, 01. 04. 1978, S. 2; Gespräche waren sinnvoll, substanziell, informativ, in: ND, 03. 04. 1978, S. 2.

⁵³⁰ So PA-AA, Bestand MfAA, C 3.756, Empfehlungen, 31. 03. 1978, Bl. 13.

⁵³¹ So PA-AA, Bestand MfAA, C 3.756, Vorlage, 09. 03. 1978, Bl. 21 f.

⁵³² So ebd., Bl. 18, 21.

bringen“, schien die SED nicht überzeugt zu haben. Das Politbüro wollte Kreisky nicht als Staatsmann auszeichnen, weil damit indirekt auch dessen Verdienste um die PLO gewürdigt worden wären. Zwischen der Abreise Arafats und der Entscheidung der SED-Führung, Kreisky doch nicht eine der höchsten zivilen Auszeichnungen der DDR zu verleihen, lagen drei Tage. Genug Zeit, die außenpolitische Wirkung dieses Ordens zu überdenken. Wollte Honecker tatsächlich signalisieren, Arafats Westpolitik finde in Ost-Berlin Zustimmung? Denn immerhin hätte Jassir Arafat im Nachgang die SED fragen können, weshalb Bruno Kreisky den „Großen Stern der Völkerfreundschaft“ erhielt, aber dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO erklärt werde, Kreisky und die SI seien Handlanger des USA-Imperialismus und aus diesem Grund dürfe die Palästinensische Befreiungsorganisation sich nicht blenden lassen von deren politischen Angeboten.

Aber auch die österreichischen Gäste, so hielt das MfAA fest, versuchten während des Besuches den Eindruck zu vermeiden, man vertrete eine gemeinsame Position gegenüber der Palästinensischen Befreiungsorganisation. „Die österreichische Seite wandte sich gegen jede Erwähnung der PLO“, so steht es unter anderem im Bericht über die „Kommuniqué-Verhandlungen“ mit der Delegation Kreiskys⁵³³. Dies könnte zwei Gründe gehabt haben. Österreich wollte womöglich angesichts des jüngsten palästinensischen Terroranschlags in Israel nicht Stellung zur PLO nehmen. Am 12. März 1978 hatten mehrere Terroristen der Fatah in der nordisraelischen Stadt Haifa einen Bus gestürmt, mehr als 30 Menschen, darunter 18 Kinder, ermordet und über 70 Personen verletzt⁵³⁴. Die israelische Armee begann daraufhin eine in das südliche Territorium des Libanon hineinreichende militärische Operation gegen Stellungen palästinensischer Verbände⁵³⁵. Arafat wollte mit dem Anschlag verdeutlichen, dass für Israel kein Frieden entstehen konnte, wenn man seine Organisation politisch vernachlässigte. Er versuchte, die Annäherung zwischen Begin und Sadat zu unterminieren, indem er die israelische Reaktion in Form des Einmarsches in den Süden des Libanon provozierte. Das militärische Vorgehen gegen die PLO sollte die ägyptische, proisraelische Haltung delegitimieren, und damit den Bruch zwischen Kairo und Jerusalem herbeifüh-

⁵³³ So PA-AA, Bestand MfAA, C 3.756, Bericht, 20.03.1978, Bl. 28. Vgl. auch Gemeinsames Kommuniqué, in: ND, 01.04.1978, S. 2.

⁵³⁴ Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 179; Kapeliouk, Arafat, S. 180; Rubin, Revolution, S. 55; Sayigh, Struggle, S. 426; Catignani, Counter-Insurgency, S. 70; Kaufman, Litani to Beirut, S. 29; Rabil, Embattled Neighbours, S. 58; Moshe Brilliant: Fatah Admits Raid, in: NYT, 12.03.1978, S. A1; Frisch, Palestinian Military, S. 64; Reuters: PA cancels ceremony honoring leader of 1978 terror attack in Israel, in: Haaretz, 10.03.2010, www.haaretz.com/misc/article/pa-cancels-ceremon78-terror-attack-in-israel1.264556?trailingPath=2.169%2C2.216%2C (12.03.2010).

⁵³⁵ Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 179f.; Sharon, Warrior, S. 425f.; Catignani, Counter-Insurgency, S. 70f.; Kaufman, Litani to Beirut, S. 29; Sayigh, Struggle, S. 426f. Die am 14.03.1978 eingeleitete militärische Operation der israelischen Armee wurde sechs Tage später mit dem von den VN vermittelten Waffenstillstand beendet. Die VN-Resolution 425, die einen vollständigen israelischen Rückzug aus dem Süden des Libanon forderte, schuf gleichzeitig die Voraussetzungen der UNIFIL, die den Abzug überwachen sollte u. im Anschluss Sicherheit u. Stabilität in diesem Gebiet gewährleisten musste, vgl. Kaufman, Litani to Beirut, S. 29; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 436–455; Sayigh, Struggle, S. 427; Kurz, Fatah, S. 90f.; UN S/RES/425 (1978), Resolution, 19.03.1978.

ren⁵³⁶. Kreisky vermied in der DDR also eventuell in Anbetracht des Attentats von Haifa, die PLO direkt zu erwähnen, da mit dieser Tat ein Ansehensverlust für die Palästinensische Befreiungsorganisation und damit auch für Kreiskys propalästinensische Politik einherging.

Es ist aber auch denkbar, dass Kreisky den Eindruck vermeiden wollte, dass die DDR und Österreich mit Blick auf die PLO eine gemeinsame Überzeugung verband, und er deshalb in einem ostdeutsch-österreichischen Kommuniqué keine Aussage über die Palästinensische Befreiungsorganisation akzeptierte. Wien wollte Arafat prowestlich beeinflussen, ihm also eine Alternative zur sowjetisch-sozialistischen Partnerschaft bieten und der PLO politische Glaubwürdigkeit verleihen – indem man die Fatah unterstützte⁵³⁷. Blicke man auf der Ebene der Symbolik, ließe sich aus der Entscheidung über die Vergabe des „Großen Sterns der Völkerfreundschaft“ 1978 in Bezug auf die drei Personen Arafat, Kreisky und Assad eine politische Aussage ableiten, denn Kreisky und Arafat verband, dass sie nicht ausgezeichnet wurden. Nur Assad erhielt während seines Staatsbesuches vom 1. bis zum 4. Oktober 1978 den „Großen Stern der Völkerfreundschaft“ der DDR⁵³⁸. Die Geste der sozialistischen Freundschaft wurde Arafat mit Rücksicht auf Assad verweigert, um die Bedeutung Syriens für die DDR noch stärker zu betonen. Kreisky wiederum wurde die Auszeichnung aus dem gleichen Grund aberkannt, aus dem Arafat nicht einfach nach Assad geehrt wurde: der Annäherung der PLO unter Ägide der Fatah an die Sozialistische Internationale. Aber warum entschied sich Honecker 1978 gegen eine umfassende diplomatische Anerkennung der PLO? Warum erhielt die Palästinensische Befreiungsorganisation von der SED eine Million Mark weniger? Warum entfernte Honecker eine entsprechende Klausel über „nichtzivile“ Hilfe aus dem neuen Parteiabkommen mit Jassir Arafat?

Hafiz al Assad in Ost-Berlin

Beantwortet lassen sich diese Fragen vor dem Hintergrund des Aufenthaltes Hafiz al Assads in der DDR. Der Besuch des syrischen Präsidenten – viereinhalb Jahre nach dem Politbürobeschluss – glich im Herbst 1978 einer politischen Manifestation⁵³⁹. Die Krise des Jahres 1976 war vergessen, die antipalästinensische Politik Assads im Libanon spielte keine Rolle mehr. Die SED tat so, als hätte es die gegen Arafat gerichtete Offensive nie gegeben. Vielmehr erklärte Honecker: „Dieser, Ihr erster Besuch in unserem Land, erfüllt uns mit besonderer Freude. Er ist ein Höhepunkt der traditionsreichen Freundschaft zwischen den Völkern der Deutschen Demokratischen Republik und der Syrischen Arabischen Republik. Die Freundschaft hat sich in guten wie in schweren Tagen bewährt, sie ist erprobt und stabil.

⁵³⁶ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 426; Smith, *Conflict*, S. 350.

⁵³⁷ Vgl. Kreisky, *Im Strom*, S. 307–347; ders., *Mensch im Mittelpunkt*, S. 189–207; Krech, *Nahostpolitik*, S. 26–30; Riegler, *Fadenkreuz*, S. 53–55, 71–97; Rathkolb, *Paradoxe Republik*, S. 281–283.

⁵³⁸ Vgl. ADN: Hohe Auszeichnungen verliehen, in: ND, 02. 10. 1978, S. 1.

⁵³⁹ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1531/03, Vorlage des MfAA für das Politbüro des ZK der SED, o. D., ca. September 1978. Zur Berichterstattung vgl. ND, 02. 10. bis 05. 10. 1978.

[...] Der heldenhafte Freiheitskampf des syrischen Volkes [...] [hat] die hervorragende Rolle der arabischen nationalen Befreiungsbewegung weithin geprägt.“⁵⁴⁰ „Geprägt“ hatte Assad die PLO 1976 zweifellos stark. Aber für Arafat war mit dem syrischen Einfluss die schwerste militärische Niederlage in der bisherigen Entwicklung der Palästinensischen Befreiungsorganisation einhergegangen⁵⁴¹.

Der Generalsekretär des ZK der SED und Staatsratsvorsitzende der DDR machte während des Besuches Assads auch deutlich, an welchen Konstanten er die Nahostpolitik zukünftig ausrichten wollte: „Die Haltung der Deutschen Demokratischen Republik zur Lösung der Probleme im Nahen Osten bleibt klar und konsequent. Wir sind für solche komplexe und demokratische Lösungen, die helfen, die wirklichen Ursachen des Konfliktes zu beseitigen und die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu legen. Dies erfordert, die israelischen Truppen aus allen 1967 besetzten arabischen Gebieten abziehen, die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechtes auf Bildung eines eigenen unabhängigen Staates, zu gewährleisten sowie die zuverlässig garantierte Sicherheit aller Staaten im Nahen Osten zu verwirklichen. Wir sind fest davon überzeugt, dass eine solch umfassende Regelung nur unter Mitwirkung aller interessierter Seiten, darunter der Palästinensischen Befreiungsorganisation, erreicht werden kann. [...] Die Deutsche Demokratische Republik schätzt die prinzipielle Position hoch ein, die die Syrische Arabische Republik und Sie persönlich, Genosse Hafez al Assad, im Ringen um einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten beziehen.“⁵⁴²

Auch wenn Erich Honecker betonte, die DDR trete selbstverständlich für die Rechte des palästinensischen Volkes ein, war die PLO nur eine von mehreren „interessierten Seiten“ – und nicht die alleinige, rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes⁵⁴³. Liest man Honeckers Worte genau, dann fällt auf, dass Syrien seiner Ansicht nach in palästinensischen Fragen berechtigt auf einer Mitsprache bestehen durfte. Assad wurde von Honecker geradezu aufgefordert, „erzieherisch“ auf die Palästinensische Befreiungsorganisation einzuwirken. Nur auf diese Weise konnten die „wirklichen Ursachen“ des Konfliktes beseitigt und die komplexen, vor allem „demokratischen Lösungen“ erreicht werden. Honecker machte mit der Nichterwähnung der ausdrücklich alleinigen Zuständigkeit der PLO für die Palästinenser deutlich, dass die DDR Damaskus in Fragen, die die Palästinensische Befreiungsorganisation betrafen, ein Anrecht einräumte, Dinge mitzuentcheiden. Denn Assad verfolgte nach Meinung Honeckers ausschließlich antiimperialistisch-demokratische Ziele. Es schien, als ob Ost-Berlin die syrische Intervention im Libanon von 1976 im Nachhinein für rechtmäßig erklärte und zugleich zum Ausdruck brachte, dass die DDR auch für die Zukunft hoffte, Syrien werde Einfluss auf die politische Linie Arafats nehmen.

⁵⁴⁰ So Toast von Erich Honecker, in: ND, 02. 10. 1978, S. 3f.

⁵⁴¹ Vgl. Tessler, Conflict, S. 495f.; Sayigh, Struggle, S. 403–414.

⁵⁴² So Toast von Erich Honecker, in: ND, 02. 10. 1978, S. 3f.

⁵⁴³ In einer „Empfehlung für die Gespräche des Genossen Erich Honecker mit dem syrischen Präsidenten“ vom 26. 09. 1978 sprach sich Außenminister Fischer dagegen aus, dass Honecker die PLO wörtlich in Gegenwart Assads erwähnte, vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Empfehlungen, 26. 09. 1978, Bl. 407–411.

Die Anfang Oktober 1978 mit Syrien abgeschlossenen Verträge waren der politischen Bedeutung Assads entsprechend umfangreich. Sie beinhalteten unter anderem zwei wichtige Dokumente: eine „Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Syrischen Arabischen Republik über die Entwicklung der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit“ sowie ein „Langfristiges Abkommen über die Prinzipien der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit“⁵⁴⁴. Die „Vereinbarung“ und das „Abkommen“ galt es dabei, so die Direktive des Ministers für Außenhandel an die Deutsche Außenhandelsbank AG, die für die Zahlungsmodalitäten beider Verträge zuständig war, strikt voneinander zu trennen, nicht zuletzt weil sich die Konditionen unterschieden⁵⁴⁵.

In der „Vereinbarung“ verpflichtete sich die DDR, Syrien bis 1990 Güter in einem nicht exakt festgehaltenen Gegenwert aus den Bereichen „Baustoffindustrie, Elektrotechnik, Metallurgie, Eisenbahnwesen, Textilindustrie, Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, Erdölförderung, Gewinnung und Verarbeitung mineralischer Rohstoffe und andere im gegenseitigen Interesse liegende Gebiete“ – das heißt auch der Rüstung – zu verkaufen und zugleich mit Regierungskrediten zu 4,5 Prozent Zinsen gegenzufinanzieren⁵⁴⁶. Nach Auskunft des damaligen Ersten Stellvertreters des Ministers für Außenhandel der DDR, Gerhard Beil, beliefen sich diese geplanten Exportgeschäfte auf ein Gesamtvolumen von rund einer halben Milliarde Valutamark⁵⁴⁷. Beil hielt im Anschluss an die Gespräche mit Präsident Assad fest: „Die durch die syrische Seite massiert vorgetragenen Forderungen auf Gewährung weiterer Regierungskredite (12 Jahre Laufzeit/2,5% Zinsen) bis 1990 einschließlich der vollen Kreditierung aller Devisenaufwendungen [...] und die 100%ige Rückzahlung der Kredite und Zinsen mit syrischen Landesprodukten (ohne Erdöl) konnte verhindert werden.“⁵⁴⁸

⁵⁴⁴ Zu den Dokumenten vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Langfristiges Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Prinzipien der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, 08. 06. 1978; Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der wirtschaftlichen u. industriellen Zusammenarbeit, 08. 06. 1978.

⁵⁴⁵ Vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Schreiben des MAH an die DAHB, o. D. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 3023/997, Bericht Günther Kleibers an Erich Honecker, 16. 06. 1978, Bl. 76f.

⁵⁴⁶ Vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Langfristiges Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Prinzipien der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, 08. 06. 1978; Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der wirtschaftlichen u. industriellen Zusammenarbeit, 08. 06. 1978.

⁵⁴⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Information Gerhard Beils an Erich Honecker, 03. 10. 1978, Bl. 397f.

⁵⁴⁸ So ebd. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Schreiben Gerhard Beils an Erich Honecker, 01. 10. 1978, Bl. 402.

Das „Abkommen“ beinhaltete einen ersten, auf fünf Jahre beschränkten Wirtschaftskredit über 100 Millionen US-Dollar⁵⁴⁹. Anders als die DDR es ursprünglich durchsetzen wollte, betrug der Zinssatz auch hier nicht sechs, sondern lediglich 2,5 Prozent⁵⁵⁰. Bereits im Juni 1978 vermerkte die in Damaskus anwesende ostdeutsche Verhandlungsdelegation unter Leitung Günther Kleibers: „Die mit der syrischen Seite geführten Verhandlungen waren von Beginn an äußerst kompliziert und schwierig. Von der syrischen Seite wurde jede Vereinbarung zu konkreten Objekten von extremen Forderungen hinsichtlich günstiger Kreditbedingungen abhängig gemacht. Da die DDR-Delegation prinzipiell nicht bereit war, von der Verhandlungsdirektive abzuweichen, kam es mehrfach zu längeren Unterbrechungen der Verhandlungen und zur Verhärtung der Standpunkte.“⁵⁵¹ Um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen und den für Oktober 1978 geplanten Besuch Assads nicht zu gefährden, habe er, Kleiber, „nach intensiven Beratungen mit den Genossen der Botschaft“ eine „Kompromisslösung“ finden müssen⁵⁵². Kleibers Zugeständnis war letztlich der Zinssatz von 2,5 Prozent. Günther Mittag, der verantwortliche ZK-Sekretär für Wirtschaft, schrieb daraufhin an Erich Honecker: „Genosse Kleiber hat eigenmächtig die bestätigte Grundlinie für die Verhandlungen verändert, was zu politischem und ökonomischem Schaden für die DDR führen kann. Die vereinbarten Bedingungen für die Kreditgewährung gegenüber der Syrischen Arabischen Republik weichen in Größenordnungen von mit anderen Ländern vereinbarten Bedingungen ab, sodass für uns Abfluss von Nationaleinkommen eintritt.“⁵⁵³

Wenn Gerhard Beil im Nachgang des Besuches von Präsident Assad feststellte, die DDR habe ungünstige Kreditbedingungen „verhindert“, hatte er also nur insofern Recht, als die „Vereinbarung“ eine Zinshöhe der ungenannten Kreditsumme bis 1990 von 4,5 Prozent, das „Abkommen“ aber lediglich von 2,5 Prozent fest schrieb. Weder das eine noch das andere Ergebnis entsprach den ursprünglich geforderten sechs Prozent. Derartig niedrige Zinssätze hatte Beil noch wenige

⁵⁴⁹ Vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Langfristiges Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über Prinzipien der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, 08.06.1978.

⁵⁵⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/997, Bericht Günther Kleibers an Erich Honecker, 16.06.1978, Bl. 79.

⁵⁵¹ So ebd., Bl. 73–82. Zu beiden während der Reise Kleibers im Juni 1978 in Damaskus verhandelten Dokumenten vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Langfristiges Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Prinzipien der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, 08.06.1978; Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der wirtschaftlichen u. industriellen Zusammenarbeit, 08.06.1978; ADN: DDR-Regierungsdelegation in Damaskus eingetroffen, in: ND, 05.06.1978, S. 1; ADN: Freundschaftliches Gespräch mit dem Präsidenten Syriens, in: ND, 09.06.1978, S. 1.

⁵⁵² So SAPMO-BArch, DY 3023/997, Bericht Günther Kleibers an Erich Honecker, 16.06.1978, Bl. 75.

⁵⁵³ So SAPMO-BArch, DY 3023/997, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 14.06.1978, Bl. 85.

Tage vor der Unterschrift Assads entschieden abgelehnt. So legte er Honecker am 1. Oktober 1978 dar: „Syrien will Konditionen wie bisher: Das würde bedeuten, über das bisher bereits zur Verfügung gestellte Volumen von ca. 500 Mio. VM mit einer Laufzeit zwischen 10–12 Jahren und einen Zinssatz von 2–4,5% nochmals ein gleiches Volumen in Höhe von 500 Mio. VM mit einem gleich niedrigen Zinssatz zur Verfügung zu stellen. Da die DDR gegenwärtig beim Import Zinsen in Höhe von ca. 8–9% akzeptieren muss, bedeutet das, der syrischen Seite finanzielle Bedingungen einzuräumen, die die DDR ca. 250 Mio. VM kosten würden.“⁵⁵⁴ Trotz dieser Rechnung wurden die von Syrien gewünschten Konditionen de facto in Vertragsform gegossen, sodass die DDR mindestens 250 Millionen Valutamark verlor⁵⁵⁵. Oder anders formuliert: Hafiz al Assad ließ sich seine Freundschaft von Erich Honecker teuer bezahlen. Wie Ost-Berlin später außerdem feststellen musste, beglich Syrien nur einen geringen Teil der Forderungen, auch bedingt durch die sich ab 1987 verschärfende Wirtschaftskrise⁵⁵⁶. Im Sommer 1989 schuldete Damaskus der DDR, maßgeblich aufgrund der Vereinbarungen vom Oktober 1978, zwischen 500 und 900 Millionen Valutamark⁵⁵⁷. „Die DDR benötigt aus politischen wie auch ökonomischen Gründen diese finanziellen Mittel, denn sie steht wie die SAR in einem harten Kampf in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus“, so Ministerpräsident Willi Stoph in einem Brief an seinen syrischen Amtskollegen Ende Juli 1989⁵⁵⁸.

In einer „Auskunft Syrische Arabische Republik“ vom Oktober 1978, deren Verfasser entweder das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten oder das ZK der SED war, hob man hervor: „Die politisch-ideologischen Auffassungen der syrischen Führung werden weitestgehend von der kleinbürgerlich-nationalistischen Ideologie der Baath-Partei, vor allem dem arabischen Nationalismus (Panarabismus), bestimmt. [...] Die Baath-Ideologie ist durch idealistische, undialektische Positionen gekennzeichnet. Dieser Standpunkt verhindert die reale Beurteilung innerer und internationaler Klassenauseinandersetzungen und die richtige Einordnung der sich in den Entwicklungsländern vollziehenden Prozesse in die weltweite Systemauseinandersetzung. Infolge des gewachsenen Einflusses bürgerlicher Klassenkräfte in Syrien kommt es zu einer zunehmenden bourgeois-reaktionären Ausprägung des Nationalismus. Er verbreitert die Basis für die Einwirkung anderer Formen der bürgerlichen Ideologie, insbesondere auch sozial-demokratischen Gedankenguts. Obwohl die Baath-Partei in der Vergangenheit ideologisch weniger religiös orientiert war, zeigt sich seit einigen Jahren auch in Syrien eine Beschleunigung des sogenannten ‚Islamisierungsprozesses‘. [...] Die Syrische

⁵⁵⁴ So SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Schreiben Gerhard Beils an Erich Honecker, 01. 10. 1978, Bl. 402.

⁵⁵⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/997, Vermerk, 17. 12. 1982, Bl. 70.

⁵⁵⁶ Vgl. Perthes, *Syrian Economy in the 1980s*, S. 39–52; Kandil, *Syrian Foreign Policy*, S. 427f.

⁵⁵⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1011, Vorlage, 08. 08. 1988, Bl. 69; BArch, DC 20/4916, Schreiben Willi Stophs an den syrischen Ministerpräsidenten, 27. 07. 1989, Bl. 3. Die sowjetischen Forderungen beliefen sich auf 12 Mrd. US-Dollar, vgl. Kandil, *Syrian Foreign Policy*, S. 433.

⁵⁵⁸ So BArch, DC 20/4916, Schreiben Willi Stophs an den syrischen Ministerpräsidenten, 27. 07. 1989, Bl. 3.

Kommunistische Partei steht fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. Durch die Aufnahme als Mitglied der nationalen Fortschrittlichen Front erhielt sie formell die Legalität. [...] Die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit der Baath-Partei gestaltet sich immer schwieriger.“⁵⁵⁹

Trotz aller inszenierten Propaganda stellte die DDR ihre Beziehung mit Syrien 1978 also nicht nur unter sehr ungünstigen finanziellen Konditionen für den SED-Staat auf eine neue Grundlage, sondern ging auch nicht von einer politisch-ideologischen Verbundenheit mit den Machthabern in Syrien aus. Honecker handelte vielmehr angesichts einer sich abzeichnenden amerikanischen Friedenslösung zwischen Ägypten und Israel aus Zweckmäßigkeit. Er bemühte sich dabei weitaus stärker um Assad als um Arafat und die PLO/Fatah. Obwohl die Bewertung des syrischen Präsidenten durch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten das Gegenteil geboten hätte, erkannte die SED in Syrien den wichtigeren und stärkeren Partner⁵⁶⁰. Aus diesem Grund wurden die Vorgaben Assads auch nicht einfach durchgestrichen und abgeändert wie die Vorschläge der Politischen Abteilung der PLO. Bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation konnte Ost-Berlin das Budget der „Solidarität“ um eine Million Mark kürzen. Bei Syrien legte die andere Seite fest, wie viel ihr zustand, wobei für die DDR selbst ein „Abfluss von Nationaleinkommen“ in Höhe von 250 Millionen Valutamark zu akzeptieren war.

Quasi sinnbildlich für die politische Parteinahme der SED-Führung gab Minister Günther Kleiber in Damaskus im Juni 1978 den syrischen Konditionen statt, als Jassir Arafat parallel „anlässlich der ‚Woche der Solidarität mit dem Kampf der antiimperialistischen Kräfte im Nahen Osten‘ in der DDR [...] weilte“ und Honecker das „enge Bündnis des Volkes der DDR und des arabisch-palästinensischen Volkes im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion“ zur Schau stellen ließ⁵⁶¹. Jedoch folgten diesen Worten keine vergleichbaren substanziellen Taten. Das SED-Regime war nicht bereit, seine Interessen gegenüber Assad zugunsten Arafats zurückzustellen. Es war auch der syrische Präsident, der 1978 den „Großen Stern der Völkerfreundschaft“ erhielt, nicht der Vorsitzende des

⁵⁵⁹ So SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Auskunft SAR 1978, Bl. 424, 426, 428.

⁵⁶⁰ In einem 1978 vor den Gesprächen mit Assad gefertigten Bericht hieß es: „Seine [Assads] ideologische Position des kleinbürgerlichen Nationalismus widerspiegelt sich in der pragmatischen Politik der syrischen Führung. [...] Sozial-reformistisches Gedankengut kommt in seiner Haltung zum Klassenkampf zum Ausdruck. [...] Auch anti-kommunistische Tendenzen kommen zum Vorschein“, so PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1624/03, Charakteristik des syrischen Präsidenten, o. D., ca. 1978. Vgl. insgesamt auch die detaillierten Berichte zum Vorgehen Assads gegen die syrische KP in: PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2746/89.

⁵⁶¹ Vgl. ADN: Treffen Erich Honeckers mit Yasser Arafat, in: ND, 08.06.1978, S. 1; DDR solidarisch an der Seite des palästinensischen Volkes, in: ND, 07.06.1978, S. 1; Christa Drechsel: Wir stehen in einer Front gegen den Imperialismus, in: ND, 07.06.1978, S. 3. Vgl. auch Arafats Eintragung im Gästebuch der Redaktion des „Rundfunks Berlin International“ vom 08.06.1978, in: DRA, Karton: „Arabische Redaktion; frühe Unterlagen; Übergeben von Heinz Odermann“, Gästebuch, Eintr. 55, 08.06.1978. Vgl. ebs. DDR und Syrien schlossen Wirtschaftsvereinbarungen, in: ND, 10./11.06.1978, S. 2; Pressemitteilung über die Tagung des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses, in: ND, 10./11.06.1978, S. 6.

Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Der Besuch Assads wurde über drei Tage hinweg zelebriert. Bei Arafat entschloss sich die SED für eine zurückhaltende mediale Darstellung. Honecker empfing Arafat nur wenige Minuten und verzichtete auf einen gemeinsamen öffentlichen Auftritt⁵⁶². Er achtete darauf, dass dem Fatah-kontrollierten Exekutivkomitee der PLO die Anerkennung seitens der SED verwehrt wurde⁵⁶³. Im Sommer 1976 hatte Assads antipalästinensische Intervention mit 12 000 Soldaten im Libanon die Akkreditierung seines neuen Botschafters in Ost-Berlin weder verhindert noch verzögert. Demgegenüber machte es 1978 bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation noch einen Unterschied, ob der Minister für Auswärtige Angelegenheiten den „Vertreter der PLO“ oder den „Leiter des Ständigen Büros der PLO“ förmlich beglaubigte⁵⁶⁴.

In Anbetracht des Kontrastes zwischen den Besuchen von Jassir Arafat und Hafiz al Assad wird augenfällig, dass Honecker Syrien uneingeschränkt und nachhaltig unterstützte, während die Beziehungen mit der PLO Reglementierungen und Budgetkürzungen unterlagen. Grund dafür war nicht eine als Gefahr erkannte internationale Diskreditierung der DDR durch terroristische Praktiken der Palästinensischen Befreiungsorganisation, sondern die Westpolitik Arafats und der gleichzeitige Konflikt zwischen Syrien und der PLO. 1977/78 begann ein Prozess, der die ostdeutsche Haltung gegenüber Arafat in der Konsequenz zweiteilte in die Aufrechterhaltung der Kontakte mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation und den Versuch einer an den syrischen Interessen orientierten Korrektur des Kurses der Fatah. Den Dissens, die Spannungen und Probleme im Verhältnis zur PLO kaschierte die DDR 1978 nach außen noch mit einer anscheinend ständig wachsenden Verbundenheit und engen Koordinierung. Betrachtet man die von Honecker getroffenen Entscheidungen aber genauer, sind die Konflikte und Reibungen offensichtlich. Sein Verhältnis zu Arafat verbesserte sich Ende der 1970er Jahre nicht, sondern die politische Dominanz der Fatah innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation wurde in Ost-Berlin immer ablehnender betrachtet. Grüneberg forderte Arafat im Namen des ZK auf, „neue Wege“ einzuschlagen, und die materiellen Leistungen zugunsten der PLO/Fatah nahmen ab. Jassir Arafat musste erkennen, dass Syrien mittel- bis langfristig zum „Schlüsselstaat“ der DDR-Nahostpolitik aufgerückt war⁵⁶⁵.

⁵⁶² Honecker u. Arafat trafen sich am 10. 03. 1978 zu einem Gespräch am Rande der von Grüneberg geleiteten Verhandlungen mit der PLO, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Niederschrift, 10. 03. 1978; Freundschaftliches Treffen zwischen Erich Honecker und Yasser Arafat, in: ND, 11. 03. 1978, S. 1.

⁵⁶³ Vgl. die handschriftlich vorgenommenen Streichungen Honeckers in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Anlage 1, Bl. 161.

⁵⁶⁴ Vgl. die Festlegungen u. Abwägungen in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Anlage 2, Bl. 167f.; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Vorlage, 28. 02. 1978, Bl. 158f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Schreiben Gerhard Grünebergs an Erich Honecker, 07. 03. 1978; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1965/95, Vereinbarung zwischen dem MfAA u. dem Exekutivkomitee der PLO, 11. 03. 1978.

⁵⁶⁵ So die Botschaft der DDR in Damaskus erstmals im April 1980, vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 3356a, Bericht der Botschaft Damaskus an das MfAA, 03. 04. 1980.

Auch als Nabil Koulailat, der erste offizielle Vertreter der PLO in Ost-Berlin, im Herbst 1979 verabschiedet wurde, bemühten sich weder die SED noch die DDR zu verhehlen, dass die Beziehung mit ihm während seiner rund sechsjährigen Tätigkeit von Konflikten und politisch-ideologischen Reibungen geprägt gewesen war. Zu Koulailat hatte lediglich ein rein geschäftsmäßiges Verhältnis bestanden. Zwar erhielt er im Anschluss an seine Abberufung den „Stern der Völkerfreundschaft“ der DDR – allerdings lediglich in Silber, der niedrigsten aller möglichen Stufen⁵⁶⁶. Und obwohl Gerhard Grüneberg Koulailat 1978 als „Botschafter in spe“ bezeichnet hatte, nachdem man ihm bestimmte diplomatische Vorrechte zuerkannt hatte, verzichtete Erich Honecker darauf, die Verleihung 1979 in seiner Funktion als Vorsitzender des Staatsrates durchzuführen und dieses Ereignis entsprechend inszenieren zu lassen. Nabil Koulailat nahm den „Stern der Völkerfreundschaft“ in Silber nicht in der DDR entgegen, sondern im Libanon, aus den Händen des ostdeutschen Botschafters⁵⁶⁷. Assads Statthalter, der von Juni 1976 bis September 1981 in Ost-Berlin auf Posten gewesen war, wurde hingegen mit dem „Stern der Völkerfreundschaft“ in Gold geehrt, den Honecker persönlich vergab⁵⁶⁸. Wenn also das „Neue Deutschland“ erklärte, Koulailat habe diese „hohe Auszeichnung“ in „Würdigung seiner Verdienste um die Festigung der Freundschaft zwischen dem Volk der DDR und dem palästinensischen Volk“ verliehen bekommen und wenn man ihm den „Stern der Völkerfreundschaft“ in Silber und nicht in Gold überreichte, so charakterisierte dies den Stand der tatsächlichen Kontakte mit ihm treffend.

Dass zwischen 1977 und 1980 eine Periode des Übergangs im ostdeutsch-palästinensischen Verhältnis begonnen hatte, in deren Verlauf die SED die Fatah-Kontrolle der PLO immer kritischer bewertete und offensiver auftrat, um einen falschen Kurs zu korrigieren, wird nicht nur am Umgang mit Koulailat Ende 1979 ersichtlich. Auch die mit der DFLP und der PFLP, nicht mit der Fatah, geführten Konsultationen sowie die sinkende Solidaritätsleistung zugunsten der PLO/Fatah, bei gleichzeitiger gezielter separater Förderung von „progressiven Potenzen“ in-

⁵⁶⁶ Das SED-Regime vergab den „Stern der Völkerfreundschaft“ in drei sogenannten Stufen: als „Stern der Völkerfreundschaft“ in Silber, als „Stern der Völkerfreundschaft“ in Gold und als „Großer Stern der Völkerfreundschaft“, vgl. Tautz, Orden, S. 117f. Zur Auszeichnung Nabil Koulailats vgl. ADN: Hohe DDR-Auszeichnung für Politiker der PLO, in: ND, 17. 10. 1979, S. 5.

⁵⁶⁷ Vgl. ADN: Hohe DDR-Auszeichnung für Politiker der PLO, in: ND, 17. 10. 1979, S. 5. Familie Koulailat reiste, nach Angaben von Frau Om El-Seoud Koulailat u. Ziad Koulailat am 05. 11. 2013, 1979 nach Beirut zurück. Ziad Koulailat besuchte dort in der Folge die von westdeutschen Stellen unterhaltene „Deutsche Schule“. Nabil Koulailat war im Libanon in der Politischen Abteilung der PLO tätig. Die Familie zog 1986 wieder in die DDR u. lebte in Karl-Marx-Stadt. Auftrag Koulailats in der DDR sei es nach dieser Rückkehr gewesen, auf ausdrückliche Order Arafats hin mit westeuropäischen u. internationalen Friedensaktivisten u. Initiativen Verbindungen herzustellen, u. a. in der Schweiz. Nach 1986 bestanden keinerlei Beziehungen zur offiziellen Vertretung der PLO in Ost-Berlin. Familie Koulailat reiste 1995 wieder nach Gaza u. kehrte 2006 zurück nach Deutschland. Nabil Koulailat arbeitete in Gaza als stellv. Außenminister für die PNA. Er starb im Jahr 2012.

⁵⁶⁸ Vgl. ADN: Abschiedsbesuch des syrischen Botschafters, in: ND, 29. 09. 1981, S. 1.

nerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation, verdeutlichen diese Entwicklung⁵⁶⁹. Die DDR war bereit, gegen den politischen Kurs Arafats anzukämpfen. Das Ministerium für Staatssicherheit griff im Frühjahr 1979 als erste ostdeutsche Institution in die westdeutsch-palästinensischen Beziehungen ein.

⁵⁶⁹ Ziad Kouilailat betonte im Gespräch am 05. 11. 2013, er habe sehr gut in Erinnerung behalten, dass während seiner Aufenthalte in Ferienlagern der DDR aus ideologischen Gründen, wie einem marxistisch-leninistischen Bekenntnis, eine Präferenz für die Kinder u. Jugendlichen deutlich spürbar gewesen sei, die von der DFLP u. der PFLP entsandt worden waren, nicht wie er von der Fatah. Ausgehend von den Quellenrecherchen kann dieser persönliche Eindruck Herrn Kouilailats bestätigt werden.